Landes=
Verordnungen
der
Grafschaft Lippe.

Vierter Band.

LANDES-BIBLIOTHEK DETMOLD

Lemgo, gedruckt mit Meyerschen Schriften, 1801.

L 766
4. Exemplar.

Handbuch
der
Geschichte Europas
seit
Karl dem Großen.

Vierter Band.

Bibliothek des Deutschen Instituts für Geschichte

Num. I.

Bekanntmachung wegen den zwischen hiesigem Lande und der Grafschaft Ravensberg nicht Statt findenden Arrest-Erkenntnissen, von 1790.

Vermöge alter Kaiserl. Privilegien darf wider Ravensbergische und hiesige Unterthanen wechselseitig kein Arrest angelegt werden. Da sich aber seit kurzen Fälle eräugnet haben, woraus zu vermuthen ist, daß solches den Untergerichten dieses Landes nicht überall bekannt sey: so wird ihnen davon zu dem Ende hiermit Nachricht ertheilt, daß sie in keinem Falle gegen Ravensbergische Unterthanen Arreste erkennen, hingegen aber auch keine Requisition in Arrest-Sachen gegen hiesige Unterthanen annehmen, wenn dergleichen von irgend einer Obrigkeit im Ravensbergischen etwa aus Mißkenntniß jener Kaiserl. Privilegien eingehen sollten, sondern alsdann in Beziehung hierauf die Requisition von sich ablehnen, und wenn ein hiesiger Unterthan sich über einen im Ravensbergischen wider ihn angelegten Arrest beschweren sollte, davon anhero berichten. Detmold den 19 Jenner 1790.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. II.

Bekanntmachung.

Zwischen den Herzoglich Altenburgischen und hiesigen Fürstlichen Landen ist das Abzugsrecht wechselseitig aufgehoben. Detmold den 16 Febr. 1790.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. III.

Verordnung wegen des Alters der Confirmanden, von 1790.

Das Konsistorium findet sich bewogen, Namens Sereniſſimi Hochfürstlichen Durchlaucht, die schon am 28 Merz 1767 gegebene und zu Beförderung richtiger Religionskenntnisse so nöthige Verordnung, die Zeit der Confirmation der Kinder betreffend, nochmals auf das Ernstlichste einzuschärfen, zu erneuern und noch genauer zu bestimmen. Es soll nemlich

1) kein

1) kein Kind, in keinem Fall, von dem Prediger confirmirt werden, das zur Zeit der Confirmation nicht 14 Jahre vollendet hat. Höchstens können daran 6 Wochen fehlen, die der Prediger nachgeben darf. Fehlte dem Kinde mehr am Alter, und die Umstände scheinen dem Prediger so, daß sie etwas frühere Confirmation nöthig machen; so hat er solches an den Superintendenten seiner Klasse einzuberichten, dessen Antwort abzuwarten und darnach zu verfahren. Eben so wenig soll

2) ein Kind über 16 Jahre unconfirmirt gelassen werden, weil Erfahrung in diesen Gegenden lehrt, daß dadurch der Zweck, gründliche Religionskenntnisse beyzubringen, gemeiniglich ganz verfehlt wird. Wäre Mangel an natürlichen Anlagen Ursache, daß ein Kind diese Zeit heranbrächte; so hat der Prediger durch besonderen Unterricht nach jenes geringer Fassung, oder durch Simplificirung der wesentlichen Lehre und Pflichten des Christenthums sich nachzuhelfen, daß das Kind vor dem 16ten Jahre confirmirt werden kann.

Wäre aber vernachlässigtes Schulschicken, oder andere Pflichtvergessenheit von Seiten der Eltern Ursache; so ist es von dem Prediger an den Superintendenten seiner Klasse einzuberichten, dessen Antwort abzuwarten und die darinnen gegebene Anweisung zu befolgen. Um

3) dieser so nöthigen Bestimmung alle zweckmäßige Ausdehnung zu geben, bleibt es zwar, wie natürlich, allen Evangelisch-Lutherischen Unterthanen, die keinen Prediger von ihrer Kirche haben, nach wie vor erlaubt, ihre Kinder von einem andern Prediger, auch außer Landes confirmiren zu lassen; allein dieß soll eben so, wie bey anderen Unterthanen, nicht vor Ablauf des 14ten und nicht nach Ablauf des 16ten Jahrs geschehen, zu dem Ende auch diese Stelle der Verordnung da, wo der Fall treffen könnte, öffentlich von der Kanzel bekannt gemacht und den Schulmeistern aufgegeben werden, jedesmal schriftlich dem Prediger anzuzeigen, wenn ein Kind von einem ausländischen Prediger früher confirmirt wäre, auch am Ende

jedes Jahrs bey den Fleiß-Listen zu bemerken, ob Kinder lutherischer Eltern nach dem 16ten Jahr confirmirt seyen. Damit jedoch

4) die Kinder der Landleute nicht ohne Noth, und blos weil die Zeit der Confirmation noch nicht ist, auf- und von den oft zu ihrer eigenen und der Eltern Erhaltung nöthigen Arbeiten abgehalten werden; so hat jeder Prediger ohne Ausnahme und ohne Rücksicht auf die Zahl der Confirmanden zweymal im Jahr, zu der Zeit, die ihm dazu am schicklichsten scheint, zu confirmiren, und wenn sich dazu durchaus keine Subjecte fänden, Anzeige davon bey dem Superintendenten seiner Klasse zu thun. Detmold den 20 Febr. 1790.

Fürstlich Lippisches Konsistorium daselbst.

Num. IV.

Verordnung wegen Anschaffung der gedruckten Landesgesetze, von 1790.

Da nun auch der dritte Band der Landesverordnungen erschienen ist, und sich bis auf voriges Jahr einschließlich erstrecket, so wird, nach vorgängig auf letzten Landtag geschehener Communication Namens Serenissimi Regentis Hochfürstlichen Durchlaucht zur Beförderung des Debits dieser, auf Kosten der Landkasse gedruckten, gemeinnützigen Sammlung hiermit verordnet, daß künftig die Mitglieder der landesherrlichen und beyder ständischen Collegien, die Drosten, Beamten und Bürgermeister, wie auch die Secretarien, Syndici und Advocaten, vor ihrer Verpflichtung die Landesverordnungen

nungen complet von dem zum Absatz derselben committirten Canzley-Secretair für den auf vier Thaler bestimmten Preis ankaufen, und zu dem Ende Quitung produciren sollen. Wobey es sich jedoch von selbst verstehet, daß niemand wegen eines zwiefachen Amts oder Verhältnisses ein doppeltes Exemplar zu nehmen angehalten werden soll. Und da nunmehro die Sammlung bis auf die neuesten Zeiten ergänzt ist; so sind, bis zu künftiger Herausgabe eines neuen Theils der ferner herauskommenden Gesetze, die Jahrgänge des Intelligenzblatts interimistisch von Anfang des jetzigen Jahrs, als Fortsetzung jener Sammlung zu gebrauchen, da die Verordnungen der Regel nach außer dem Anschlag, und der gemeiniglich auf den wesentlichen Inhalt mit Beziehung auf das in extenso abgedruckte Gesetz selbst eingeschränkten Kanzelpublication immer zugleich, und wenn jener oder diese nicht verfüget werden, nur allein durch dies öffentliche Blatt, welches daher insbesondere alle obrigkeitliche Personen immer lesen müssen, bekannt gemacht werden.

Da übrigens die Sammlung der Gesetze immer in loco judicii zum jederzeitigen Nachschlagen vollständig vorhanden seyn muß, und die vorigen beyden Bände schon für die Amtsstuben angeschaft sind, so können die Aemter den dritten Theil, und zwar, wie vorhin, auf Kosten der Sportelcasse für den auf einen Thaler festgesetzten Preis bezahlen, und auf den Band die Worte:

Für die Amtstube zu N.

gleichmäßig setzen lassen. Endlich soll die Bekanntmachung dieser Verordnung durch das Intelligenzblatt zu jedermanns Nachachtung geschehen. Detmold den 16ten Merz 1790.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. V.

Num. V.

Verordnung wegen der Vollsäuferey, von 1790.

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm Leopold, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc.

Es ist zwar das für allgemeine und Familien-Wohlfahrt so äußerst schädliche Laster der Vollsäuferey unter gemeinen Bürgern und Bauren nicht mehr so herrschend, wie es in vorigen Zeiten war; jedoch auch noch nicht so ganz vertilget, wie das von dagegen ergangenen ernstlichen Verordnungen und von allem dem, was fürs Würken besserer christlicher Sittlichkeit geschiehet, wohl zu erwarten gewesen wäre.

Ein Anlaß zur Fortdauer dieses Lasters, welches doch auch im minderen Grad, wie vorhin, noch immer dem, der sich ihm ergiebt, seiner Familie und dem ganzen gemeinen Wesen sehr nachtheilig bleibt, ist das Borgen der Getränke in Gelagen von Wirthen und Krügern. Um also auch diesen Anlaß zu heben, verbieten Wir hiemit allgemein und ganz den Wirthen und Krügern das Verborgen der Getränke an gemeine Bürger und Bauren in Gelagen, und das fürs Getränke ins Haus geholet über einen Thaler, so daß, geschähe es doch hierwider, jede daraus entstandene Forderung im ersten Fall ganz, und im zweyten, in so weit sie über einen Thaler gehet, nichtig seyn, darauf nie in einem Gericht erkannt werden soll. Dahingegen bleibt das Verborgen des Getränkes für Hochzeiten, Kindtaufen und andere erlaubte Zusammenkünfte und Zehrungen, so wie vorhin, erlaubet.

Gleichwie

Gleichwie nun also alle Wirthe und Krüger, selbst zur Vermeidung eigenen Schadens, nach dieser Verordnung sich genau richten müssen, also befehlen Wir auch allen Obrigkeiten in den Städten und aufm Lande, darnach, wann Fall dafür vorkommt, nicht nur zu verfahren, sondern auch auf die Befolgung der Verordnung gegen die Vollsäuferey vom 17ten Merz 1767 und derer, die vorher gegen die Brantewein- und andere Saufgelage, wie auch gegen das Spielen in den Wirthshäusern ergangen sind, jedoch in Ansehung des letztern so ganz ernstlich zu halten, daß die Spiele, welche die Gränzen der Erholung und des Vergnügens, die Wir auch Unsern gemeinen Unterthanen gerne gönnen, nicht überschreiten, nicht also blos Glücksspiele, nicht Zeit- und Glückverderbend sind, verstattet bleiben.

Zum allgemeinen Bekanntwerden soll diese Verordnung an gewöhnlichen Orten angeschlagen und ins Intelligenzblatt eingerücket werden. Gegeben in Unserer Residenz Detmold den 16ten Merz 1790.

Num. VI.

Verordnung wegen des Leinsäens für nicht selbst den Acker bauende Unterthanen, von 1790.

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm Leopold, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc.

Bey den guten Mitteln für die Aufnahme des Flachsbaues und Leinsaamenziehens, welche in der Verordnung vom 20ten April v. J. enthalten sind, soll, wie Uns vorgetragen worden, dieß noch Hinderniß dagegen seyn, daß die kleinen, nicht selbst den Acker bauende, Unterthanen und Einlieger auf dem Lande oft nicht Gelegenheit zur Leinsaat erhalten, und sich so das Material zur Spinnerey und Weberey, die in dieser Volks-Klasse das stärkste Gewerbe sind und seyn müssen, nicht verschaffen können.

Damit nun diesen auch Hülfe dazu, durch Aufmunterung der Ackerbauenden Unterthanen auf dem Lande zum Leinsäen für sie, verschaffet werde; so bestimmen Wir hiemit demjenigen der lezten, welcher in einem Amt oder in einer Vogtey, wann jenes darin abgetheilet ist, den nicht selbst Ackerbauenden Unterthanen oder Einliegern die mehreste Scheffel Leinsaamen gesäet, und dazu Land von untadelhafter Güte und in erforderlicher Gaile, gegen billigen Saatlohn, genommen hat, und der dann darüber, nach veranstalteter pflichtmäßiger

mäßiger unentgeldlicher Besichtigung und Erkundigung über Quantität, gut gerathen seyn und Billigkeit des Saatlohns, vom Amt ein Attestat Unsrer Regierung übergiebt, wann die Aussaat 24 Scheffel beträgt, zwey und wann sie darunter ist, eine silberne Medaille mit Unserm Brustbild auf der einen, und auf der andern Seite mit der Inschrift:

Dem guten Landwirth.

Da es auch schon Unsern guten Ackerbauenden Unterthanen aufm Lande selbst Freude seyn muß, auf solche Art zum Ernähren und Fortkommen ihrer kleinen Mitunterthanen, die auch ihnen mit Hülfe und mit Abnahme ihrer Producte so vielfachen Nutzen schaffen, mitzuwürken; so machen wir uns Hofnung, die gewählte Aufmunterung werde sie in ihrem guten Willen dafür noch mehr bestärken.

Und damit, zur gewünschten Würkung, dieselbe genug bekannt werde, so soll dies Publicandum darüber ins Intelligenzblatt eingerücket und an gewöhnlichen Orten angeschlagen werden.

Gegeben in Unsrer Residenz Detmold den 16ten Merz 1790.

Num. VII.

Verordnung wegen der Vogelköpfe-Lieferung, von 1790.

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm Leopold, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc.

Es hat zwar die Verminderung der Raben und Krähen, auch noch nach der Verordnung wegen der Vogelköpfe-Lieferung vom 2ten Julius 1787, sich erhalten; dagegen aber die Menge der Sperlinge, den darüber eingeforderten Berichten gemäß, in den mehresten Gegenden Unsrer Fürstlichen Lande, zum Schaden der Garten- und Feldfrüchte, so sehr zugenommen, daß es nothwendig wird, vorgedachte, die Lieferung der Vogelköpfe auf die Halbschied herunter setzende, Verordnung hierin wieder aufzuheben; und hingegen sie ganz wieder nach den Verordnungen von 1665 und 1691 einzuführen.

Es soll also, mit künftigen Jahr anfangend, jedoch so, daß für einen Rabenkopf auch ein Krähen-Dohlen-und Elsternkopf, und für einen Sperlingskopf auch ein Buchfinken-oder Goldfinkenkopf, nach der Verordnung vom 2ten Julius 1787, noch immer angenommen, und nach der vom 12ten Sept. 1766 für einen nicht gelieferten großen Kopf ersterwähnter Gattungen 8 mgr., für einen fehlen-

fehlenden kleinen der lezten Gattungen aber 3 mgr. bezahlet werden, jedoch auch 3 Köpfe der letztern für einen der ersteren gelten sollen, jährlich gegen Petri, an einem Tag, der dazu von den Aemtern angesetzt wird, liefern:

der Vollmeyer von allen dreien Saalbuchsmäßigen Gattungen 6 Raben- und 18 Sperlings-Köpfe;

der Halbmeyer von allen dreyen Saalbuchsmäßigen Gattungen 4 Raben- und 12 Sperlings-Köpfe;

der Grosköter 3 Raben- und 8 Sperlings-Köpfe;

der Mittelköter 1 Raben- und 6 Sperlings-Köpfe, und

der Kleinköter 6 Sperlings-Köpfe.

Wornach sich also die Unterthanen auf dem Lande in der Lieferung und die Aemter im Achten auf ihre Erfüllung zu richten haben; und soll, damit diese Verordnung dazu genug bekannt werde, dieselbe an gewöhnlichen Orten angeschlagen und ins Intelligenzblatt abgedrucket werden. Gegeben Detmold den 16ten Merz 1790.

Num. VIII.

Verordnung wegen der Boden-Luken, von 1790.

In einer Verordnung von 30sten Jun. 1778 ist befohlen worden, die Luken derjenigen Boden, die nicht zum Einscheuren des rauhen Korns bestimmt sind, mit einem Gelender zu umgeben. Dies ist nun, wie man vernommen hat, noch nicht allgemein geschehen, und auch nachher noch, selbst schon in diesem Jahre, durch mehrere Fälle die traurige Erfahrung geworden, daß das Herabstürzen durch Lukens fast immer von solchen Boden geschieht, worauf rauhes Korn gebracht wird, und für die also nach gedachter Verordnung noch kein Umgeben der Luken mit Gelender befohlen ist.

Da nun das aber itzt, zur Abwendung der so vielfachen Unglücksfälle, die durchs Herabstürzen durch Lukens von solchen Boden geschehen, ebenfalls nothwendig wird; so wird nicht nur für allgemeine Befolgung obenerwähnter Verordnung diese hiemit erneuret; sondern auch nun dieselbe auf die Boden für rauhes Korn, mit folgender Erweiterung und Anweisung, erstrecket:

1) sollen die Luken auf beyderley Boden an ihren vier Seiten mit einer Diele, einen halben Fuß hoch, eingefasset werden, um das Herabglitschen mit den Füßen zu verhindern.

2) Soll dabey jede Luke, damit Niemand überwärts dadurch herabstürze, mit einem Gelender umgeben werden. Dies kann bestehen

hen blos aus vier, in den vier Ecken der Luke aufgerichteten, einen halben Mann hohen und oben mit vier Latten verbundenen Pfosten, wovon eine Latte nicht angenagelt, sondern in ihre zwey Pfosten, durch darin angebrachte Fugen, nur eingelegt wird, damit nicht nöthig seye, die herauf zu ziehende Sachen über das Gelender zu winden; sondern damit nur dann diese Latte für die Zeit, worin es erforderlich ist, heraus genommen werden könne.

3) Kann auch, wer es will, auf Boden für rauhes Korn, an statt eines solchen festen Gelenders, zwischen den, an der Luke grade zum Dach hinaufgehenden oder dahin zu führenden Stender ein bewegliches viereckigtes Gelender von Latten anbringen, welches, so wie das rauhe Korn höher gebanset wird, dann auch immer mehr so in die Höhe gezogen werden kann, daß Herabstürzen von einer hohen Banse nicht möglich werde. Nur ein Gelender, dies bewegliche, oder das unter der Ziffer 2. beschriebene feste Gelender, muß immer auf einem, auch nur für rauhes Korn bestimmten Boden seyn.

4) Sollen auch diejenigen Boden-Luken, welche auf die Straße, oder sonst auswärts gehen, um dem Herabfallen durchs Ausglitschen der Füße vorzubeugen, unten mit einer, wenigstens einen halben Fuß hohen Diele versehen, und überdem, wo nicht mit einer ganzen, doch mit einer halben Thür, welche beständig, außer dem Gebrauch dieser Luke, zuzuhalten ist, verwahret werden.

Gleichwie nun solche Einrichtung und Verwahrung der Boden-Luken gegen das, so oft bisher vorgekommene und sonst immer leicht mögliches, Herabstürzen und Todtfallen der Menschen einem jeden guten christlichen Hausvater eigene angelegene Sorge seyn muß, Ausführung auch nicht kostbar ist, Gefahr für Menschen aber ohne sie sonst immer groß bleibt; also wird nun auch die hier vorgeschriebene Verwahrung der Boden-Lukens allgemein Namens Serenissimi Regentis verordnet, und deren Ausführung binnen 2 Monaten, bey Vermeidung strenger Strafe, befohlen; den Obrigkeiten in Aemtern und

Städ-

Städten auch aufgegeben, durch nachherige und in der Folge fortzusetzende Visitationen auf Befolgung und ihre beständige Fortdauer genau zu achten, und so auch für Erfüllung der Verordnung vom 8ten Jun 1797 wegen Einfassung der Brunnen und Wasserpfühle zu sorgen, auch wie dies, und wie Vollziehung obiger Vorschriften für Einrichtung der Luken geschehen ist, am Ende dieses Jahrs zu berichten.

Bekanntmachung dieser Verordnung soll durchs Einrücken ins Intelligenzblatt geschehen. Detmold den 23ten Merz 1790.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. IX.

Verordnung wegen der Personensteuer, von 1790.

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm Leopold, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc.

Nachdem Uns vorgetragen worden, wie in der Personensteuer-Verordnung vom 13ten Merz 1788. §. 4. nicht nur das gewisse Ende der Personensteuer, und daß sie also nicht beständige Auflage seyn solle, versichert; sondern auch in der öffentlichen Bekanntmachung vom 15ten May desselben Jahrs diese Versicherung von der damaligen Regierenden Vormundschaft erneuert, und überdem in einer weiteren

Er-

Erklärung derselben vom 16ten Merz v. J. die äußerste Dauer dieser Personensteuer auf 16 Jahre festgesetzt, auch noch deren Abkürzung, wann Nebenzuflüsse für die Personensteuer-Kasse befördert werden könnten, versprochen worden; und daß es zur noch größeren Beruhigung Unserer getreuen Unterthanen gereichen würde; wann Wir nun auch diese vormundschaftliche Versicherung, Erklärung und Bestimmung selbst bestätigten und bekräftigten; Wir dann auch gerne das Vertrauen Unsrer getreuen Unterthanen damit befestigen wollen; so wiederholen Wir solche Versicherung, Erklärung und Bestimmung ganz, wie sie gegeben worden, hiedurch, und versprechen deren genaueste Erfüllung.

Und da auch schon am letzten Landtag mit Unsern getreuen Ständen von Ritterschaft und Städten Berathschlagung geworden ist, durch welche Nebenzuflüsse Abkürzung dieser Auflage zu befördern seye, so wird auch nun solche noch erfolgen; und wann erst genaue Bestimmung des Ertrags solcher Nebenzuflüsse geschehen kann, wie also die Abkürzung damit werden könne, gewiß ist, diese ebenfalls bestimmet und bekannt gemacht werden. Gegeben Detmold den 15ten April 1790.

Num. X.

Verordnung wegen Darlehne ꝛc. der Juden an Christen, von 1790.

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm Leopold, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc

In der Verordnung vom 30ten Jun. 1781 sind alle Schuldverschreibungen und Cessionen derselben von Christen an Juden, wann sie nicht vor jener Obrigkeit errichtet worden, ohne Unterschied für ungültig erkläret. Da aber seitdem wahrgenommen ist, daß dieses für den grösten Theil des Publicums immer nützlich bleibende Gesetz bey ein und andern, besonders distinguirten Personen, nicht von gleicher wohlthätigen Würkung gewesen sey; so haben Wir in Absicht derselben, auf Beyraht Unserer getreuen Stände von Ritterschaft und Städten, Edelleute, Schriftsäßige, herrschaftliche Bediente und Pächter herrschaftlicher, adlicher und schriftsäßiger Güter von gedachter Verordnung, die sonst der übrigen Unterthanen wegen überall ihre verbindliche Kraft behält, hiermit ausnehmen, mithin um jede bessere Absicht zu erreichen, diesen gestatten wollen, daß sie, auch ohne gerichtliche Verschreibung, Anlehne von Juden aufnehmen und darüber Privat-Schuldscheine verbindlich ausstellen können.

Dahin-

Dahingegen verbieten Wir auch der Judenschaft hiermit samt und sonders, mit keinem Minderjährigen oder noch in väterlicher Gewalt stehenden Personen, wann auch diese schon großjährig wären, so wenig Leihe- als Kauf- und andere Contrakte zu schließen, als welche hiermit für ungültig und nichtig dergestalt erkläret werden, daß nicht nur an keinem Gericht darauf gesprochen, sondern auch der contrahirende Jude, wann es, ohne daß Klage darüber entstünde, auskäme, nach Beschaffenheit der Umstände nachdrücklich bestrafet werden solle. Zu welchem Ende dann diese Verordnung den Vorstehern der Judenschaft, um solche in den Synagogen dieses Landes zu aller Nachachtung bekannt zu machen, mitgetheilet werden soll, wobey Unserm Fiscal zugleich aufgetragen wird, auf deren genaue Befolgung zu achten und die Entgegenhandlungen zur Bestrafung anzuzeigen.

Gegeben in Unserer Residenz Detmold den 4ten May 1790.

Num. XI.

Verordnung wegen Exports der Wolle und Häute, von 1790.

Da nach den ergangenen Landesherrlichen Verordnungen vom 13ten Merz 1771, 27ten Febr. 1776, 18ten April 1786, und 25ten Jun. 1787 die Anzeigen vor dem ausländischen Verkauf der Wolle und rohen Häute nicht immer von den Eigenthümern derselben, oder doch nicht mit dem Preiß, wie befohlen ist, im Intelligenzblatt geschehen; so aber, wie das doch nicht seyn muß, den inländischen Manufacturisten, die diese Materialien bedürfen, die Gelegenheit, sich solche zu verschaffen, entzogen wird; so werden vorgedachte Verordnungen Namens Sr. Hochfürstlichen Durchlaucht, Unsers gnädigsten Fürsten und Herrn, hiemit erneuert, und jeder wird nochmal vor der, auf die Nichtbefolgung gesetzten, Strafe gewarnet; auch dem Advocato Fisci Auftrag hiemit ertheilet, auf die Entgegenhandlung zu achten und dieselbe zur Bestrafung anzuzeigen. Detmold den 1ten Jun. 1790.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. XII.

Num. XII.

Verordnung wegen Verminderung der Taxe der Häuser im Brandcataster, von 1790.

Da von der Leihecassecommission angezeigt ist, daß sie bey nachgesuchten Anleihen von Bürgern oder auch von Besitzern kleiner Stetten auf dem Lande hauptsächlich auf die Gebäude und deren Ansatz im Brandcataster, worin sie ihre Sicherheit setze, Rücksicht nehme; daß sie aber diese Sicherheit, ohne es zu wissen, verliehren würde, wenn die Besitzer solcher Häuser, worauf eine Leihecasse-Hypotheke ruhet, die Taxe derselben im Brand-Cataster heruntersetzen ließen: so haben Drost und Beamte auf dem Lande und die Magistráte in den Städten, so oft eine Verminderung der Häuser-Taxe von einem Eigenthümer Verordnungsmäßig begehrt wird, die Hypothekenbücher nachzusehen, und, im Fall einer Ingrossation für die Leihecasse, das Verminderungsbegehren, vor dessen Erfüllung, der Leihecassecommission zu berichten und von derselben Verfügung zu erwarten. Detmold den 27ten Jul. 1790.

Fürstlich Lippische Regierung
daselbst.

Num. XIII.

Verordnung wegen Abwendens der durch die Schmiede- oder Holzkohlen entstehenden Feuersgefahr, von 1790.

Da durch die Schmiede- oder Holzkohlen, wenn sie, ohne vorherige völlige Abkühlung, aus den Kohlenbrennereyen weggefahren, abgeladen und in nicht feuerfeste Behältnisse, oder gar auf die Bodens geschüttet werden, gefährliche Feuersbrünste veranlasset werden können; so ist das Forstamt noch neuerlich von Fürstlicher Kammer instruirt worden, den Köhlern bey harter Leibesstrafe zu befehlen, daß, zur Abwendung solcher Gefahr, die Kohlen, noch nachdem sie aus dem schon abgekühlten Haufen oder Meiler gezogen worden, 24 Stunden vor dem Aufladen zum Transport liegen bleiben, und daß im Nichtbefolgungsfall, außer der angedrohten Strafe, sie für allen daher entstehenden Schaden einstehen sollen. Eine längere Zeit durfte nicht vorgeschrieben werden, weil die Kohlen, wenn sie zu lange vor dem Aufladen ausgezogen werden, bey Regenwetter ihre Kraft verlieren; und schien auch nicht erforderlich, weil, wenn sich etwa noch ein Funken Feuer in den Kohlen verborgen halten sollte, solches in den ersten 24 Stunden, nachdem die aus dem abgekühlten Meiler ausgezogenen Kohlen ausgebreitet gelegen haben, durch den, selten auf so lange Zeit stillbleibenden, Wind bald sich wieder zwischen diesen feuerfangenden Materialien allgemein verbreiten würde.

Zu mehrerer Vorsicht wird jedoch diese Ordnung nicht nur hierdurch bekannt gemacht, um sich bey dem Bestellen der Kohlen von deren genauen Beachtung selbst vergewissern zu können, sondern auch jedem guten Hausvater empfohlen, die abgeladenen Kohlen, ehe sie zum künftigen Gebrauch gehörigen Orts aufgeschüttet werden, noch 12 bis 24 Stunden auf einem von aller Gefahr befreyten Platz liegen zu lassen, und in dessen Ermangelung, oder bey vielem Regen, solche binnen dieser Zeit fleißig und sorgfältig wegen etwaigen Anglimmens zu visitiren. Detmold den 31ten Aug. 1790.

Fürstlich Lippische Regierung
daselbst.

Num. XIV.

Verordnung wegen des Unterschreibens der Päße fremder Passanten und Juden, von 1790.

Es ist angezeigt, daß hin und wieder von den Obrigkeiten im Lande fremden Passanten und Juden neue Päße ertheilt würden; da das aber dem §. 5. des Edicts vom 23ten Sept. 1719. 1 Band der Landes-Verordnungen S. 765. zuwider ist: so wird Drosten und Beamten auf dem Lande wie auch Magistraten in Städten und Flecken aufgegeben, alle fremde Passanten mit ihrem Gesuch um neue Päße an die Regierung zu verweisen, und nur die producirt werdende Päße, statt aller sonstigen Erneuerung, zum Beweiß der gestatteten

statteten Passage mit Angabe des Orts und Datums zu unterschreiben, wann sie auf die Person und Route zutreffen, auch nach der Entlegenheit des Orts und nach sonstigen beygefügten Bescheinigungen nicht zu alt, in keinem Fall es über ein Jahr, und sonst unverdächtig sind. Detmold den 7ten September 1790.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. XV.

Verordnung die wieder erlaubte Einführung des Ostfriesischen und Oldenburgischen fetten Viehes betreffend, von 1790.

In den Verordnungen vom 17ten October und 21ten Sept. 1784 ist zwar das Ein- und Durchführen des fetten Viehes aus Ostfriesland und anderen Marschländern hauptsächlich aus Besorgniß für die Viehseuche verboten worden. Bey nachfolgenden Sicherheitsmaasregeln wird solches jedoch in Absicht des Ostfriesischen, Oldenburg- und Delmenhorstischen Viehes, bis auf anderweite Verfügung, wieder gestattet, wenn

1) die dortigen Viehhändler sich bey ihrer Ankunft an der Gränze, wo sie die Heerde einstweilen halten lassen müssen, bey dem nächsten hiesigen Gränzamt, mit Producirung eines Passes von der Königlich Preußischen Krieges- und Domainen-Kammer zu Aurich und

und respective der Herzoglichen Kammer zu Oldenburg, melden, worin dortiger Einrichtung gemäs:

der Name des Viehhändlers, die Zahl, die Farbe, und das Geschlecht des Viehes, das Zeichen, wie es gebrannt, oder geschoren, und die Route, wohin es bestimmt ist, angegeben, wie auch attestirt wird, daß von dem Viehhändler mittelst körperlichen Eides erhärtet worden, daß das specificirte Vieh selbst gesund, und seit sechs Monate bey keinem der Seuche wegen verdächtigen Hornvieh gekommen sey: mit beygefügter obrigkeitlichen Versicherung, daß nicht nur das Land, worauf das Hornvieh geweidet, binnen obgedachter Zeit gesund gewesen sey, sondern auch in dessen Umkreise von einer deutschen Meile nichts von der Hornviehseuche verspürt werde.

Dieser mit dem Königlichen oder Herzoglichen Kammer-Insiegel und dem Datum des Austreibens versehene Paß muß jedoch unterwegens von den auswärtigen Obrigkeiten sowohl derjenigen Oerter, wo von der Heerde ein oder mehrere Stücke verkauft sind, dahin:

daß diese, gerichtlicher Besichtigung zu Folge, auch zur Zeit des dort geschehenen Verkaufs völlig gesund gewesen sind,

als auch da, wo Tages oder Nachts Halt gemacht worden, dahin:

daß man in dasigen Gegenden überall von keiner Viehseuche etwas wisse,

gehörig attestirt seyn, und der Viehhändler bey dem hiesigen Gränzamt auf seinen schon geleisteten obigen Eid versichern, daß er nicht nur allenthalben, wo die Heerde Halte gemacht, letzteres Attest nachgesucht und erhalten, sondern auch sämtliche ihm ertheilte Atteste dem hiesigen Beamten ohne Ausnahme producirt habe.

2) Der Beamte muß sodann die Heerde sofort besichtigen, und solche, wenn alles Vieh gesund und munter ist, und keine Abneigung

gegen das Futter zeigt, auch kein Stück ohne vorgedachte obrigkeitliche Bescheinigung fehle, mit Bescheinigung der geschehenen Besichtigung ohne Aufenthalt herein lassen; im entgegengesetzten Fall aber, und wenn ein Stück Vieh unterwegens an irgend einer Krankheit verstorben wäre, zur eidlichen Vernehmung des Viehhändlers über deren Bewandniß und nähere Untersuchung der Heerde, wobey auch nöthigenfalls ein auf der Gränze zu schlachtendes Stück Vieh zu öffnen ist, den nächsten Physicus zuziehen, und in jedem Fall, wenn die in dem Königlich Preußischen und Herzoglich Oldenburgischen Paß angegebene Zahl nicht völlig vorhanden, oder ein obrigkeitliches Attest die Gesundheit eines unterwegens verkauften Stücks nicht ganz uneingeschränkt und ausdrücklich versichert, oder wenn Spuren der Viehseuche sich finden, die Heerde nicht über die Gränze lassen, sondern zweckmäßigste Hemmung aller einländischen Kommunication mit derselben augenblicklich treffen, sodann, so wie in jedem zweifelhaften Fall, mit Einsendung sämtlicher Atteste, und der am Amt abgehaltenen Protocolle, wie auch des Physicats-Gutachtens:

In wie fern Quarantaine oder gänzliches Abweisen zu verfügen sey?

unverzüglich an die Regierung berichten, und wenn sich gegründeter Verdacht der Ansteckung bey irgend einem Stück Vieh in der Heerde zeigt, vorläufig dem Befinden nach mit der angränzenden auswärtigen Obrigkeit über die wechselseitige Verhaltung communiciren.

3) Wenn nun die Heerde über die Gränze gelassen ist, so müssen die einländischen Obrigkeiten da, wo davon Stücke Vieh verkauft sind, ebenmäßig deren Gesundheit attestiren, damit die Heerde wegen mangelhafter Nachweisung ihrer bescheinigten Zahl in andern hiesigen Aemtern und Städten, wo jene Halte macht, und also auch nachgesehen werden muß, nicht als verdächtig behandelt werde. Im jedoch sich ergebenden Fall eines solchen oder andern Verdachts, oder wenn sich bey der zugelassenen Heerde demnächst noch Krankheit äußerte, müssen die Obrigkeiten, mit Zuziehung des Physicus, genaueste

naueste Untersuchung anstellen, und darnach sowohl einstweilen sogleich die vorsichtigsten Maasregeln treffen, als auch an die Regierung berichten. Und da auch

4) in den benachbarten Königlich Preußischen Minden- und Ravensbergischen Provinzen ähnliche Besichtigung der die dasigen Märkte besuchenden Viehheerden geschiehet, so können hiesige Metzger und andere Unterthanen auch dort fettes Ostfriesisches, Hollsteinisches und anderes Vieh ohne Unterschied der Gegend, woher es gekommen, einkaufen, wenn dasige Königliche Preußische Obrigkeiten ihnen die nach den Circularien vom 21ten September 1784 und 31ten August 1789 in Absicht alles eingebracht werdenden Viehes erforderliche Pässe ertheilen, worin a) der Name des hiesigen Unterthans, b) die Zahl, das Geschlecht und die Farbe des Viehes, c) mit welchen Zeichen es bezeichnet, d) die Zeit und der Ort, wann und wo dieser es angekauft hat, deutlich bestimmt, und dabey auch e) bezeuget wird, daß das Hornvieh von Oertern komme, wo wenigstens innerhalb drey Monaten keine ansteckende Krankheit am Hornvieh bemerkt worden. Wornach, wenn sämtliche zusammen eingebrachte Stücke Vieh sich ungezweifelt gesund zeigen, solche auf Besichtigung des an der Gränze zunächst wohnenden Unterbedienten, welche auf jenen Paß bescheiniget werden muß, zuzulassen sind; im Fall einer sich ergebenden Bedenklichkeit aber von diesem an das Amt zuvor zu rapportiren ist, welches dann nach Anleitung obiger Vorschriften sachdienlich zu verfahren hat.

Zu aller Vorsicht wird jedoch empfohlen, die auf eben den genannten Märkten, oder von den über hiesige Gränze eingelassenen Ostfriesischen, Oldenburg- und Delmenhorstischen Viehheerden angekauften fetten Stücke Vieh, wo möglich, von dem eigenen hiesigen Vieh abzusondern.

Wie dann auch bey nun in so weit wieder gestatteten, übrigens aber vor wie nach verboten bleibenden Einführen des aus den Marschländern kommenden fetten Viehes von Drosten und Beamten und Magistraten pflichtmäßige Aufsicht auf diesen Gegenstand überall, und schleunigste Berichts-Erstattung erwartet wird, sobald sich Nachrichten von Viehseuchen in nahen oder ferneren Gegenden verbreiten. Detmold den 14 September 1790.

Fürstlich Lippische Regierung
daselbst.

Num. XVI.

Verordnung das Einkreiden des Linnens betreffend, von 1791.

Schon in der Verordnung vom 17ten Merz 1767 ist das Kreiden des Linnens für einen dem guten Ruf dieses Handels nachtheiligen Betrug erkläret. Da indeß eingezogener Erkundigung zufolge das Linnen in einigen Gegenden dennoch mit Kreide überrieben oder bestreuet wird; dagegen das unschädlichere Durchziehen des ausgelaugten Garns durch Kreidenwasser vor dessen Verweben als eine vorerst noch unentbehrliche Aushülfe anzusehen, und nur dabey das nachherige Ausklopfen der Kreide zu empfehlen ist: so werden Namens des gnädigsten Herrn Curators und Landesadministrators sämtliche Obrigkeiten auf jenes verderbliche Ueberreiben oder Bestreuen des Linnens wiederholt und mit der Auflage aufmerksam gemacht,

macht, die Weber, da wo es noch geschiehet, zur Abstellung dieses Misbrauches um so mehr anzuweisen, als solcher ihr Linnen im Absatz schlecht empfiehlt. Auch soll diese Verordnung durch das Intelligenzblatt zu jedermanns Wissenschaft gebracht werden. Detmold den 12ten April 1791.

Fürstlich Lippische Regierung
daselbst.

Num. XVII.

Nachricht wegen des Vorkaufsrechts bey adlichen Gütern, von 1791.

Nachdem von Sr Hochgräflichen Gnaden, dem gnädigsten Herrn Curator und Landesadministrator, den löblichen Ständen der Ritterschaft ihre vorgetragene unterthänigste Bitte:

„daß künftig jeder adelicher Besitzer eines Landtagsfähigen Guts, wenn er es verkaufen will, dies im Lippischen Intelligenzblatt bekannt machen müsse, der innländische Adel aber dann für das gleiche Gebot eines jeden andern das Vorkaufsrecht binnen einem Monat haben solle"

gnädigst bewilliget haben; so wird das zu jedermanns Nachricht und Nachachtung hiemit bekannt gemacht. Detmold den 27ten April 1791.

Fürstlich Lippische Regierung
daselbst.

Num. XVIII.

Erneuerte Verordnung wegen der Confirmanden, von 1791.

Schon unterm 20ten Febr. v. J. wurde Namens Sereniſſimi Hochfürſtlichen Durchlaucht von den Kanzeln bekannt gemacht, daß keine Eltern ihr Kind auch von einem auswärtigen lutheriſchen Prediger vor dem 14ten und nach dem 16ten Jahre confirmiren laſſen ſollen. Da aber der heilſame Zweck dieſer Verordnung nicht ganz erreicht werden würde, wenn es den reformirten Eltern erlaubt bliebe, ihre Kinder von ausländiſchen Predigern in jedem Alter confirmiren zu laſſen; ſo wird hiermit Namens Celſiſſimi Regentis Hochgräflichen Gnaden bey willkührlicher Strafe verboten, ein Kind bey einem ausländiſchen Prediger, von welcher Kirche er auch ſey, confirmiren zu laſſen, es ſey dann, daß der Prediger des Kirchſpiels die Erlaubniß dazu ſchriftlich gegeben, und das Kind 14 Jahre erreicht, oder 16 Jahre noch nicht überſchritten habe. Jedoch haben die Prediger dieſe Erlaubniß nach Befinden der Umſtände nicht zu verſagen. Detmold den 3ten May 1791.

Fürſtlich Lippiſches Conſiſtorium daſelbſt.

Num. XIX.

Verordnung die Wegebesserung betreffend, von 1791.

Da seit einiger Zeit häufige Beschwerden über Saumseligkeit in Vollziehung der von dem Wege-Commissariat bey dessen Bereisungen nöthig erachteten Wegebesserungen eingehen; so wird Namens Celsissimi Curatoris Hochgräflichen Gnaden sämtlichen Obrigkeiten hierdurch aufgegeben, künftig deren Ausführung nicht nur ungesäumt mit Nachdruck zu befördern, sondern auch die Unterbediente und andere, welchen die Unteraufsicht bey den Wegebesserungen eines Orts oder Districts obliegt, zur Erfüllung ihrer Pflicht bey unausbleiblicher Bestrafung anzuweisen, auch solche im Nichtbefolgungsfall ohne Nachsicht zu veranlassen. Detmold den 31 May 1791.

Fürstlich Lippische Regierung
daselbst.

Num. XX.

Verordnung wegen des Kleesaamenziehens, von 1791.

Von Gottes Gnaden Wir Ludwig Henrich Adolph, Graf und Edler Herr zur Lippe, Souverain von Bianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc. Ritter des Hessischen goldnen Löwen-Ordens, Curator und Landesadministrator.

Da Wir mit Beyrath getreuer Stände von Ritterschaft und Städten beschlossen haben, die im Edict vom 16ten Merz 1789 auf das Kleesaamenziehen gesetzte Prämie nach den verschiedenen Klassen der Unterthanen des platten Landes zur desto allgemeinern Ermunterung vertheilen zu lassen; so soll künftig

1) aus der ersten Klasse der Vollmeyer eines Amts oder einer Vogtey demjenigen, welcher darin den meisten guten Kleesaamen über funfzig Pfund gewonnen hat, 2 Rthl. 18 mgr.

2) der zweyten Klasse der Halbmeyer und Kleinkötter ebenmäßig für den meisten guten Kleesaamen über dreyßig Pfund 1½ Rthl. und

3) der dritten Klasse der Hoppenplöcker, Straßenkötter und Einlieger für den meisten guten Kleesaamen über zwanzig Pfund 1 Rthl.

von jetzt bis 1797 einschließlich, jedoch mit Ausschluß derjenigen, welchen die Prämie schon einmal zu Theil geworden, und das Amtsattestat daher nicht zu ertheilen ist, bewilligt, und diese Verordnung von den Kanzeln und mittelst Anschlags, wie auch im Intelligenzblatt bekannt gemacht werden. Detmold den 5ten Jul. 1791.

Num. XXI.

Num. XXI.

Regulatif wegen Einführung gedruckter Formulare zu Attesten der Hebungs-Beamten und zu den Amts-Protocollen in Betref der Leihecasse-Gesuche.

Da die Oeconomie-Beamten die häuslichen Umstände der Unterthanen am besten kennen: so wird hiermit folgende den guten Fortgang der Leihecasse-Geschäfte in kürzestem Wege befördernde Einrichtung bekannt gemacht und verordnet:

1) Jeder Amtssässige Unterthan, der aus der Leihecasse ein Darlehn zu haben wünscht, soll sich künftig zuerst bey seinem Oeconomie-Beamten melden.

2) Dieser untersucht: Ob das Darlehn zu dem angegebenen Zweck erforderlich ist, und dem Supplicant nützlich seyn werde, auch in welchen mäßigen und den Kräften der Stette angemessenen, aber dann auch unabänderlichen Terminen, neben den laufenden Zinsen, wieder abgetragen werden könne, welchem vorgängig er

3) deshalb sein pflichtmäßig gutachtliches Attest nach Anleitung des nachstehenden und beyspielsweise mit andrer Schrift ausgefüllten ersten Formulars ertheilt.

4) Hiermit meldet sich der Supplicant zur Aufnahme des Protocolls bey dem Amt, welches solche nach dem zur Nachricht und Achtung ebenmäßig ausgefüllten zweyten Formular vollzieht.

Zum Schluß des dafür offen gelaſſenen Formulars muß das Gutachten angehängt werden: Ob nach der Meynung des Amts hinlängliche Sicherheit vorhanden, und dem Geſuch zu deferiren ſey? wie ganz kurz und bündig geſchehen kann, wenn der Sicherheitspunct ſich einleuchtend von ſelbſt nachweiſet, ſonſt aber nöthigenfalls mit näherer Ausführung, oder mit angehängten Erinnerungen in Betref der in dem Atteſt vorkommenden Umſtände, unter Beachtung der ſonſtigen Erforderniſſe:

Z. B. der zuzuſichernden Beybringung der Conſenſe, wenn ſolche nicht gleich geſchiehet, und davon, wie wegen Unbeträchtlichkeit eines Darlehns bey unverſchuldeten Colonaten wohl ſtatt finden dürfte, nicht diſpenſirt werden kann, von den fremden Gutsherrn der Supplicanten; der ceſſionis jurium absque ulla novatione von den früher ingroſſirten Gläubigern, welche von dem Darlehn an Capital und rückſtändigen Zinſen im Bewilligungsfall ausbezahlt werden ſollen u. ſ. w.

und unter Angaben der ſich etwa ergebenden Bedenken:

Z. B. daß Supplicant Stiefvater ſey, und nur noch . . . Jahre auf der Stette bleibe, daß das Colonat ziemlich nahe zum Heimfall an die höchſte oder an eine andre Gutsherrſchaft ſtehe, daß im Verkaufsfall deſſelben wegen der Localität der Gegend ſich keine annehmliche Käufer finden dürften u. d. gl. mehr,

auch erforderlichenfalls unter näherer Begründung der zweifelhaft ſcheinenden Sicherheit,

z. B. daß ohngeachtet des geringen Ueberſchuſſes der Stette ſolche im Verkaufsfall ſicher und gewiß unter ein Kaufpretium von wenigſtens . . Thalern nicht weggehen dürfte, weil u. ſ. w. — Daß das Inventarium, zufolge der nöthigenfalls auch von dem Amt veranlaſſeten, und beyzulegenden ſpecifiken Aufnahme, oder auch nach ohngefährem Ueberſchlag

schlag immer wenigstens . . Thaler werth sey. — Daß dieses oder jenes Pertinenz der Stette ohngeachtet der darauf haftenden und auf den Käufer übergehenden Lasten, ohne deren Nachtheil, bequem für wenigstens . . Thaler verkauft werden könne, in wie fern Supplicant bisher, (wenn z. B. verhältnißmäßig-erhebliche Schulden auf der Stette haften) die Zinsen davon laut producirten Quitungen richtig abgeführt habe; u. s. w.

und, wenn sich dergleichen zur bessern Nachweisung der erforderlichen Sicherheit nicht anführen lässet, möglichenfalls unter ihrer Verstärkung durch Bürgschaft, in welchem letztern Fall in Absicht des Bürgen noch ein besonderes Attest und Protocoll, eben so wie wegen des Ansuchenden selbst, jedoch mit dem gehörigen Orts anzuhängenden Zusatz:

als **Bürge**, unter specieller Entsagung des beneficii excussionis, und auch nöthigenfalls divisionis,

anzuschließen ist.

5) Nach erfolgter Anleihe-Bewilligung erhält das Amt das Obligations-Protocoll, nebst der Assignation, wie bisher, zur Ingrossations-Vollziehung zurück, und setzt darunter blos:

Ingrossirt,

oder falls mehr oder weniger assignirt worden, als anfänglich im Obligations-Protocoll nachgesucht ist, die Worte: z. B.

Funfzig Thaler ingrossirt;

in jedem Fall aber mit Angabe des Datums, und mit Siegel und Unterschrift, und bemerkt die geschehene Ingrossation auch nachrichtlich bey der Assignation, sendet aber

6) diese mit der Obligation, außer wenn z. B. bey Erlaß-Vergleichen die Auszahlung des Darlehns ergo jura cessa gerichtlich an dem Amte und so von diesem die Beförderung und Bescheinigung

der Verwendung, dem in dieſem beſondern Fall an daſſelbe gerichtete Zahlungs-Decret gemäs, ſelbſt geſchieht, unverzüglich dem Hebungs-Beamten zu, der dann, nach von ihm der Aſſignation beygefügten Praeſentato, für die Einziehung und zweckmäßige Verwendung des Vorſchuſſes pflichtmäßig ſorgt, und hiernächſt das Obligations-Protocoll mit beygefügtem Atteſt:

Das Darlehn iſt dem Antrag gemäß verwandt. N. den 1791.

N. Amtsvogt

der Commiſſion remittirt; welches letztere in jenem Fall der gerichtlichen Auszahlung von dem Amt ebenmäßig ſelbſt beachtet wird.

7) In denjenigen Aemtern, worin der Rendant zugleich Juſtizbeamter oder Amtſchreiber iſt, können obige Vorſchriften gleichfalls erledigt, und die Atteſte und Protocolle reſpective als Rendant und von Amtswegen unterſchrieben werden.

Wornach alſo mittelſt ſachangemeſſener Ausfüllung der von der Commiſſion den Aemtern zugefertigt, und von dieſen an die Hebungsbeamten weiter vertheilt werdenden Formulare und mit vollſtändiger Nachweiſung der Sicherheit ſolchergeſtalt zu verfahren iſt, daß in Zukunft der Regul nach keine weitere Nachfragen und Erläuterungen zur Ergänzung der bey jedem Darlehn nach den Umſtänden mehr oder weniger zu beachtenden Rückſichten erforderlich ſeyn mögen. Detmold den 1ten Aug. 1791.

Fürſtlich Lippiſche Kammer daſelbſt.

Zu Num. XXI.

Formular zu den Leihecasse-Attesten der Hobungs-Beamten, und zu den Amts-Obligations-Protocollen.

Attest.

Daß dem Colono (N.) Nr. Bauerschaft (N.) dessen Aufführung und Wirthschaft (vorzüglich gut) (untadelhaft) (ziemlich) (schlecht) und dessen (Inventarium) (Mobiliar-Vermögen, bey kleinen Stetten, jedoch künftig ohne specielle Aufnahme desselben, außer etwa in einzelnen bedenklichen Fällen) von (bester) (guter) (mittelmäßiger) (schlechter) Beschaffenheit ist, dessen Gebäude aber nach der Ao. geschehenen Taxation zu Thalern assecurirt, und seitdem (noch z. E. durch Anlage eines neuen Kottens von — Rthl. Werth verbessert) (nicht verschlimmert) (jedoch z. E. wegen unterlassener höchst nöthiger Reparaturen, die etwa 80 Rthlr. kosten dürften, verschlimmert) sind, die Bewilligung eines Darlehns zu — sage — Rthl. in (Golde) (Conventions-Münze), welches er (sogleich) (am 15 Dec. d. J.) zu (hier ist der Zweck anzuführen) zu erhalten wünscht, und neben der Verzinsung zu 5 Procent in jährlichen (sogleich) (nach 2 Jahren) anfangenden Terminen zu — sage — Rthl. wieder abtragen will, und nach seinen Umständen auch kann, nützlich seyn wird, attestirt Unterschriebener auf Pflicht und mit der Bemerkung, daß von dem Colonat, welches Supplicant seit — besitzt, die Praestanda (seitdem) (bishero) (prompt) (ziemlich prompt) (saumseelig) erfolgt sind. N. den (1ten Aug. 1791.)

(N. Amtsvogt.)

Actum (N) an dem Amt den

Erschien vorbenannter (leibfreyer Mittel-Vollmeyer), und bat hiernach um Beförderung des Darlehns gegen Verzinsung zu 5 Procent. Zur Hypothecarischen Sicherheit des Capitals, der Zinsen und der etwaigen Schäden und Kosten setze er hiermit für den Bewilligungsfall unter Einräumung des Constituti Possessorii, und unter Entsagung auf alle etwaige Moratoria, Stundungs- und Erlaß-Vergleiche, und auf andere Zurückzahlung, als vereinbaret worden, sein ganzes gegenwärtiges und zukünftiges Vermögen, sowol in genere, als auch sein Erbgut in specie, ohne daß Fürstliche Leihecasse an letzteres gebunden seyn solle, sondern sich nach Gefallen aus seinen sämtlichen Haab und Gütern bezahlt machen könne; und suche er zugleich vorläufig um Ingrossation nach.

Supplicant genehmigt den ihm verlesenen und gehörig verständigten Inhalt dieses Protocolls.

Amts-Gutachten.

Da auf Supplicantens Gütern, deren Ertrag und Lasten, aus dem (am- eingesandten / angeschlossenen) Saalbuchs-Extract (sich ohnverändert) ergeben, (keine / 120 Rthl.) Schulden ingrossirt sind; so wäre das Darlehn (Hier folgt das Amts-Gutachten nach Anleitung des Regulatifs).

Num. XXII.

Bekanntmachung der Dauer der Personensteuer, von 1791.

Von Gottes Gnaden Wir Ludwig Henrich Adolph, Graf und Edler Herr zur Lippe, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc. Ritter des Hessischen goldnen Löwen-Ordens, Curator und Landesadministrator.

In der, von Uns, als damaligen vormundschaftlichen Regenten, am 16ten Merz 1789 öffentlich gegebenen, Versicherung fürs Aufhören der Personensteuer nach 16 Hebungsjahren, wurde auch noch frühere Endigung derselben versprochen, wenn noch Nebenzuflüsse für die Personensteuer-Kasse befördert werden könnten.

Unsers Fürstlichen Herrn Neffen und Curanden Lbd. bestätigten auch in der öffentlichen Erklärung vom 15ten April v. J. jene Versicherung und dieses Versprechen, und erweiterten letzteres dahin, daß, wenn der Ertrag der schon in Beförderung gekommenen Nebenzuflüsse bestimmet worden sey, alsdann auch darnach die würkliche Abkürzung der vorhin bestimmten Dauer der Personensteuer bekannt gemacht werden solle.

Auf diesjährigen Landtag ist nun würklich der Hülfsfond zur vollen Bestimmung gekommen, und derselbe so ergiebig geworden, daß, nach darauf von der Personensteuer-Commission geschehenen Berechnung dessen Verhältnisses gegen noch nöthiges ganzes Aufbringen

gen mit der Personensteuer, diese nur noch, mit Einschluß des gegenwärtigen, 8 Jahre lang gehoben werden muß, und also mit dem Schluß des 1798ten Jahrs ganz sich endigen kann und soll. Nur da die Aemter Varenholz und Sternberg, wie ihnen nachgelassen ist, größtentheils ihren, nach vorheriger Aufnahme und Klassificirung berechneten, ganzen Beytrag nicht in der Art der Personensteuer-Hebung, sondern mit einem Zusatz eines 12ten Theils zu ihrer jährlichen Contribution, und folglich so geringer jährlich, aber länger in der Dauer entrichten; so werden diese Aemter von obiger Bestimmung des Endes der Personensteuer ausgenommen. Es ist ihnen aber auch verhältnißmäßiger Antheil an den Nebenzuflüssen geworden, solcher von ihrem ganzen Beytrag abgerechnet, und soviel hievon noch itzt von ihnen selbst nicht bezahlet ist, von der Landcasse für frühere Bezahlung der Vergleichsgelder vorgeschossen worden, für dessen Wiedererstattung der Beytrag dieser beyden Aemter also, bis sie geschehen, fortdauret und darüber besondere Berechnung der jährlichen Landcasserechnung beygefüget wird. Mit dieser Ausnahme versichern Wir also hiemit für alle Stände, die Beytrag zur Personensteuer leisten, das Ende desselben mit dem Schluß des Jahrs 1798, mit welchem, ohne weitere Abänderung darin, derselbe ganz aufhören soll. Gegeben Detmold den 30ten Aug. 1791.

Num. XXIII.

Verordnung wegen der tollen Hunde, von 1791.

Publicirt den 21ten Jun. 1792.

Von Gottes Gnaden, Wir Ludwig Henrich Adolph, Graf und Edler Herr zur Lippe, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc. Ritter des Hessischen goldnen Löwen-Ordens, Curator und Landesadministrator.

Da es, aus jetzt genug bekannt gewordenen theoretischen Gründen und auch aus schon genug bestätigter Erfahrung, selbst nach den in hiesigem Land darüber eingeforderten Berichten, gewiß ist, daß das sogenannte Tollwurmschneiden bey den Hunden zur Vorbeugung des Toll- und Wüthigwerdens derselben ganz unzulänglich sey; so heben Wir alle vorherigen Verordnungen, welche das Schneidenlassen des Tollwurms bey den Hunden befehlen, hiemit auf, und überlassen es jedes eigenem Willen, ob er damit fortfahren wolle. Hingegen finden Wir Uns aus Landesväterlicher Fürsorge bewogen, jedermann andurch zu ermahnen, aus Liebe für sich, die Seinigen und seine Nebenmenschen keinen entbehrlichen Hund zu halten, damit Wir Uns nicht genöthiget sehen, bey Verabsäumung dieser Unserer Erinnerung, demnächst ernstlichere Verfügungen zur Abstellung des unnöthigen Hundehaltens zu treffen.

Um die bis jetzt bewährt gefundenen Vorsichtsregeln zur Verhütung des Tollwerdens der Hunde, wie auch die Zufälle und Merkmale der Hundetollheit und die ersten und nöthigsten Hülfsleistungen gegen die Folgen eines tollen Hundebisses zu jedermanns Kenntniß und Wissenschaft gelangen zu lassen, so haben Wir einen von Unsern Medizinalräthen abgefaßten Medizinalunterricht zur Vorbeugung der Tollheit der Hunde und Verhütung der gefährlichen Folgen derselben durch den Abdruck in dem vorjährigen Intelligenzblatt Nr. 29 ꝛc. und in dem Lemgoischen Kalender für das jetzige 1791te Jahr allgemein bekannt machen lassen. Damit aber auch durch zweckdienliche Polizeyanstalten der Ausbruch der Hundetollheit verhütet, und den Folgen derselben vorgebeuget werde; so empfehlen Wir andurch

I) jedem Einwohner, wer einen oder mehrere Hunde hält, die im Medizinalunterricht § 2. Nr. I bis VIII angeführten Verhütungsregeln gegen das Tollwerden der Hunde sorfältig zu befolgen; dabey verordnen Wir, daß

II) Niemand beißige oder heimtückische Hunde halten solle, es sey denn, daß selbige beständig und an Orten, wo Vorübergehende nicht durch sie erschreckt oder verletzt werden können, an Ketten gelegt würden, auch soll jedem, wer nicht eine Jagd besitzt oder Jagdfreyheit genießet, das Halten der Jagd- und insbesondere der Hetzhunde verboten seyn.

III) Jeder soll seinen Hund so viel als möglich, vorzüglich des Nachts, im Hause halten; wie Wir Uns dann in Absicht der Schlächter, schlachtenden Juden, Hirten- und Schäferhunde auf die vorhin schon erlassenen Verordnungen hiemit ausdrücklich beziehen.

Der Besitzer einer Hündinn soll selbige, sobald sie läufisch wird, innerhalb seines Hofes behalten; dabey wird ihm das zeitige Belegenlassen derselben empfohlen. Fremde sollen, wenn sie Hunde

bey

bey sich haben, in den Thoren gewarnet werden, selbige während des Aufenthalts in der Stadt nicht herumlaufen zu lassen.

IV) Jedermann soll auf den Gesundheitszustand seines Hundes beständig eine genaue Obacht haben, und sobald er, nach Maasgabe des § 3. des **Medizinalunterrichts**, die Zufälle des ersten Zeitraums des Tollwerdens an denselben bemerket, ihn ohne Aufschub sogleich todt schlagen, oder wenn er dies nicht will, auf seine Gefahr wegen aller entstehenden üblen Folgen, sogleich einsperren, und ihn nach Vorschrift des **Medizinalunterrichts** §. 3. behandeln. Sobald aber die Zufälle des zweyten Zeitraums der Tollheit an einem Hund bemerkt werden: so soll derselbe von dem Eigenthümer oder den Seinigen und nöthigenfalls mit Hülfe der Nachbarschaft unverzüglich getödtet, und demnächst, in Gegenwart des Stadtunterbedienten oder des Bauerrichters nach Vorschrift Nr. X. dieser Verordnung verscharret werden.

V) Würde ein der Tollheit verdächtiger Hund seinem Besitzer entfliehen, so soll dieser alsobald die Anzeige von dem Durchgehen des Hundes mit Bemerkung der Gestalt, Farbe und anderer Abzeichen desselben bey der Ortsobrigkeit und auf den Dörfern, wo kein Beamter wohnt, in diesem und allen folgenden Fällen, bey dem Untervogt, Bauerrichter, oder den Vorstehern, wer davon am nächsten zu treffen ist, machen; wäre ein toller Hund aus einem andern Ort hergekommen, so soll jedermann, wer die erste Nachricht von der Gegenwart desselben einzieht, bey schwerer Verantwortung gehalten seyn, der Ortsobrigkeit und auf den Dörfern den Unterbedienten oder Vorstehern, ohne den mindesten Verzug Nachricht davon zu geben, und diese sind in beyden Fällen bey gleicher Verantwortung verpflichtet, unverzüglich die zweckmäßigste Veranstaltung zu treffen, daß die Bewohner des Orts vor der Gefahr gewarnt werden, und sich und die Ihrigen sichern können, und daß der Hund aufgesucht und getödtet werde.

VI) Sollte aber ein Hund, von dessen Tollheit man noch nicht gewiß überzeugt wäre, kurz vor oder während seines Krankseyns irgend einen Menschen beschädigt, oder auch nur begeifert haben; so soll dieser Hund, in so fern es geschehen kann, nicht sogleich getödtet werden, sondern der Besitzer desselben soll gehalten seyn, ihn, nach Inhalt des §. 3. des Medizinalunterrichts, so lange auf das sicherste einzusperren und zu beobachten, bis man Gewißheit erhalten: ob der Hund wirklich toll sey oder nicht, damit die auf jeden Fall nichts destoweniger mit den erforderlichen Hülfsmitteln sogleich zu versehende beschädigte Person, wenn die Tollheit des Hundes sich nicht bestätiget, von der Unschädlichkeit der Verletzung demnächst völlig überzeugt werden könne.

VII) Wer dieser Verordnung zuwider nicht die erforderliche Aufsicht auf seinen Hund, und insbesondere, wer gleich nach sich ergebenden Verdacht der Tollheit desselben nicht die sorgfältigste Vorsicht anwendet, ihn außer Stand zu setzen, auf irgend eine Art zu schaden, bleibt nicht allein für die rechtlichen Folgen in Absicht der Schaden und Kostenersetzung verhaftet, sondern soll außerdem, dem Befinden nach, mit verhältnißmäßiger willkührlicher Strafe belegt werden.

VIII) Würde ein toller Hund in einem Ort nicht eingeholt und erlegt, so soll die Obrigkeit dieses Orts und auf den Dörfern der Unterbediente oder die Vorsteher allenfalls auf öffentliche Kosten allen benachbarten Ortschaften, auf eine Stunde weit, die schleunigste Nachricht, wo möglich durch einen reitenden Boten, mittheilen, damit man daselbst die nöthige Obacht habe und Sicherheit nach Nr. V. veranstalte.

IX) Gleichwie Wir von jedermann das ungesäumteste Erlegen eines herumlaufenden tollen Hundes unter Beachtung der erforderlichen Vorsicht erwarten; so werden Wir auch besonders den hierbey bewiesenen Eifer mit gnädigstem Wohlgefallen vernehmen.

X) Jeder getödtete tolle oder der Tollheit verdächtige Hund soll ohne Verzug und in Gegenwart des Unterbedienten mit Haut und Haar, mit allem worauf er gelegen oder was er mit seinem Geifer besudelt haben kann, mit seinem Freß und Saufgeschirren, und mit der zu dem Ende vorsichtig abzutragenden Erde, worauf er gelegen oder getödtet worden, an einen abgelegenen Ort in ein geräumiges sechs Schuh tiefes Loch verscharret, und mit lebendigem Kalk, wenn man solchen habhaft werden kann, überschüttet, wie auch mit schweren Steinen bedecket werden. War der Hund während seiner Tollheit in eine Hütte gesperret, so soll selbige vorsichtig abgerissen und verbrannt, hätte er aber in einer Stube oder in einem Stall gelegen, so müssen diese Orte recht wohl mit ungelöschtem Kalk oder mit unausgelaugter Asche alsobald ausgescheuert, allemal aber die Kette, woran er gefesselt war, recht wohl ausgeglühet werden.

XI) Sobald irgend ein Mensch von einem tollen oder der Tollheit verdächtigen Hund auch nur im mindesten verletzet worden, soll dies von dessen Angehörigen unverzüglich der Ortsobrigkeit, oder den Unterbedienten, oder Vorsteher angezeigt werden. In den Städten soll der Magistrat alsdann dafür sorgen, daß die beschädigte Person augenblicklich in die Besorgung eines Arztes, oder in dessen Entstehung vorerst und bis zu dessen sogleich zu befördernder Ankunft, eines geschickten Wundarztes genommen werde. Auf den Dörfern müssen die Unterbediente oder Vorsteher schleunigstes Herbeyrufen des zunächst wohnenden Chirurgen, nöthigenfalls auf öffentliche Kosten, veranlassen, und eben so ungesäumt dem Amt den Fall schriftlich oder durch einen abzusendenden Boten melden, welches dann den Physicus oder den Amtschirurgus, wenn er näher wohnet, zu den Beschädigten zu befördern hat. Damit auch jeder von einem tollen Hund Beschädigte ohne Aufschub zweckmäßige Hülfe erhalte; so haben Wir nicht allein befohlen, daß in dem **Medizinalunterricht** §. 5. Anweisung gegeben worden, was von tollen Hunden verletzte Personen zu ihrer Rettung sogleich thun sollen, worauf also

selbige und die Angehörige derselben, wie auch die Obrigkeiten und die Unterbediente und Dorfs-Vorsteher hiedurch verwiesen werden; sondern Wir haben auch für die Chirurgen der zweyten Klasse im hiesigen Land einen **Unterricht, wie** selbige die von tollen Hunden beschädigte Personen behandeln sollen, abfassen, und werden sie zur genauen Befolgung desselben anhalten lassen. Auch befehlen Wir hiedurch, daß die Unterbediente und Vorsteher, wenn sich die verletzte Person oder deren Angehörigen dem Heilverfahren nicht fügen wollte, nöthigenfalls mit Hülfe des Predigers oder ihres Beamten die Hindernisse zu heben suchen sollen.

XII) Würde ein von einem tollen Hund beschädigter Mensch in der Folge Vorzeichen der Wasserscheu an sich merken lassen, worüber im **Medizinalunterricht** §. 6. die erforderliche Nachricht ertheilt worden ist; so sollen die Ortsobrigkeit und Unterbediente oder Vorsteher auch in diesem Fall die in der vorigen Nr. XI. von Uns verordnete Verfügung, nöthigenfalls auf öffentliche Kosten, treffen und dafür sorgen, daß dem Kranken wenigstens zwey Wärter gegeben werden, und daß diese alle Verordnungen des Arztes oder Wundarztes auf das pünktlichste befolgen.

XIII) Sollte der Kranke sterben, so soll mit der Beerdigung geeilet werden, jedoch darf selbige nicht vor Ablauf 24 Stunden geschehen, und der Magistrat, oder das Amt, Unterbediente oder Vorsteher müssen dafür sorgen, daß der Körper des Todten so eingekleidet, wie er starb, ungewaschen und ungereinigt, mit möglichster Vorsicht von dem Sterbelager genommen, mit Essig besprengt, in Linnen, oder noch besser, in Wachstuch gewickelt, und sobald wie möglich eingesargt und bis zur Beerdigung bewacht werde. Die Leiche soll nicht nach dem Kirchhofe getragen, sondern dahin auf einen Wagen gefahren, in ein sechs Fuß tiefes Grab gebracht, mit einem Fuß hoch lebendigen Kalk, wenn man selbigen haben kann, und alsdann gehörig mit Erde überschüttet werden. Auch soll alles, worauf der Kranke während der Wasserscheu gelegen, oder was er mit seinem

nem Speichel u. d. gl. besudelt haben kann, an einem abgelegenen Ort, in Gegenwart der Unterbedienten, verbrannt, und nöthigenfalls aus irgend einem öffentlichen Fond Erstattung dafür verfüget werden. Das Bettgestelle und die Stubendiele müssen alsobald mit ungelöschtem Kalk oder mit unausgelaugter Asche gereiniget, wohl abgehobelt und die Späne davon verbrannt, die Wände der Stube frisch ausgeweißt und alle vom Kranken gebrauchte metallene Geräthschaften wieder ausgeglühet werden.

XIV) Würde ein toller Hund einen andern Hund oder sonst ein oder mehrere Stücke Vieh anfallen; so ist jeder schuldig, solches nicht nur dem Eigenthümer des oder der angefallenen Thiere, sondern auch der Ortsobrigkeit, oder auf den Dörfern den Unterbedienten oder Vorstehern anzuzeigen, und diese sollen bey schwerer Verantwortung alsobald die nöthige Veranstaltung treffen, daß das gebissene Thier, wenn die Bißwunde tief und groß, oder an einer Stelle, wo sie schwer zu behandeln ist, oder wenn das Thier an mehrern Stellen seines Körpers verletzt, oder mit Geifer besudelt worden, und wenn der Hund, von welchem es beschädigt ward, offenbar toll gewesen, die Gefahr der Ansteckung also entschieden und die Heilung unwahrscheinlich ist, augenblicklich getödtet, die Haut desselben an vielen Stellen zerschlitzt und das Aas mit Haut und Haar, wie auch mit dem nach dem Biß gemisteten Dünger an einem abgelegenen Ort, in Gegenwart eines Unterbedienten, sechs Fuß tief verscharret, mit ungelöschtem Kalk, wenn man ihn haben kann, eine Hand hoch überschüttet und mit schweren Steinen bedecket werden. Wäre aber die Wunde unbeträchtlich, und hält der Physicus oder auch der Amtschirurgus eine vollkommene Heilung für wahrscheinlich; so soll das Thier an einem abgesonderten sichern Ort mit Ketten fest angebunden, und die Heilung desselben unter der gehörigen Vor- und Aufsicht versucht werden; jedoch soll von einem Melkvieh in diesem Fall die Milch nicht verbraucht, sondern in eine, drey Schuh tief in die Erde gegrabene, Grube gegossen werden. Würde

aber

aber bey einem solchen Stück Vieh dennoch die Wuth ausbrechen, so soll dasselbe alsobald getödtet, und sein Aas, wie oben verordnet worden, verscharret werden; auch soll alles, was von dem toll gewordenen Vieh mit Geifer oder Blut besudelt seyn kann, wenn es hölzerne Geräthe oder Linnen ist, und selbst auch die Krippen und Reifen, verbrannt, alles eiserne im Feuer ausgeglüht, und was von Stein ist, wie auch der ganze Stall mit ungelöschtem Kalk oder unausgelaugter Asche mehrmals ab- und ausgescheuert werden. Sollte ein toller Hund viele Stücke oder eine ganze Heerde Vieh anfallen, und man die angefallenen Thiere nicht genau bestimmen können; so sollen alle Stücke oder die ganze Heerde schleunigst in tiefem und reinem Wasser geschwemmet, oder Stück vor Stück überall sorgfältig abgewaschen werden, aber so, daß die Personen, welche dies verrichten, sich selbst von allem Besudeln ihrer Haut und ihrer Kleidung mit dem an dem Vieh allenfalls noch klebenden Geifer Obacht nehmen, und die Tücher oder die Strohwische, womit das Abwaschen geschehen, sogleich verbrannt werden.

Der Obrigkeit muß der Vorgang angezeigt und von derselben dafür gesorgt werden, daß auf das Befinden eines jeden einzelnen Stücks wenigstens 21 Tage lang genau geachtet, auf den ersten bey einem Stück sich ergebenden Verdacht dasselbe augenblicklich in sichere Verwahrung gebracht, und der Physicus oder Amtswundarzt zur weitern pflichtmäßigen Untersuchung und Verfügung zugezogen werden; wenn aber bey einem Stück Vieh die Zeichen der Wuth ausbrechen, muß dasselbe sogleich getödtet und nach obiger Vorschrift verscharret werden. Auch müssen in letzterm Fall die übrigen Stücke der Heerde, wenn sie bisher von dem Eigenthümer noch auf der gemeinschaftlichen Weide belassen worden, von derselben alsobald herunter gebracht, und jedes Stück muß alsdenn noch eine, von der Obrigkeit nach Rücksprache mit dem Physicus zu bestimmende, Zeitlang von allem andern Vieh abgesondert und einzeln sicher verwahrt werden, von dem fernern Vorgang aber soll sogleich Anzeige an die Obrigkeit geschehen.

XV)

XV) Wir befehlen auch den Physicis und Amtswundärzten, deren Kenntnissen und Einsicht Wir die vollständige Behandlung eines tollen Hundebisses und der Wasserscheu überlassen, sich mit den besten Heilmethoden dagegen wohl bekannt zu machen, und sobald sie zu Hülfe gerufen werden, sich eiligst dahin zu begeben und die Hülfsleistung auf das gewissenhafteste zu besorgen.

Die Amtswundärzte sollen bey schwerer Verantwortung in jedem solchen Fall, nachdem sie die nöthige Hülfe vorerst geleistet haben, ihrem vorgesetzten Physicus eine umständliche kunstmäßige Nachricht von dem Fall ertheilen, seinen Rath einholen und denselben befolgen; demnächst soll der Physicus über die Beschaffenheit eines jeden solchen Falls, über die angewandte Heilmethode und über den Verlauf und den Ausgang des Falls an die Regierung umständlichen Bericht erstatten.

Endlich wollen Wir, daß diese Verordnung durch den Druck publiciret, ins Intelligenzblatt eingerückt, und mit Verweisung auf dasselbe und auf den gewöhnlichen Anschlag, deren Erlaß zu jedermanns Befolgung von den Kanzeln bekannt gemacht werde. Detmold den 4ten Oct. 1791.

Num. XXIV.

Verordnung, die ins Ausland auf Arbeit gehenden Unterthanen betreffend, von 1791.

Die Verordnungen vom 3ten Febr. und 22ten Dec. 1778, wornach die Unterthanen, bey Strafe des Verlustes ihres Vermögens, kindlichen Antheils und aller Anforderungen, sich ohne Anzeige, erhaltene Erlaubniß und Paß, nicht außer Landes begeben sollen, werden so, wie die vom 3ten Merz 1782, vermöge welcher ein Paß auf mehrere Personen, die an einen Ort außerhalb Landes auf Arbeit gehen, gerichtet, dafür auch nur einfache Gebühr genommen werden soll, hiermit erneuert. Detmold den 27ten Dec. 1791.

Fürstlich Lippische Regierung
daselbst.

Num. XXV.

Verordnung wegen des Hopfenbaues, von 1792.

Von Gottes Gnaden Wir Ludwig Henrich Adolph, Graf und Edler Herr zur Lippe, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc. Ritter des Hessischen goldnen Löwen-Ordens, Curator und Landesadministrator.

Durch die, im Jahr 1787 bekannt gemachte und hernach auch würklich bewilligte, Prämie für den Hopfenbau ist dieser schon in mehreren Aemtern des Landes in bessern Gang gebracht worden.

Damit dies nun noch mehr befördert werde; so ist, mit Beystimmung getreuer Stände von Ritterschaft und Städten, eine andere Prämien-Vertheilung, und zwar die Zeit dazu verlängernd, bis Ende des Jahrs 1797 so bestimmet worden:

Derjenige Unterthan auf dem platten Lande, welcher den Hopfenbau im Großen, also in einen besonders dazu angelegten Garten von wenigstens einer Metze Flächen-Inhalt, bauet und so den mehresten, jedoch nicht unter 300 Pfund, guten trockenen und blätterreinen Hopfen erzeuget; der soll, mit Einschluß des Wehrts einer, zur Prämienaustheilung besonders geprägten, silbernen Medaille, 10 Rthl. haben.

Welcher Unterthan in jedem Amte oder in jeder Vogtey auf Grasbänken und sonst den mehresten Hopfen von obiger Güte, jedoch nicht unter 50 Pfund, anziehet, der erhält eine Medaille. Auch wird noch eine Prämie von einem Thaler dazu gegeben, wenn die

gebrauchte Hopfenstangen auf eigenen, für diesen Gebrauch später zu stubbenden Kopfweiden, oder auch von Ellern, durch Stehenlassen der graden Zweige bis zur Größe der Stangen, gezogen sind.

Für Bewürkung der Bewilligung vorgedachter Prämien muß der Regierung ein, nach genauer Untersuchung der Quantität und Güte des Hopfens, vom Amt ertheiltes Zeugniß übergeben, und dieses, wann der Prämienfall für eben bestimmte Hopfenstangen da ist, auch darauf erstrecket werden.

Gleichwie Wir nun hoffen, daß so der nützliche Hopfenbau sich noch mehr heben wird; so verbieten Wir dafür auch allgemein das sonst im Frühjahr gewöhnliche Abstechen der Hopfenkeime zum Verkauf, auch sonst jede andere Art der Hopfenbeschädigung, und besonders das Hüten, da wo Hopfenanlagen gemacht sind. Und da, damit der Hopfe von guter Art allgemeiner im Lande werde, auf Kammerverordnung Hopfenpflanzen von bester Gattung auswärts verschrieben und an die herrschaftlichen Meyereyen vertheilet sind; so können auch in der Folge daher Pflanzen solcher guten Art erhalten, und damit kannn dann auch der Hopfenbau nach und nach mehr verbessert werden. Bey aller dieser Vorsorge dafür erwarten Wir dann auch dagegen die zur Schonung des Holzes von jedem, der Hopfen bauet, daß er beym Aufnehmen desselben für die Erhaltung und gute Bewahrung der Hopfenstangen zum fernern Gebrauch, der dann sechsjährig seyn kann, achtsam seye.

Damit nun das alles genug bekannt werde, so soll hievon Abdruck im Intelligenzblatt geschehen. Gegeben Detmold den 24ten Jenner 1792.

Num. XXVI.

Verordnung wegen Befestigung der Flegelknüppel, von 1792.

Drost und Beamte auf dem Lande und Magistrate in den Städten haben durch die Unterbediente darauf achten zu lassen, daß von den Dreschern bey Vermeidung willkührlicher Strafe nur solche Flegel, deren Hüte am Stiel und Knüppel, wie es sich gebühret, mit zusammengeknüpften ledernen Riemen, und nicht solche, deren Hüte mit Nägeln befestiget sind, zum Ausdreschen des Getraides gebraucht werden, weil darüber Klage geführet ist, daß durch die ausfallenden Nägel nicht nur das Mahlwerk sehr beschädiget, sondern auch das Mehl und Schroot nachtheilig verunreinigt werde. Daher dann auch diese Verordnung zu jedermanns Wissenschaft im Intelligenzblatt bekannt gemacht werden soll. Detmold den 24ten Jenner 1792.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. XXVII.

Verordnung den Wollenhandel betreffend, von 1792.

Von Gottes Gnaden Wir Ludwig Henrich Adolph, Graf und Edler Herr zur Lippe, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc. Ritter des Hessischen goldnen Löwen-Ordens, Curator und Landesadministrator.

In der Verordnung vom 12ten Merz 1765 Nr. 94. 2 B. und vom 17ten Merz 1788 Nr. 113 3 B. der Landesverordnungen ist die schädliche und betrügliche Behandlung der Wolle vor ihrem Verkauf, so wie sie in beyden Verordnungen bestimmet ist, aufs nachdrücklichste verboten worden, welches Verbot Wir auch hier nochmal wiederholen.

Ueberdem soll auch nun noch, wie die Anzeige davon geschehen ist, eben so schädlich und betrüglich mit der Schurwolle von guten und gesunden Schaafen, die Sterblings- und Lämmerwolle, die von Fellen geschlachteter Schaafe durch Kalkbeize gerafte Rauf- oder Schlachtwolle, und endlich die vor der Schurzeit ausgefallene Wolle vermischet werden.

Auch diese, dem Wollenhandel selbst und eben so sehr den Wollenmanufacturen schädliche Vermischung, verbieten Wir hierdurch, nach darüber mit getreuen Ständen der Ritterschaft und Städte gehaltenen Berathung, in führender Curatel und Landesadministra-

miniſtration, bey der in vorgedachten Verordnungen beſtimmten Strafe, und vermahnen jeden, damit ihn dieſe nicht treffe, ſich ſolcher betrüglichen Wollenvermiſchung ebenfalls zu enthalten.

Und da auch die Verordnungen vom 13ten Merz 1771 Nr. 184. 2 B. vom 25ten Jun. 1787 Nr. 105. 3 B. und vom 17ten Merz 1788 Nr. 113. daſelbſt, welche befehlen, daß der Verkauf der Wolle, wenn er außerhalb Landes geſchehen, ſo wie der Preiß, wofür ſie überlaſſen werden will, 14 Tage vorher im Lippiſchen Intelligenzblatt, ohne Gebüren davon, angezeigt werden ſolle, noch nicht, wie Beſchwerde darüber geworden iſt, genug befolget werden; obgleich ſolches für guten und ſo allgemein nützlichen Betrieb der inländiſchen Wollenmanufacturen vortheilhaft und nöthig iſt; ſo erneuern Wir auch deswegen hiemit die vorigen Verordnungen mit darin geſchehener Strafbedrohung auf den Unterlaſſungsfall, und befehlen jeder Obrigkeit auf die beſſere künftige Befolgung zu achten und Beſtrafung der Entgegenhandlungen zu befördern.

Zur allgemeinen Nachachtung und zum Bekanntwerden dafür ſoll dieſe Verordnung ins Lippiſche Intelligenzblatt eingerücket und an gewöhnlichen Orten angeſchlagen werden. Gegeben Detmold den 17ten April 1792.

Num. XXVIII.

Verordnung wegen des Neujahrschießens, von 1792.

Von Gottes Gnaden Wir Ludwig Henrich Adolph, Graf und Edler Herr zur Lippe, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc. Ritter des Hessischen goldnen Löwen-Ordens, Curator und Landesadministrator.

In alten und neuen Landesverordnungen, als in denen Nr. 116. 1 Bands und Nr. 1. 52. und 173. 2 B. wie auch Nr. 29. 3 B. der Landesverordnungen, ist das Neujahrsschießen, das bey Hochzeiten und Kindtaufen, und überhaupt das zwischen den Gebäuden, auf den Höfen, oder auf den Gassen der Flecken und Dörfer, aufs ernsthafteste verboten worden.

Dennoch wird dieser Mißbrauch, der keine, den Unterthanen sonst gerne zu gönnende, vernünftige Freude geben kann; sondern immer dem Thäter und dem gemeinen Wesen Gefahr und Unglück drohet, noch immerfort betrieben. Selbst noch in der letzten Neujahrsnacht ist durch das Neujahrsschießen im Amt Schwalenberg ein Haus in Brand gesetzt und ganz durch die Flamme niedergebrannt; und im Amt Brake sind durch eben dies Neujahrsschießen in nemlicher Nacht zwey Knaben stark beschädigt worden.

Dieser schädliche und unvernünftige Mißbrauch muß also zum allgemeinen Besten ganz ausgerottet werden; und dazu verordnen Wir in führender Curatel und Landesadministration, nach darüber

mit

mit getreuen Ständen der Ritterschaft und Städte gepflogener Berathschlagung, daß jeder Thäter des, weil es in der Nacht geschiehet, am gefährlichsten Neujahrsschießens in Städten und auf dem Lande mit 20 Gfl. oder vierteljähriger Zuchthausstrafe unabbittlich bestrafet werden, und der Angeber des überwiesenen Thäters jedesmal die Halbschied der Geldstrafe haben, und daß auch für jedes andere, nach obigem verbotene, Schießen die Strafe verdoppelt, also von 3 auf 6 Gfl. oder sechstägiges Gefängniß und für den Hochzeitshalter, mit dessen Vorbewußt das Schießen geschehen ist, oder der es nachher nicht angezeiget hat, auf 20 Gfl. oder eben so vieltägige Gefängnißstrafe erhöhet und angesetzt, und auch hier dem Angeber ein Drittel der erkannten Geldstrafe zugebilliget werden soll.

Jeder hat sich also darnach zu richten, und die Obrigkeit in den Städten und auf dem Lande im Entgegenhandlungsfall aufs genaueste darnach zu verfahren, wie dann, damit dafür dies Verbot genug bekannt werde, dasselbe ins Intelligenzblatt eingerücket und an gewöhnlichen Orten überall angeschlagen, auch, daß dessen Erlassung geschehen seye, von den Kanzeln verkündiget werden soll. Gegeben Detmold den 17ten April 1792.

Num. XXIX.

Verordnung wegen der Goldmünzen, von 1792.

Von Gottes Gnaden Wir Ludwig Henrich Adolph, Graf und Edler Herr zur Lippe, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc. Ritter des Hessischen goldnen Löwen-Ordens, Curator und Landesadministrator.

Seit einigen Jahren ist die Goldmünze immer seltener, und, im Verhältniß darnach, das Aufgeld gegen Conventions-Silbermünze auch immer höher geworden. Dazu wird nun noch auf mehrfachen Wegen zu leichtes unterwichtiges Gold ins Land gebracht, das wichtige dadurch seltener und das Aufgeld dafür noch mehr steigend. Die Mittel, welche dagegen die Landesherrliche Verordnung vom 10ten Jenner 1775. Nr. 224. 2 B. der Landesverordnungen bestimmet, haben bisher das Einbringen und den Cours dieses unterwichtigen Goldes nicht abgewendet, und würksamere Mittel müssen dazu gewählet werden.

Wir haben darüber, welche nach jetzigen Zeitumständen die besten seyn können, mit getreuen Ständen der Ritterschaft und Städte Berathschlagung gepflogen, und verordnen dem darauf gewordenen Schluß gemäß, in führender Curatel und Landesadministration, folgendes:

1) Soll das bey hiesigen öffentlichen Kassen schon eingeführte Passir-Gewicht, das dem Frankfurter und Casselschen ganz gleich ist, allgemein im Lande, also auch für Handel und Wandel, eingeführet

und

und von den Magistraten in den Städten, worin Goldschmiede sind, deren einer besonders zu dessen Verfertigung, gegen einen zu bestimmenden billigen Preiß, authorisiret und verpflichtet, und daß und wie dies geschehen, binnen 6 Wochen der Regierung berichtet werden.

2) Damit nun die so einzuführende Passir-Gewichte mit schon bey den Kassen daseyenden ganz gleichförmig werden; so können die Magistrate, welche zu jener Verfertigung Authorisation geben, bey der Landrentey-Kasse noch vorräthige Passir-Gewichte abfordern, und genaueste Einrichtung der neuen darnach besorgen.

3) Soll bey öffentlichen Kassen, wie bisher, gar kein Gold, als nach solchem Passir-Gewicht, also überall kein unterwichtiges, angenommen und ausgegeben werden; dahingegen kann

4) im Handel und Wandel zwar Annehmen und Ausgeben leichteren Goldes aber nicht anders geschehen, als daß jedes Aß, welches die Goldmünze nach dem Passirstein zu leicht ist, mit 2 mgr. vom Ausgeber noch dazu bezahlet werde.

5) Soll ein Theil des Asses, um welches die Goldmünze gegen den Passirstein leichter als ein ganzes Aß ist, z. B. $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$ über 3 Aß bey einer Pistole für 4 Aß, $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$ über 4 Aß für 5 Asse und so weiter gerechnet und bezahlet werden, und ist übrigens im hiesigen eingeführten Passir-Gewicht der Passirstein für die doppelte Pistole auf 5, der der einfachen auf 3, und der der halben Pistole auf $1\frac{1}{2}$ Asse leichter, als wie diese Goldmünzen nach ihrem bestimmten Gewicht seyn müssen, eingerichtet.

Damit nun jeder sich hiernach richten könne und genaue Ausführung zum abgezweckten gemeinen Besten werde; so soll diese Verordnung zu ihrem nöthigen allgemeinen Bekanntwerden ins Intelligenzblatt eingerücket und dabey an gewöhnlichen Oertern überall angeschlagen werden. Gegeben Detmold den 17ten April 1792.

Num. XXX.

Verordnung den Verkauf des Oels und Thrans, wie auch die Kannengemäße betreffend, von 1792.

Von Gottes Gnaden Wir Ludwig Henrich Adolph, Graf und Edler zur Lippe, Souverain von Vianen und Amenden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc. Ritter des Hessischen goldnen Löwen-Ordens, Curator und Landesadministrator.

Nach darüber eingezogenen Berichten von den Aemtern und Städten ist das, in der Verordnung vom 16ten Jenner 1776 für den Verkauf der Oele und des Thrans bestimmte, Kannengemäs, die Kanne auf $2\frac{1}{2}$ Cöllnische Pfunde, und nach diesem Verhältniß auch die halbe Kannen-Orts- und halbe Ortsgemäße eingerichtet, noch nicht überall im Lande eingeführet worden, sondern in mehreren und besonders in Gränzorten, wegen daran gewöhnter ausländischer Käufer, der Verkauf in Pfundgemäßen im Gebrauch geblieben.

Die Absicht jener Verordnung war, den Unterschied des Oel- und Thransverkaufs, der ganz willkührlich nach Kannen- oder Pfundgemäßen, welche nicht mal auf ein ähnliches Pfund überall eingerichtet waren, völlig aufzuheben, und so die dabey mögliche Vervortheilungen fürs künftige abzuwenden. Nun wird aber, wie man damals das nicht voraussahe, beym Gebrauch der, für den Oel- und Thransverkauf bestimmten, Kannengemäße, eine andere Vervortheilung, nemlich die möglich, daß diese auch beym Verkauf des Weins,

Weins, Weinessigs, Brantewein und anderer nicht fetten Flüssigkeiten, anstatt der größeren Kannengemäße für diese, gebrauchet werden können.

Da nun noch nicht überall für den Verkauf der Oele und des Thrans die Kannengemäße nach vorgedachter Verordnung angeschaffet und eingeführet sind; dagegen aber nun, daß es überall noch geschehe, ebenerwähnte Möglichkeit der Vervortheilung damit, gegründete Bedenklichkeit erreget, zu dem noch kommt, daß dadurch auch nachtheilige Stöhrung des Handels in den Gränzorten werden könnte; so haben Wir, mit Beyrath getreuer Stände der Ritterschaft und Städte, beschlossen, die Verordnung vom 16ten Jenner 1776, wie auch hiemit geschiehet, wieder aufzuheben und dagegen folgendes zu verordnen:

Im ganzen hiesigem Lande soll nach einem Vierteljahr, vom Tag dieser Verordnung anzurechnen, beym Verkauf der Oele und des Thrans nur die Pfundmaas, und zwar allgemein auf das hier eingeführte Cöllnische Pfund eingerichtet, gebrauchet, und das Kannengemäs nicht weiter dabey zugelassen werden. Und damit völlige Gleichheit in solchem Pfund-Maas seye; so sollen alle Obrigkeiten in Aemtern und Städten dasselbe, in Gemäßheit der Regierungsverordnung vom 11ten Jenner 1787 bey dem Blechschmidt Thaler in Lemgo sich anschaffen, es von der Kämmerey daselbst, welche ganz richtige Eiche dafür hat, eichen lassen, und darnach demnächst alles in ihren Jurisdictions-Bezirken einzuführende Pfundgemäße für den Oel- und Thransverkauf, nach Ablauf des Vierteljahrs, prüfen, auch bey künftigen Visitationen das ferner darnach thun, und können die Aemter die Auslage für diese Pfundgemäße in die Sportelnrechnung zur Ausgabe bringen.

Jedem andern, der diese Pfundgemäße gebraucht, stehet zwar frey, sich dieselbe, wenn sie nur von so unschädlicher Eigenschaft sind, wie sie gedachte Regierungsverordnung fordert, wo er will, verfertigen und demnächst bey seiner Obrigkeit eichen zu lassen; am

sicherſten werden ſie aber nach eben erwähnter Verordnung, ſo wie auch die Kannengemäße für nicht fette Flüſſigkeiten vom erwähnten Blechſchmidt Thaler erhalten; wofür dann auch folgender billige Preiß, ohne die Eichung, die für jedes Stück bey der Lemgoer Kämmerey 1 mgr. 3 pf. koſtet, befördert iſt, und hiermit bekannt gemacht wird:

1)	eine Kannen-Maas	9 mgr.	
2)	eine halbe Kanne-Maas	5 —	
3)	eine Orts-Maas	3 —	3 pf.
4)	eine halbe Orts-Maas	2 —	3 pf.
5)	eine Pfunds-Maas	5 —	
6)	eine halbe Pfunds-Maas	3 —	
7)	eine $\frac{1}{4}$ Pfunds-Maas	2 —	3 pf.
8)	eine $\frac{1}{8}$ Pfunds-Maas	2 —	
9)	eine $\frac{1}{16}$ Pfunds-Maas	1 —	3 pf.

Damit nun auch, wie es ſeyn muß, im ganzen Lande völlig gleiches Kannengemäß für nicht fette Flüſſigkeiten, Wein, Weineſſig, Brantewein, Bier ꝛc. ſeye, die Eiche dafür auch bey der Kämmerey zu Lemgo ganz richtig iſt; ſo müſſen die übrigen Städte und die Aemter die Kannengemäße, welche ſie zur Eichung ſchon haben, oder noch bedürfen, letztere gegen Zahlung aus der Sporteln-Kaſſe, nach der Lemgoiſchen Eiche prüfen und berichtigen laſſen, oder anſchaffen, und ebenfalls darnach die Viſitationen der Kannengemäße verrichten; auch wie jenes würklich geſchehen, nach drey Monaten der Regierung berichten.

Zur genaueſten Befolgung dieſer Verordnung ſoll ſie ins Lippiſche Intelligenzblatt eingerücket und abgedrucket, überdem auch an gewöhnlichen Orten angeſchlagen werden. Gegeben Detmold den 24ten April 1792.

Num. XXXI.

Verordnung wegen der Sonn- und Festtage, von 1792.

Von Gottes Gnaden Wir Ludwig Henrich Adolph, Graf und Edler Herr zur Lippe, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc. Ritter des Hessischen goldnen Löwen-Ordens, Curator und Landesadministrator.

Schon in der Polizeyordnung von 1620 ist, im ersten Titel §. 4 und 5, unter den Predigten das Zechen- und Getränkeverschenken in den Wirthshäusern bey 5 Rthl. Strafe für den Gast und Wirth, und auch das Handlen bey Verlust der Waare, verboten, mehrmal das auch in nachherigen Landesverordnungen wiederholet; besonders aber noch in der vom 5ten May 1731 den Juden bey 5 Gfl. Strafe untersagt worden, an Sonn- und andern Festtagen vor dem Gottesdienst auf den Straßen Handel anzubieten und zu treiben, und damit die, welche in die Kirche gehen wollen, davon abzuhalten. Mißfällig erfahren Wir aber, daß die Wirthshäuser an den Sonn- und Festtagen, auch nach schon angefangenen Gottesdienst, ja selbst noch unter der Predigt, mit zechenden Gästen besetzt sind, und die Wirthe ihnen Getränke verschenken. Hieraus entsteht nun, wie auch leider Erfahrung ist, die Folge, daß nicht nur später Eingang in die Kirche wird, sondern wohl gar Trunkene in dieselbe kommen und den Gottesdienst aufs ärgerlichste stöhren. Wie dann auch die Juden sich unterstehen sollen, an solchen Tagen, vor und unter dem Gottesdienst, auf den Straßen und selbst auf den Kirchhöfen

Handel

Handel zu treiben, und damit die Kirchgänger vom zeitigen Eingang in die Kirche abzuhalten.

Da es nun Unsre Regentenpflicht ist, für guten, ordentlichen und ungestöhrten Gottesdienst zu sorgen, damit er den Landeseinwohnern und Unterthanen für ihre ewige und zeitliche Wohlfahrt das seye, was er dafür seyn soll; so können Wir auch alles obige, was ihm und seinem heilsamen Zweck so nachtheilig ist, nicht zulassen. Wir erneuern vielmehr in Kraft Unserer führenden Curatel und Landesadministration die vorige dagegen ergangene Verbote dahin: daß an Sonn- Fest und halbjährigen Bättagen, gleich nach geendigtem Geläute, jeder das Wirthshaus bey 5 Gfl. Strafe räumen, und kein Wirth nachher, bey eben derselben Strafe, Getränke verschenken soll. Und damit die genaueste Befolgung werde; so sollen die Obrigkeiten in den Aemtern und Städten die Unterbedienten zur Visitation der Wirthshäuser, gleich nach dem Geläute und auch während dem Gottesdienst, anweisen, und diese sollen dann für jede Anzeige einer Entgegenhandlung ein Drittheil der erkannten Geldstrafe zur Belohnung haben.

Dann verbieten Wir auch den Juden bey 5 Gfl. Strafe in jedem Fall der Uebertretung an den Sonn- Fest- und halbjährigen Bättagen das Handel- Anbieten und Treiben auf den Straßen und Kirchhöfen, vor und unter dem Gottesdienst, und ermahnen alle Obrigkeiten, daß sie auch hier durch die Unterbediente auf genaue Befolgung fleißig achten und die Entgegenhandlungen, zur Beförderung der Strafe, sich anzeigen lassen; wovon dann auch der dritte Theil, wann sie in Geld angesetzet werden kann, dem Angeber zuerkannt werden soll.

Endlich ist auch in der Verordnung vom 1ten April 1783 in bester Absicht für Beförderung guter Freude eine erweiterte Erlaubniß des, vorher mehr eingeschränkten, Hochzeithaltens, jedoch mit beygefügter Bedingung und Vorschrift gegeben worden, daß und wie gute sittliche Ordnung dabey gehalten und genaue Aufsicht darüber geführet

geführet werden solle. Wir erfahren aber auch zu Unserm großen Mißfallen, daß ebenfalls hiebey unchristliche, unsittliche Mißbräuche vorgehen, selbst während den Copulationen in den Häusern, besonders auf dem Lande, aus Trunkenheit und roher Ungezogenheit, die Stille, die bey dieser kirchlichen Handlung seyn muß, ganz ärgerlich gestöhret werde. Wir erneuern also auch dagegen das, in vorgedachter Verordnung dawider gegebene, Verbot und ertheilte Vorschrift für Aufsicht und Ruhe, Ordnung und gute Sittlichkeit bey den Hochzeiten, und erwarten vom pflichtmäßigen Eifer jeder Obrigkeit dafür, daß sie überall, dem §. 8. gedachter Verordnung ganz gemäß, für genaueste Vollziehung und damit für Abwendung alles dessen sorge, was wider Ruhe, Ordnung und gute Sittlichkeit streitet, und folglich einem Christen und guten Unterthan nicht geziemet.

Damit nun diese Verordnung zur allgemeinen Befolgung gehörig bekannt werde; so soll sie ins Intelligenzblatt eingerückt, mit Verweisung darauf von den Kanzeln, dem wesentlichen Inhalt nach, verkündiget und an gewöhnlichen Orten angeschlagen, den Vorstehern der Judenschaft aber zur Bekanntmachung des sie betreffenden Inhalts in den Synagogen zugestellt werden. Gegeben Detmold den 16ten Jun. 1792.

Num. XXXII.

Verordnung wegen der Erderschen Waarenfuhren, von 1792.

In der Verordnung vom 19ten Aug. 1769 ist zwar die Fracht für die Erdersche Waarenfuhren so bestimmt, daß im Sommer Meilenweise 7 mgr. 3 pf. und im Winter 9 mgr. für das Pfundschwer oder 300 Pfund bezahlt werden sollen; es haben aber die Unterthanen des Amts Varenholz, welche solche Fuhren verrichten müssen, mit der Vorstellung, daß sie jetzt für Pferde, Wagen, Geschirr und Hafer weit mehr, als damals, bezahlen müßten, darum nachgesucht, nicht nur die Frachtgelder zu erhöhen, sondern sie auch von der ihnen zugemutheten Bezahlung des Zolls und Weggeldes frey zu sprechen. Erhöhung der Fracht ist auch aus dem dafür angeführten richtigen Grunde billig, und daher wird Namens Celsissimi Curatoris Regentis Hochgräflichen Gnaden verordnet, daß von jetzt an für das Pfundschwer im Sommer 9 mgr., im Winter aber 10 mgr. 3 pf. an Fracht bezahlt, der ausgelegte Zoll von demjenigen, wofür der Transport geschiehet, den Fuhrleuten, gegen Ablieferung des Zollzettels, erstattet, von diesen hingegen das Weggeld selbst berichtigt werden soll. Detmold den 17ten Jul. 1792.

Fürstlich Lippische Regierung
daselbst.

Num. XXXIII.

Num. XXXIII.

Verordnung wegen Verwahrung des Feuers und Lichts, von 1792.

Nach mehreren Verordnungen soll Feuer und Licht bey Vermeidung nachdrücklicher Strafe sorgfältig verwahret werden; es beweisen aber die vielen in diesem Jahr entstandene Feuersbrünste, daß das nicht allgemein geschiehet; die Obrigkeiten im Lande werden daher erinnert, bey jetziger Flachsarbeit fleißige Visitationen durch die Feuerherren unerwartet vornehmen, und sich die Entgegenhandlungen der Feuersordnungen zur schärfsten Bestrafung anzeigen zu lassen. Detmold den 25ten Sept. 1792.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. XXXIV.

Verordnung wegen der Haspel, von 1792.

Von Gottes Gnaden, Wir Ludwig Henrich Adolph, Graf und Edler Herr zur Lippe, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc. Ritter des Hessischen goldnen Löwen-Ordens, Curator und Landesadministrator.

Für die Spinnerey, die Linnenweberey und für den Garnhandel ist die allgemeine Gleichförmigkeit des Haspels nicht nur sehr nützlich, sondern auch nöthig, damit sonst dabey mögliche Vervortheilungen abgewendet werden. Die Gleichförmigkeit des Haspel-Maaßes ist aber noch nicht in hiesiger Grafschaft eingeführet. Nach der Verordnung vom 3ten December 1765. Nr. 101. 2B. der L. V. soll der große Haspel lang seyn $3\frac{1}{4}$ Ellen und jedes Bind 60 Fäden halten. In der Verordnung vom 11ten April 1766. Nr. 103. 2 B. ist auch der große Haspel $3\frac{1}{2}$ Ellen lang mit 66 Fäden in einem Bind, da wo er gebräuchlich, zugelassen; der kleine Haspel aber auf $2\frac{1}{4}$ Ellen lang und 60 Fäden ins Bind bestimmet.

Die Verordnung vom 17ten Merz 1767. Nr. 119. 2 B sagt nur, daß für das Garn zum Leggelinnen das Haspel-Maas $3\frac{1}{2}$ Ellen lang und 66 Fäden im Bind seyn, ein Stück Garn aber 20 Binde halten solle.

Deswegen eingezogene Berichte bestätigen auch noch würklichen Gebrauch im Maas ungleicher Haspel, sowohl für das Linnen- als Wollen-Garn, und, diesen Berichten gemäß, geschieht auch

das

das Eichen der Haspel und die Visitation nach der Richtigkeit derselben noch nicht in allgemein guter Ordnung.

Wir haben also über diesen, für ein Hauptnahrungs-Gewerbe hiesigen Landes sehr wichtigen Gegenstand am letzten Landtag mit getreuen Ständen der Ritterschaft und Städte Raht gepflogen, und hierauf verordnen Wir hiemit in führender Curatel und Landesadministration:

1) Daß allgemein zum Gebrauch bey langen Flachsgarn jeder Gattung der lange Haspel $3\frac{1}{2}$ Ellen Länge, 66 Fäden im Bind, und das Stück Garn 20 solcher Binde haben;

2) daß der kleine Haspel für kurzes Flachs-Garn jeder Art $2\frac{1}{4}$ Ellen Länge, 60 Fäden im Bind, und 20 dieser Binde im Stück, auch

3) der Wollgarn-Haspel $3\frac{1}{4}$ Ellen Länge und 50 Fäden im Bind allgemein haben und halten soll. Jedoch da in der Stadt Blomberg der Gebrauch ist, und der auch so zum Vortheil der dasigen Wollweberey so bleiben muß, daß 60 Fäden ins Bind des Wollgarns zum Weben kommen; so lassen Wir es auch, jedoch als einzige Ausnahme, dabey, und soll sonst auch daselbst das Wollgarn zum Stricken 50 Fäden im Bind haben.

Damit nun nach obiger Bestimmung die Gleichförmigkeit der Haspel allgemein und gewiß so eingeführet werde; so soll

4) nach 6 Wochen, vom Tag der Publication dieser Verordnung anzurechnen, von Drosten und Beamten in den Aemtern und von den Magistraten in Städten und Flecken eine allgemeine Eichung der Haspel für Flachs- und Wollgarn angeordnet, dieselbe den dazu fähigsten Unterbedienten, oder schon besonders dazu daseyenden Eichmeistern mit Beygebung eines Schreiners für gleich nöthige Aenderungen, und solche

5) so vollzogen werden:

a) auf dem Lande geschieht sie in jedem Dorf, oder in jeder Bauerschaft in einem bey vorheriger Bestellung dazu zu bestimmenden Hause, wohin dann jeder seinen Haspel bringt.

b) In den Städten und Flecken geschieht sie auf dem Rathhause, wohin auch jeder nach Bestellung seinen Haspel bringt.

c) Vor der Eichung wird jeder Haspel mit einer, nach den oben bestimmten Maaßen der Haspel aufs genaueste eingerichteten, und da, wo sie noch nicht ist, dafür anzuschaffenden feinen, aber genug starken Kette gemessen.

d) Wann damit das Maas des Haspels ganz übereinstimmet, oder sonst aufs genaueste darnach berichtiget ist; — wo das nicht möglich ist, wird der Haspel entzwey geschlagen — so geschieht das Eichen so, daß an jeder Krücke und an jedem Arm des Haspels, und zwar auf jedem dieser Theile, da wo sie sich zusammen fügen, der Stempel zur Hälfte eingebrannt wird, damit nicht nachher durchs Herunterlassen der Krücke eine Verkleinerung der Haspel geschehe.

6) Diese erste allgemeine Eichung der Haspel soll auf öffentliche Kosten geschehen, und diese müssen also in den Städten nach gewöhnlicher, oder von den Magistraten zu bestimmender, Taxe aus der Kämmerey bezahlet werden. In den Aemtern sollen sie aus der Landkasse vergütet werden, und jeder dazu gebrauchte Pedell oder Untervogt soll täglich 12 mgr., der Bauerrichter aber 9 mgr. haben; jedes Amt also das Verzeichniß dieser Gebühren der Regierung zur Anweisung einsenden, dafür aber die Einrichtung treffen, daß zur Eichung nicht mehr Zeit, als dazu erforderlich ist, getroffen werde.

7) Sollen die Visitationen nach Richtigkeit der Haspel künftig jährlich auf Martini in den Aemtern und Städten vollzogen, die dabey unrichtig gefundene Haspel gleich zerschlagen, oder, wenn Berichtigung möglich ist, gleich berichtiget und geeichet, die Eigenthümer

mer aber zur nachdrücklichen Bestrafung, wovon der Visitator, falls sie mit Geld geschieht, den dritten Theil erhält, der Obrigkeit angezeiget werden.

8) Müssen neu angeschafte Haspel vor dem Gebrauch, bey auch ernsthaftester Bestrafung, immer geeichet und dafür in den Aemtern an die Amtsstube, in den Städten und Flecken aber auf die Rahthäuser oder den dazu bestellten Eichmeistern gebracht werden, und erhält in jenen, den Aemtern, der das Eichen verrichtende Unterbediente, nach der Bestimmung der Verordnung Nr. 100. 2 B. 1 ggr., nur muß jedesmal der Stempel, so wie unter 5. und d. oben verordnet ist. eingebrannt werden; wofür dann in den Städten und Flecken es bey eingeführter Gebühr verbleibt.

Endlich soll nach drey Monaten von erster Befolgung der Regierung berichtet, aufs genaueste aber in der Folge von den Obrigkeiten in Aemtern und Städten der Fortgang darin berichtet werden; übrigens nun diese Verordnung zum allgemeinen Bekanntwerden und Befolgen von den Kanzeln mit Verweisung aufs Intelligenzblatt und den Anschlag angezeigt, in das Intelligenzblatt aber eingerücket und überdem an gewöhnlichen Orten angeschlagen werden. Gegeben Detmold den 4ten December 1792.

Num. XXXV.

Verordnung wegen Einmischung der Juden in gerichtliche Concurssachen, von 1793.

Von Gottes Gnaden Wir Ludwig Henrich Adolph, Graf und Edler Herr zur Lippe, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc. Ritter des Hessischen goldnen Löwen-Ordens, Curator und Landesadministrator.

Es ist in neueren Zeiten die unerwartete Erfahrung geworden, daß zum Unterhandlen der Aufhebung eines gerichtlichen Concurses und der Vergleiche darüber mit den Gläubigern Juden gebraucht werden, oder diese sogar von selbst sich dazu eindringen, die Curatoren der Masse für Theilnehmung gewinnen, und dann den Vergleichshandel so betreiben, daß dadurch von den Gläubigern große Aufopferungen geschehen müssen.

Diese, dem gemeinen Wesen so äußerst schädliche und selbst der Ehre der Gerichte sehr nachtheilige, Einmischung der Juden in gerichtliche Concurssachen verbieten Wir also, nach darüber mit getreuen Ständen der Ritterschaft und Städte geschehenen Berathung, nicht nur allen Juden bey Strafe der Nichtigkeit alles dessen, was dafür geschiehet, und bey der von 100 und mehrern Gfl. im Entgegenhandlungsfall; sondern untersagen auch allen Advocaten und Curatoren der Masse jede Einlassung mit ihnen darüber, mit der

War-

Warnung, daß der, welcher sich dennoch derselben schuldig macht, nicht nur seines Amts entsetzt, sondern auch noch überdem, nach Beschaffenheit des Falls, nachdrücklich bestraft werden soll.

Damit nun dies Verbot zur allgemeinen Nachachtung genug bekannt werde; soll es durch die Vorsteher der Judenschaft in den Synagogen publiciret und zugleich ins Intelligenzblatt eingerücket werden. Gegeben Detmold den 2ten Jenner 1793.

Num. XXXVI.

Verordnung wegen des Kaffeetrinkens und Debits auf dem Lande, von 1793.

Die Verbote gegen das Kaffeetrinken des gemeinen Bürgers und Bauren haben, ungeachtet der Vorsicht, womit sie gegeben, und ungeachtet der Strenge, womit anfänglich darauf gehalten wurde, die gute Absicht in keinem Lande erfüllet. Noch hängt der gemeine Mann an diesem Getränk in einigen Gegenden mehr, in andern weniger, und wird so, wenn auch die Verbote strenge wieder erfüllet würden, doch nie davon zurückzubringen seyn. Ein Gesetz ohne allgemeine Würkung für seinen Zweck ist aber unzureichend, und erzeuget in seiner einzelnen Anwendung, die doch, wenn Fälle dafür vorkommen, noch werden muß, eine Unzufriedenheit, welche nicht ganz ohne Grund ist, und der so die Gesetzgebung nicht blosgestellt seyn darf.

Nach darüber am Landtag veranlasseter Berathschlagung haben also Sr. Hochgräflichen Gnaden der gnädigste Herr Curator und Landesadministrator beschlossen, daß zwar die Verbote gegen das Kaffeetrinken des gemeinen Manns, weil dadurch die Ausbreitung der schädlichen Gewohnheit noch größer werden würde, nicht öffentlich aufgehoben, jedoch durch ein nicht zu publicirendes Circular an Aemter, Städte und Flecken, daß nicht mehr darauf zu halten seye, verordnet werden solle.

Dies geschiehet also hiemit Namens Höchstgedachter Sr. Hochgräflichen Gnaden, und haben Drost und Beamte auf dem Lande, wie auch die Magistrate in den Städten und Flecken sich darnach zu richten, dem nicht auszurottenden Kaffeetrinken des gemeinen Manns nachzusehen, und die sonst zur Anzeige verpflichtete Unterbediente mit Vorsicht darnach zu instruiren.

Dahingegen bleibt es bey dem Verbot des Kaffeehandels auf dem Lande, weil dessen allgemeine Zulassung nur noch mehr die Ausbreitung des Kaffeetrinkens unter dem gemeinen Mann befördern würde; jedoch soll derselbe dispensationsweise, damit das Verschleppen des Geldes für den Kaffee ins Ausland abgewendet werde, in den Gränzörtern, wenn darum bey Fürstlicher Kammer nachgesuchet wird, auf vorherige Communication mit der Regierung über das ob und wie? verstattet werden. Detmold den 2ten Jenner 1793.

Fürstlich Lippische Regierung
daselbst.

Num. XXXVII.

Verordnung wegen entwichener Enrollirten, von 1793.

Es ist zwar auf Aenderung im Enrollirungs- und Musterungswesen angetragen; hohe Curatel will aber, daß es, aus den in eingezogenen Gutachten dafür angeführten wichtigen Gründen, bey der bisherigen jährlichen Enrollirungs- und Musterungsart schlechterdings belassen werde; jedoch hat das Amt N. wenn es noch nicht geschehen seyn sollte, die Einrichtung zu machen, daß die junge Mannschaft, zu Abwendung aller Unordnung, von den Bauerrichtern zu und von der Amtsstube geführt werde.

Dann soll es auch bey bisheriger Confiscation des eigenthümlichen Guts eines Entwichenen verbleiben, hingegen die Einziehung dessen Brautschatzes erst bey seiner Verheyrathung außer Landes geschehen, hierauf so an den Gogerichten gegen den, der sich gesetzwidrig aus dem Lande entfernet hat, oder über Urlaub ausgeblieben ist, nachdem der Verwandte, welcher das eigenthümliche Vermögen in Verwahrung oder Genuß hat, und den Brautschatz bezahlen muß, über die Entfernung und ihre Ursachen jedesmal vernommen worden, diesem letztern bey Strafe doppelter Zahlung die Verabfolgung des Brautschatzes an den Entwichenen — die Einziehung des andern eigenthümlichen Vermögens geschiehet gleich, dem Bescheid gemäß — verboten, das gegebene Erkenntniß zur Erinnerung an Vollstreckung im dafür werdenden Fall, in jeder Jahrswruge in einem Anhang zu derselben, unter der Rubrik: Brautschatzes-Confiscation, nachgeführt,

führt, auch bey jedem Gogericht dem Gogerichts Commissarius, wie von Erkundigung nach dem Zustand des Entwichenen Erfolg gewesen, referirt und dieser dabey bemerkt werden; jedoch ist dieses nur von künftigen Fällen zu verstehen, und bleiben schon vorherige Confiscationen in ihrem Gang. Detmold den 15ten Jenner 1793.

Fürstlich Lippische Regierung
daselbst.

Num. XXXVIII.

Verordnung das Verscharren des verreckten Viehes betreffend, von 1793.

Es soll, wie man mißfällig erfährt, nicht mehr überall im Lande das Verscharren des verreckten Viehes, und überdem dasselbe auch nicht tief genug, der Verordnung vom 4ten May 1779 und dem Circular vom 22ten May 1782 gemäß geschehen. Wegen der schädlichen Luftverunreinigung, die dadurch wird, und wegen des Anlasses, der dadurch nach dem Medizinalunterricht in den Lippischen Intelligenzblättern von 1790. Nr. 29. §. 2. Nr. IV. zum Tollwerden der Hunde entstehen kann, wird also allen Obrigkeiten aufm Lande und in den Städten die genaueste Aufsicht auf die Befolgung solcher Verordnungen empfohlen. Detmold den 26ten Febr. 1793.

Fürstlich Lippische Regierung
daselbst.

Num. XXXIX.

Num. XXXIX.

Verordnung wegen der Forstdienste, von 1793.

Von Gottes Gnaden Wir Ludwig Henrich Adolph, Graf und Edler Herr zur Lippe, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc. Ritter des Hessischen goldnen Löwen-Ordens, Curator und Landesadministrator.

In einer Verordnung vom 12ten October 1771. Nr. 191. 2 B. der Landesverordnungen wurden die, für die Landesherrschaft hergebrachte, Extradienste aus Landesväterlicher Absicht, diese bis dahin unbestimmte Dienstleistung zu erleichtern, auf jährliche drey eingeschränket, jedoch die besonders hergebrachte Forstdienste von solcher Gattung ausdrücklich ausgenommen und so vorbehalten.

Viele Unterthanen leugneten nachher, besonders hergebrachte Forstdienste schuldig zu seyn, und behaupteten, daß sie die Dienste, welche sie für die herrschaftlichen Forsten geleistet hätten, nicht besonders als Forstdienste, sondern als Extradienste geleistet haben, und wollten sie nur auch ferner so leisten.

Viele Prozesse entstanden so darüber, und da die, über das Dienstwesen bey den Aemtern geführte, jährliche Tabellen nicht alle die Bestellungen und Leistungen der Dienste für die Forsten unter ihrer eigenen Rubrik, sondern unter der, der Extradienste mit enthielten; so fehlte es oft der Kammer an dem Beweiß des besondern Herkommens dieser Forstdienste, der, nach den ergangenen Urteln, von ihr geführet werden sollte.

Hiedurch wurden nun viele Unterthanen, selbst ganze Dorfschaften, von der besondern Forstdienstleistung frey, und es entstand dadurch eine Ungleichheit darin, die für andere Unterthanen, für die nicht ähnliche Lage zur rechtlichen Befreyung war und noch nicht ist, natürlich sehr widrig seyn, weil für diese Forstdienstleistung bisher allgemeine Schuldigkeit angenommen war.

Nachdem Uns nun davon und von den Verhandlungen darüber zwischen der Regierung und Kammer Vortrag geschehen ist, so haben Wir, in führender Curatel und Landesadministration, beschlossen, diese widrige Ungleichheit in der Forstdienstleistung ganz zu heben, und die Unterthanen auf dem platten Lande überall, wo sie noch dazu schuldig sind, davon auf immer zu befreyen.

Das thun Wir also hiemit, und befreyen alle bisher noch dazu verpflichtet gewesene Unterthanen von diesen Forstdiensten auf immer. Nur nehmen Wir billig davon die Unterthanen aus, welche, wie in den Aemtern Varenholz und Schwalenberg, für gemeinschaftliche, oder solche Forsten, worin sie zu gewissen und bestimmten Anweisungen für sie berechtiget sind, bisher Forstdienste geleistet haben, und dazu auch, für Erhaltung ihrer Mitforstnutzung, verpflichtet sind, und so wie bisher war, es verbleiben.

Diesem gemäß verordnen Wir nun auch, mit Vorbehalt eben erwähnter Ausnahme, daß fürs künftige kein Unterthan aufm Lande in dieser Grafschaft, für blos privative herrschaftliche Forsten, zum bisherigen besondern Forstdienst mehr bestellt werde, sondern dies, wenn es nöthig, in Extradienst, nach dessen Bestimmung auf drey, jährlich geschehen soll. Jedoch müssen und sollen diejenigen Forstdienste, welche, dem bisherigen Herkommen gemäß, für dieses Jahr den Forsten schon angewiesen sind, noch, aber auch so zum letzten mal, geleistet werden.

Die Kammer, die Aemter und das Forstamt sollen sich hiernach genau richten, und damit diese Befreyung mit deren Einschränkung zur Wissenschaft eines jeden, der sie haben muß, gelange; so soll diese Verordnung darüber ins Lippische Intelligenzblatt eingerücket werden. Gegeben Detmold den 12ten Merz 1793.

Num XL.

Die unterm 6ten April 1793 den Aemtern zugefertigte Instruction eines Dorfschafts-Vorstehers.

1) Gnädigster Landesherrschaft zu Hochderoselben Nutzen und Abwendung alles Schadens, so viel er kann, getreu und unterthänig seyn.

2) Die Aufträge des Amts, welche ihm in Absicht der Unterthanen seiner Gemeinheit geschehen, gehorsam und redlich ausrichten.

3) Die Rechte der Gemeinheit zu erhalten und ihr Bestes auf alle mögliche Art zu befördern, so wie ihren Schaden und Nachtheil abzuwenden sich bestreben, und dieselbe in allen ihren Sachen in und außer Gericht vertreten.

4) Die dieselbe betreffende ihm anvertrauete Documente, Briefschaften und Nachrichten wohl verwahren, und dafür sorgen, daß sie den jedesmaligen Nachfolger im Vorsteheramt vollständig abgeliefert werden können.

5) Die im Dienst der Gemeinheit stehende Personen, Hirten, Nachtwächter, und anderen, zur Erfüllung ihrer Pflichten, wann sie darin

darin saumhaft sind, anweisen, und falls ihre Uebertretung Strafe erfordert, solche dem Amte anzeigen.

6) Die Rechnung für die Gemeinheit in sich dazu begebenden Fällen führen, solche bey jedes Jahrs Schluß dem Amte zur Abhörung übergeben, und ohne dessen Vorwissen und Einwilligung keine Anlagen auf die Glieder derselben machen oder repartiren.

7) Auf die Zuschläge, Frächten, Huden und Wege der Gemeinheit, daß sie im Stande erhalten, nicht geschmälert und nach Möglichkeit verbessert werden, achten, auch die dabey vorfallende Excesse, und selbst die mit Zustimmung der Gemeinheits-Interessenten darauf vorzunehmende Veränderung, zuvörderst dem Amte anzeigen.

8) Auf die Haushaltung der Unterthanen, besonders der unterstützten, deren Viehstand, Behandlung des Ackerbaues und der Holzungen gute Aufsicht haben, die dabey wahrgenommene Mängel und Gebrechen, wann sie auf seine und seines Mitvorstehers bescheidene Erinnerung nicht abgestellet werden, dem Amte mit Vorschlägen zur Verbesserung anzeigen.

9) Dahin sehen, daß Ruhe in der Gemeinheit erhalten werde, entstandene Unruhen aber dem Amte melden.

10) Für gute Behandlung des Feuers und Lichts sorgen, und den Feuerschauungen, wenn er dazu gefordert wird, mit beywohnen.

11) Die Unterhaltung der Feuergeräthe an den Ort, wo sie aufbehalten werden, und beym Löschen eines entstandenen Brandes, Ausbesserung und Herstellung des Abgängigen sich angelegen seyn lassen.

12) Bey den ihm vom Amt aufgetragenen oder von den Unterthanen verlangeten Besichtigungen und Schätzungen der Feldschäden, wann er dazu angestellet ist, sich seinem deshalb geleisteten Eide gemäß betragen, auch

13) nicht zugeben, daß jemand in Ansehung der Reihe-Lasten übergangen oder beschweret werde, und wann er solches erfähret, dem Amte davon Anzeige thun.

Num. XLI.

Verordnung wegen Erneuerung des Brandassecurationscatasters, von 1793.

Da das, nach dem Landesherrlichen Edict vom 29ten October 1782, im Jahr 1783 erneuerte Brandassecurationscataster nunmehro seine auf zehn Jahre bestimmte Dauer erreichet hat; mithin ein neues errichtet werden muß; bisher aber die, während solcher zehn Jahre, nachgelassene Veränderungen der Taxen, welche nur für neue oder beträchtlich verbesserte Gebäude gelten sollten, überall gar zu willkührlich mißbraucht, die Abänderungen im Cataster das ganze Jahr hindurch, selbst von gar nicht verbesserten Gebäuden, verlangt, die Verzeichnisse davon nicht vorschriftmäßig eingerichtet, und dadurch der Abschluß des Hauptcatasters aufgehalten, oder dessen nöthige Uebereinstimmung mit den Specialcatastern erschweret worden; so wird hierdurch folgende Einrichtung verordnet:

A) das neue Cataster betreffend.

§. 1. Sollen jetzt gleich Drosten und Beamte auf dem Lande und Magistráte in den Städten die vorseyende Erneuerung des Brandassecurationscatasters von den Kanzeln bekannt machen lassen, und dabey einen oder mehrere Tage, an denen jeder Eigenthümer, welcher Erhöhung oder Verminderung der Taxen seiner Gebäude verlangt, sich dazu melden könne, bestimmen, mit dem Beyfügen, daß

die Taxen derer, die sich alsdann nicht melden, unverändert blieben. Nach den so geänderten und gebliebenen Taxen haben dann Drosten und Beamte, wie auch Magistrate, ein richtiges, mit Seitenzahl und Nummern der Häuser versehenes Specialcataster zu verfertigen, und genau darauf zu achten, daß keine Gemeinheits-Schul- oder andere solche Gebäude übergangen werden.

§. 2. In diesen Specialcatastern sind, damit Raum zum Nachtragen der, in folgenden zehn Jahren vorkommenden, Veränderungen bleibe, die den Taxen gegenüber stehende Seiten leer zu lassen, und die Namen der Eigenthümer nicht zu nahe unter einander, sondern mit gehörigen Zwischenräumen aufzuführen.

§. 3. Wird von den Aemtern, da wo nach §. 1. keine Taxenänderung geworden ist, die im Jahre 1783 auf Kosten der Kasse geschehene Taxation überall zum Grunde gelegt, die der Veränderungen halber erforderliche neue aber auf Kosten der Eigenthümer vorgenommen; und soll außerdem, wider deren Willen, wegen etwa geringer Verbesserungen, oder unbeträchtlicher Anbaue, keine Taxation geschehen.

§. 4. Alle Specialcataster von sämtlichen Gebäuden im Lande müssen vor dem 1ten August dieses Jahres, in zwey gleichlautenden richtig aufgerechneten und abgeschlossenen Exemplaren, an den Landreceptor eingesandt werden; wovon dann eines, nach geschehener Revision und des landschaftlichen Administrationscollegiums Unterschrift, an die Behörde zurückkommt.

B) die künftigen Veränderungen in den zehn Zwischenjahren betreffend.

§. 5. Da durchaus nöthig ist, daß jährlich zu einer bestimmten Zeit das Hauptcataster abgeschlossen werde: so soll jeder Eigenthümer, der in den folgenden zehn Jahren, welche vom 1ten August d. J. bis dahin 1803 zu rechnen sind, die Erhöhung seines neuen

neuen oder beträchtlich verbesserten Gebäudes, oder auch das Löschen eines abgebrochenen Hauses verlangt, sich bey seiner Obrigkeit, in den ersten 3 Monaten jedes Jahres, damit melden, nachher aber gar keine Veränderung der Taxen, welche Ursache auch dazu angegeben werden mögte, für das nemliche Jahr weiter Statt finden, sondern bis ins folgende ausgesetzt bleiben.

§. 6. Derjenige, dem es oblieget, ein Specialcataster zu führen, muß von den so verlangten Veränderungen oder Nachträgen, gehöriger Taxation gemäß, ein Verzeichniß verfertigen, darin die Nummern des Catasters, mit dem Namen des bisherigen Besitzers und etwaigen neuen Eigenthümers, deutlich bemerken, die veränderte Taxen, nach Vorschrift der Verordnung vom 14ten Sept. 1789, unter die 4 Columnen: a) bisherige Taxe: b) neue Taxe: c) also Zuwachs: d) oder Verminderung: eintragen, von jeder Columne die Summen aufziehen, solche mit einander vergleichen und den bleibenden Zuwachs oder Abgang der bisherigen Hauptsumme seines Catasters zu- oder absetzen, und dies so im Verzeißniß vollständig angeben, damit genaue Uebereinstimmung mit dem Hauptcataster bleibe.

§. 7. Diese Verzeichnisse oder Nachträge sind, in zwey gleichlautenden Exemplaren, vor dem 1ten May jedes Jahres an den Landreceptor, der eins davon attestirt zurückgiebt, einzusenden, und wird dieser angewiesen, nach Ablauf solchen Termins keine Verzeichnisse neuer Taxen für das nemliche Jahr weiter anzunehmen, und überhaupt die nicht vorschriftmäßig eingerichtete zur Abänderung zurückzugeben.

§. 8. Wird hier die noch oft nicht befolgte ältere Vorschrift, daß alle Taxen, wegen des darnach zu bestimmenden Beytrags, in 25 Rthl. aufgehen müssen, wiederholt.

§. 9. Gleichwie diese Verordnung alle Gebäude im Lande ohne Ausnahme betrift; so wird auch Fürstliche Kammer wegen der herrschaftlichen, und Fürstliches Consistorium wegen der geistlichen Gebäude, in diesjähriger Erneuerung des Catasters nicht nur, sondern auch bey künftigen Veränderungen, obige Vorschriften beobachten; wie dann auch von den Besitzern ritterschaftlicher und eximirter Güter erwartet wird, daß sie die so eingerichtete Verzeichnisse der etwa zu verändernden Taxen ihrer Gebäude, binnen der bestimmten Zeit, an den ritterschaftlichen Receptor einsenden, damit dieser daraus so wohl das Specialcataster, wie ihm obliegt, verfertigen, als auch künftig jährlich die Veränderungen eintragen und zum Hauptcataster abgeben könne.

Dann soll auch diese Verordnung nicht nur ins Lippische Intelligenzblatt eingerückt, sondern auch eine hinlängliche Anzahl besonderer Exemplare davon abgedruckt und zu künftiger genaueren Befolgung vertheilt werden. Detmold den 7ten April 1793.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. XLII.

Verordnung die Ausübung der Thierarzneykunst betreffend, von 1793.

Die Verordnungen vom 16ten Novbr. 1779. Nr. 285. 2 B. 11ten Decbr. 1781. und 1ten Septbr. 1788. Nr. 3. und 122. 3 B. der Landesverordnungen, wodurch dem Unterthan aufm Lande, beym Erkranken seines Viehes, nahe gute Hülfe verschaffet werden soll, haben bisher, vielerley Hindernisse halber, ihren Zweck noch nicht erreichet.

Damit dies aber doch zum Nutzen des Landmanns geschehe, ist der Sohn des hiesigen Fürstlichen Reitschmidts Wülker, welcher auf Kosten Fürstlicher Cammer in der Veterinär-Schule zu Hannover die Thierarzneykunst, dem daher mitgebrachten Zeugniß gemäß, gründlich erlernet hat, zur Ausübung und Ausbreitung dieser nützlichen Kunst mit Gehalt, Instruction und Anweisung der dazu am gelegensten Stadt Lemgo zum Aufenthalt angestellet worden.

Jeder Unterthan aufm Lande, der beym Erkranken seines Viehes Hülfe dagegen bedarf, kann sich nun bey demselben darum melden, und sie gegen billige Belohnung, auch ohne solche und ohne Bezahlung der Arzneymittel, wenn er unvermögend ist und darüber ämtliche Bescheinigung beybringt, der Verordnung vom 16ten Nov. 1779 gemäß, erhalten.

Damit aber auch diese gute Hülfe dem Landmann in der Folge noch näher verschaffet werde; so sollen Drosten und Beamte die Schmiede in ihren Aemtern, welche bisher schon mit Thier-Curen sich abgegeben haben, zur ordentlichen Erlernung der Thierarzneykunst, bey dem derselben kundigen und dazu mit angestellten Wülker, in so weit sie solche für gewöhnliche Krankheiten bedürfen, und ihm dafür Vorschrift gegeben ist, aufmuntern.

Künftig werden dagegen, zuletzt erwähnter Verordnung gemäß, keine sich neu anzusetzende Schmiede zur Ausübung der Thierarzneykunst zugelassen, wenn sie nicht über ihre zureichende Erlernung vom gedachten Wülker Zeugniß beybringen.

Für baldigste gewisse Erreichung des obigen Zwecks, daß dem Landmann diese Hülfe näher komme, sollen nun auch Drosten und Beamte für jedes Amt einen oder zwey Schmiedegesellen, die Neigung dazu, guten Verstand und Begreifungs-Sinn haben, auch gut lesen und schreiben können, oder auch andere von solchen Eigenschaften, die dazu Lust haben, der Regierung binnen 4 Wochen vorschlagen, und dafür dann Anweisung an den Thierarzneykundigen Wülker zur unentgeldlichen, auf gewöhnliche Krankheiten vorschriftsmäßig gerichteten, Unterrichtung gegeben werden. Und diese sollen dann, wenn sie von guter zureichender Erlernung vom Wülker ein Zeugniß beybringen, zur Ausübung der Thierarzneykunst zugelassen werden.

Da jedoch schon allein beym Hufbeschlag der Pferde aus Unwissenheit vielerley schädliche Fehler begangen werden können; so soll überhaupt jeder Schmiede-Geselle, der sich aufm Lande neu ansetzen will, sich vorher vom mehrgedachten Thierarzneykundigen Wülker in der besten Art desselben und von den Mitteln gegen gewöhnliche Hufschäden unterrichten lassen, und von ihm ein Zeugniß, daß es zureichend geschehen seye, beym Amte beybringen; sonst aber nicht zur Niederlassung als Schmidt verstattet werden.

Drosten

Drosten und Beamte haben also auf genaue Befolgung dieser Verordnung, ihres gemeinnützigen Zwecks wegen, zu halten, und sie selbst, wo sie es müssen, zu befolgen. Detmold den 28ten May 1793.

Fürstlich Lippische Regierung
daselbst.

Num. XLIII.

Verordnung wegen der Wilddieberey, von 1793.

Von Gottes Gnaden Wir Ludwig Henrich Adolph, Graf und Edler Herr zur Lippe, Souverain von Bignen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc. Ritter des Hessischen goldnen Löwen-Ordens, Curator und Landesadministrator.

Aus Schonung der Gesundheit und des Lebens der Menschen haben Wir die Verordnungen vom 20ten May 1737, 19ten Jun. 1748, 20ten Jun. 1763 und 1ten Nov. 1774, welche das Schießen auf die, in der Wildbahn ertappte, der Ergreifung sich widersetzende, oder sonst entfliehende Wilddiebe verstatten, in diesem Punkt gemäßiget und den Forstbedienten Vorschriften für jene möglichste Schonung gegeben.

Wir haben noch überdem bey verordneter und würklich vollzogener starken Verminderung des Wildstandes, damit er nicht mehr, wie sonst, den Früchten der Unterthanen schade, Uns die Hofnung gemacht, daß, da auch die Wilddieberey dadurch erschweret wird,

diese

diese immer mehr abnehmen werde. Allein ganz anders ist von allem dem der Erfolg gewesen.

Aus dem Benachbarten kommen jetzt die Wilddiebe oft und zahlreich, selbst in das Innere der Wildbahn und bis an die daran liegende Dörfer, schießen ganz dreiste das Wild todt, und schleppen dasselbe erlegt weg. Jeden, der auf sie trift, selbst den Forstbedienten, der nun nicht grade auf sie los schießen darf, schrecken sie mit angelegtem Gewehr zurück und feuren auf sie hin.

So wird nun nicht allein die Wildbahn ihrer ganzen Ausrottung ausgesetzt, sondern auch noch dies schädliche Folge, daß durch das beständige Beunruhigen des Wildes im Inneren der Wildbahn, dasselbe an dessen äußere Seiten und auf die daran liegende Felder verscheuchet und getrieben, und so auch nicht die gute Absicht der Verminderung des Wildes für die Unterthanen erreichet wird.

Ungern, aber so gezwungen, erneuern Wir also vorige Verordnungen dahin, daß, wenn ein unbekannter fremder, im Lande nicht angesessener, Wilddieb in der Wildbahn mit Gewehr angetroffen wird, und derselbe auf wiederholtes Anrufen nicht stehen und sich ergreifen lassen will, sondern wegflüchtet, er mag mit Anlegung des Gewehrs den Forstbedienten weggedrohet, oder würklich schon auf ihn geschossen haben, oder nicht, letzterer, der Forstbediente, alsdann ohne Verantwortung der Folgen auf solchen Wilddieb schießen dürfe. Jedoch soll der Forstbediente, wann er ohne solches Schießen einen Wilddieb ergreift und gefänglich einliefert, dafür eine Belohnung von 100 Rthl, und ein jeder anderer, der es thut, 50 Rthl., auch sonst ein Forstbedienter oder anderer für die Anzeige einer beweißbaren Wilddieberey 20 Rthl. zur Belohnung haben. Wir haben zwar das Vertrauen zu den Einwohnern und Unterthanen dieser Grafschaft, daß sie selbst der Wilddieberey sich nicht schuldig machen, noch sonst an der der Fremden Theil nehmen, oder ihnen Hülfe dazu leisten werden; jedoch wiederholen Wir hier alles das, was die oben angeführte Verordnungen dagegen drohen und darauf bestim-

bestimmen; so wie auch das noch, was sie ihnen, den Unterthanen, in Anzeige der Wilddiebe, in ihrer Verfolgung und Verhaftnehmung, auch im Helfen der Forstbedienten dafür zur Schuldigkeit machen.

Damit nun diese Verordnung zur Warnung für ihre Uebertretung und sonst zu ihrer Befolgung bekannt genug werde, so soll sie nicht nur ins Intelligenzblatt eingerücket, sondern auch in denen, an der Wildbahn gelegenen Orten von den Kanzeln publiciret und wie gewöhnlich angeschlagen werden. Gegeben Detmold den 9ten Jul. 1793.

Num. XLIV.

Verordnung die Advocaten und Procuratoren betreffend, von 1793.

Von Gottes Gnaden Wir Ludwig Henrich Adolph, Graf und Edler Herr zur Lippe, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc. Ritter des Hessischen goldnen Löwen-Ordens, Curator und Landesadministrator.

Es ist Uns vorgetragen worden, daß wegen der, in der Verordnung vom 16ten Jul. 1776 geschehenen, Bestimmung der Zahl der Advocaten bey den Obergerichten denen von Universitäten zurückkommenden Landeskindern, welche sich der Rechtsgelahrtheit gewidmet haben, es ganz an Gelegenheit fehle, sich durch practische Anwendung ihrer Wissenschaft zum Dienst des Vaterlandes zu ver-

fähigen; und daß bey jetziger Vollzähligkeit der Advocaten schon mehreren die erbetene Prüfung und Zulassung zur Advocatur habe versagt werden müssen.

Da Wir nun den vaterländischen jungen Rechtsgelehrten gerne eine gute Gelegenheit zur practischen Ausbildung ihrer Kenntnisse auch dann, wann wie itzt und künftig die Zahl der Advocaten noch vollständig ist, öfnen wollen; und das dann ohne Nachtheil vorgedachter, aus guten Gründen gegebenen, Verordnung so geschehen kann, wenn ihnen nach ihrer Prüfung und dabey bewiesenen ganz zureichender Fähigkeit auf die Art, wie es vorerwähnte und auch vorhergegangene Verordnungen den auswärtigen Advocaten oder andern Rechtsgelehrten verstatten, erlaubet wird, in Rechtsstreits-Sachen bey den Obergerichten Schriften zu entwerfen und dieselbe von einem, zur Procuratur befugten, Advocaten mit unterschreiben und übergeben zu lassen; so wollen Wir dies also hiemit verstatten. Und so verordnen Wir auch hiedurch, daß wenn, bey noch geschlossener Zahl der Advocaten, itzt und künftig ein Inländer um seine Prüfung und Zulassung zur Advocatur auf obengedachte Art bittet, jene ordnungsmäßig, und auch diese, wenn die erforderliche Fähigkeit dazu genug bewiesen ist, bewilliget werden solle.

Da Wir aber auch mißfällig erfahren haben, daß nach dem §. 3. der Verordnung vom 16ten Jul. 1776 die Advocaten, welche derselben gemäß damals sich zur Beybehaltung der Procuratur erkläret haben, oder nachher zugleich mit der Befugniß dazu aufgenommen sind, an den Gerichtstagen nicht immer, wie sie sollen, gegenwärtig sind, auch dann nicht mal immer mit Anzeige der Ursache einen andern substituiren; dies aber oft widrige Folge auf den Gang der Prozesse hat; so erneuern Wir gegen diesen Mißbrauch solche Verordnung, und wollen, daß darauf strenge und ohne Nachsicht gehalten und wider die Entgegenhandlung mit darin bestimmter Geldstrafe, Suspension und Remotion verfahren werde.

Und

Und damit dies um desto zuverläßiger geschehen könne; so sollen die Advocaten der gesetzmäßigen Zahl, welche bisher die Procuratur zugleich verwaltet haben, binnen 8 Tagen nach Publication dieses, ob sie es ferner wollen, sich erklären; die es nicht thun, sollen darauf nicht weiter der Procuratur sich bedienen, die aber, welche künftig in die gesetzmäßige Zahl aufgenommen werden, es zwar können, jedoch auch mit genauer Beachtung des §. 3. der gedachten Verordnung, welche überhaupt auch sonst in allen ihren Vorschriften genau befolget werden soll. Gegeben Detmold den 17ten September 1793.

Num. XLV.

Verordnung die Ausfuhr der Schaaf- und Ziegenbeine betreffend, von 1794.

Von Gottes Gnaden Wir Ludwig Henrich Adolph, Graf und Edler Herr zur Lippe, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc. Ritter des Hessischen goldnen Löwen-Ordens, Curator und Landesadministrator.

Es ist Uns vorgetragen worden, daß die Papiermacher im Lande die, zum Leimen des Schreib- und Druckpapiers, erforderliche Schaaf- und Ziegenbeine aus entferntem Auslande, weil sie aus hiesigem ausgeführet würden, und, wegen Verbots der Ausfuhr in den angränzenden Provinzen, aus diesen nicht erhalten werden könn-

ten, kommen lassen und in einem seit einigen Jahren sehr erhöheten Preiß bezahlen müßten.

Da nun der Gebrauch dieses Materiels den Papiermühlen in diesem Lande unentbehrlich, das Ausbringen desselben ins Ausland und das Wiederkaufen daher aber im höheren Preiß ihnen nachtheilig, selbst durch die Vertheuerung des Papiers, die damit wird, gemeinschädlich ist; so verbieten Wir, mit Beyrath getreuer Stände der Ritterschaft und Städte, hiedurch bey Vermeidung ernstlicher Bestrafung alles Ausbringen der Schaaf- und Ziegenbeine ins Ausland, und wollen, daß sie den inländischen Papiermachern gegen billige Bezahlung überlassen werden.

Wornach sich also jeder zu richten hat, und soll dazu Bekanntmachung dieses Verbots im Intelligenzblatt geschehen. Gegeben Detmold den 7ten Jenner 1794.

Num. XLVI.

Verordnung wegen des Osterfeuers, Verbrennens des Rübesaamenstrohes und Zurückbleibens bey Feuersbrünsten, von 1794.

Von Gottes Gnaden Wir Ludwig Henrich Adolph, Graf und Edler Herr zur Lippe, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc Ritter des Hessischen goldnen Löwen-Ordens, Curator und Landesadministrator.

Die in älteren Zeiten so sehr häufige Osterfeuer hatten sich von selbst nach und nach so vermindert, daß kein besonderes Verbot deswegen hier im Lande nöthig geschienen haben mag; itzt wird aber solches, eingegangenen Berichten gemäß, in mehreren Gegenden dieser Grafschaft wieder gebräuchlich.

Wird das Osterfeuer in der Nähe der Dörfer oder Bauerschaften, oder gar der Städte und Flecken gehalten; so kann es, besonders wenn starker Wind ist, Feuersgefahr veranlassen, und sowohl deswegen, als weil auch dazu oft das Holz aus den Hecken und Zäunen, zu ihrem Verderben, genommen wird, und weil auch sonst vielerley Excesse dabey vorgehen, kann das Wiedereinführen dieses nichts nutzenden, vielmehr schädlichen und alten Aberglauben, woraus es ward, wieder aufregende Osterfeuer nicht zugelassen werden.

Mit Beyrath getreuer Stände der Ritterschaft und Städte verbieten Wir also hiemit allgemein das Halten des Osterfeuers in dieser

Grafschaft bey 10 Gfl. Strafe für den Urheber, oder wären es mehrere, für jeden derselben, wie auch bey 2 Gfl. Strafe für jeden andern Theilnehmer daran.

Auch beym Verbrennen des Rübesaamen-Strohes auf dem Felde und in den Gärten, wenn es nicht früh genug vor dem Abend geschieht, und eine große Flamme davon noch bis in denselben zurückbleibt, wird oft Schrecken in der Nachbarschaft über geglaubte Feuersbrunst verbreitet, auch wohl Meynung bey einer würklichen Feuersbrunst, daß es unschädliches Feldfeuer seye, und damit dann die nöthige schleunige Hülfe zurückgehalten, oder doch verzögert. Deswegen verordnen Wir also auch bey Vermeidung ernstlicher Bestrafung, daß das Verbrennen des Rübesaamen-Strohes auf dem Felde, oder im Garten, nur zu einer solchen Tageszeit geschehen soll, daß am Abend davon keine Feuerflamme mehr auf der Brandstette seyn.

Und da auch endlich Erfahrung geworden ist, daß bey einer ausgebrochenen Feuersbrunst manchmal so wenig die Bauerrichter und Vorsteher, als die Unterthanen selbst ihre Schuldigkeit beachten, und letztere entweder gar nicht, oder zu langsam mit den Feuereimern und Geräthschaften zur Brandstelle eilen, mancher auch aus Furcht, seinen Eimer zu verliehren, sich saumselig darin bezeigt; so verordnen Wir hiedurch ebenfalls, daß der Bauerrichter und Vorsteher, welcher seine Leute nicht zum schleunigen Zuhülfeeilen mit den Feuereimern und Geräthschaften, und auch selbst zum Löschen nicht anstrenget; sodann auch der Unterthan, der sich nachlässig darin beträgt, aufs nachdrücklichste, nach jedesmaliger Beschaffenheit des Falls, bestraft, derjenige aber, welcher der Entwendung eines Feuereimers, bey einer Feuersbrunst, überführet worden, mit Zuchthausstrafe beleget werden soll.

Zum allgemeinen Bekanntwerden dieser Verordnung soll sie ins Intelligenzblatt eingerücket und an gewöhnlichen Orten überall angeschlagen werden. Gegeben Detmold den 7ten Jenner 1794.

Num. XLVII.

Verordnung wegen der Pferdezucht, von 1794.

Auch von den Unterthanen auf dem platten Lande, welche ihre Stuten von einem eigenen Hengst belegen lassen, ist für jedes davon gefallene Fohlen der Springhafer und Springthaler bisher entrichtet worden. Unter der Bedingung aber, daß, wie schon vorhin verordnet worden, jeder eigene Hengst, der zum Belegen eigener Stuten gebraucht werden will, vorher besehen und dazu für tüchtig erkannt werden soll, haben Sr. Hochgräflichen Gnaden der Herr Curator und Landesadministrator den Springhafer und Springthaler denen, welche ihre eigene Stuten von einem auch eigenen approbirten Hengst belegen lassen, fürs künftige, wenn die Approbation des Hengstes geschehen ist, erlassen.

Wer nun diesen Erlaß nutzen will, der muß in jedem Herbst, anfangend vom nächstkünftigen, wann die Fohlen zum Brennen derselben an die Aemter gebracht werden, auch den Hengst, welchen er zum Belegen eigener Stuten gebrauchen will, dahin bringen, und ihn, der Tüchtigkeit halber, besehen lassen. Wird sie dann anerkannt; so soll der Hengst in die darüber an jedem Amt zu haltende Tabelle, gehörig bemerkmalet, eingeführet werden, und der

Eigen-

Eigenthümer für die Fohlen, welche von eigenen, damit belegten, Stuten gefallen sind, keinen Springhafer und Springthaler entrichten. Dahingegen es sonst überall bey der Regel bleibt, daß, zur Mithülfe für die kostbare Unterhaltung des Landgestüts, von allen Fohlen, sie mögen von Landbeschelern oder andern nicht eigenen approbirten Hengsten gezogen seyn, der Springhafer und Springthaler entrichtet werden muß. Dies wird also, damit sich jeder darnach richte, bekannt gemacht, wie dann auch die Aemter im Einfordern des Springhafers und Springthalers und im Befördern des Stellens der Hengste zum Besehen und Approbiren derselben vom Aufseher des Landgestüts, Major Lorenz, bey jedesmaligen Brennen der Fohlen im Herbst, an den dazu von diesem, vorhin verordneter maßen, bekannt zu machenden Tagen, wie nicht weniger im Führen der Tabelle über die approbirte Hengste sich achten können und müssen. Detmold den 7ten Jenner 1794.

Fürstlich Lippische Regierung
daselbst.

Num. XLVIII.

Num. XLVIII.

Verordnung wegen der Spinnerey und Weberey; von 1794.

Aus darüber eingeforderten und eingegangenen Preißschriften über die beste Bearbeitung des Flachses, des Spinnens, Garnhandels und der Weberey, ist von einem Sachverständigen, in Rücksprache mit andern Kennern, ein Entwurf des Unterrichts davon gemacht, und solcher in die Nummern der vorigjährigen Lippischen Intelligenzblätter 33. 34. 35. 36. 37. 38. 41 und 43. eingerücket worden.

Die Güte zeigt sich im Inhalt, und dieser wird auch wohl den Zweck da erreichen, wo gründliche, gemeinfaßliche Darstellung Vortheils und Schadens für sich selbst und fürs Publikum auf Willen würken kann.

Da dies so am zuverläßigsten in frühen Jugendjahren geschehen kann, so ist von hoher Curatel und Landesadministration dem Fürstlichen Consistorium aufgetragen worden, solchen Unterricht durch die Schullehrer der niederen Schulen auch dazu nutzen zu lassen, daß die Schulkinder von den Fehlern und Betrügereyen beym Spinnen, Garnhandel und Weben belehret, besonders aber vom betrüglichen Spinnen und Haspeln, seiner Sündlichkeit und von den darauf im Auszug der Landesgesetze enthaltenen Strafen unterrichtet

würden, wozu dann auch das Fürstliche Consistorium die nöthige Verfügung getroffen hat.

Ehe nun auch noch allgemein gegen die Betrügereyen beym Spinnen, Haspeln und Garnhandel und bey der Weberey, so wie sie im Unterricht dargestellet sind, gesetzlich verordnet werde; will hohe Curatel und Landesadministration vorerst noch den Erfolg von solcher deutlichen Darstellung dieser, jedem selbst und dem Publikum sehr schädlichen, Betrügereyen und von der geschehenen Warnung dagegen abwarten. Namens Höchstderselben wird aber dagegen Drosten und Beamten auf dem Lande, wie auch den Magistraten und Richtern in Städten und Flecken hiemit angelegentlich empfohlen, für die Erreichung des gemeinnützigen Zwecks dieses in den Intelligenzblättern bekannt gemachten Unterrichts, besonders im Punct der gedachten Betrügereyen, obrigkeitlich zu sorgen und eifrig mitzuwürken, dann aber, wenn doch gesetzliche Verordnung dagegen mehr würksam, selbst nöthig werden mögte, davon alsdann der Regierung zu berichten. Detmold den 7ten Jenner 1794.

Fürstlich Lippische Regierung
daselbst.

Num. XLIX.

Verordnung wegen des Dienens im Auslande, von 1794.

Da von löblichen Ständen der Ritterschaft und Städte am letzten Landtag die Anzeige geschehen, daß die Landesherrliche Verordnungen wider das Vermiethen der jungen Unterthanen männlichen und weiblichen Geschlechts außer Landes, zum großen Nachtheil der Landesbewohner, nicht beachtet würden, und deswegen auf Erneuerung derselben angetragen, diese auch von hoher Curatel und Landesadministration bewilliget worden ist; so werden Namens Hochderselben Drosten und Beamte auf dem Lande und die Magistrate in den Städten hiemit angewiesen, die Verfügung deswegen in der Gesindeordnung vom 6ten Febr. 1752. §. 2. und im Edict vom 14ten May 1765. Nr. 29 und 97. zweyten Bandes der Landesverordnungen genau befolgen zu lassen, und diejenigen, welche dagegen ohne Anzeige und Erlaubniß außer Landes sich vermiethen, wie verordnet ist, zu bestrafen. Detmold den 18ten Febr. 1794.

Fürstlich Lippische Regierung
daselbst.

Num. L.

Verordnung wegen der Betteljuden, von 1794.

Von Gottes Gnaden Wir Ludwig Henrich Adolph, Graf und Edler Herr zur Lippe, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc. Ritter des Hessischen goldnen Löwen-Ordens, Curator und Landesadministrator.

Obgleich durch verschiedene Landesherrliche Edicte, besonders aber durch die Verordnung vom 25ten October 1770. §. 4. 9. 10., den Betteljuden der Eingang in hiesige Grafschaft untersaget worden ist; so hat doch das Eindringen derselben immer mehr und mehr überhand genommen. Da nun aber dadurch beydes die öffentliche Sicherheit und das allgemeine Gesundheitswohl der Gefahr ausgesetzt wird, daß dergleichen beständig von einem Lande in das andere herumziehende Vagabunden einzeln und in zusammengerotteten Banden selbst rauben und stehlen, und von einheimischen Dieben gestohlene Sachen in ferne Länder verschleppen, auch mancherley eckelhafte und ansteckende Krankheiten, womit ein großer Theil derselben behaftet zu seyn pflegt, auch in diese Lande fortpflanzen und darin weiter verbreiten; so sehen Wir Uns dadurch bewogen, zur Abwendung jenes Uebels, in Kraft führender Landes-Regentschaft nachfolgende Verordnung zu erlassen, und befehlen zugleich allen Obrigkeiten dieses Landes, mit allem Fleiße darüber zu achten, damit durch genaue Ausübung derselben der Endzweck erreicht und hiesige Grafschaft

schaft von jenem lästigen Gesindel für die Zukunft befreyet und rein erhalten werden möge.

1.

Nur derjenige fremde Jude, welcher mit eigenem, oder gedungenem Fuhrwerke, oder auf der Post, oder zu Pferde ankömmt, wird auf der Gränze ohne Untersuchung frey hereingelassen.

2.

Ein zu Fuß reisender fremder Jude muß auf dem Gränzorte der Obrigkeit, oder wenn jener ein Dorf ist, wo kein Beamter wohnt, dem Bauerrichter einen gültigen Paß, der nicht älter als 3 Monathe seyn darf, vorzeigen, den Ort, wohin er zu reisen gedenkt, und den Zweck seiner Reise anzeigen, und wenigstens 5 Rthl. bey sich habendes Geld aufweisen können. Jedoch tritt das Erforderniß der 5 Rthl. baaren Geldes nicht ein: a) bey Schutzjuden eines angränzenden Landes und den bey ihnen in Kost und Lohn stehenden Knechten und Angehörigen, desgleichen bey Rabbinen, Schulmeistern und Vorsängern, welche bey einer benachbarten Judenschaft angestellt sind, wenn sich jene und diese durch obrigkeitliche beglaubigte Atteste legitimiren; b) bey Juden, welche einen einländischen Markt besuchen und mit ihren bey sich habenden unverdächtigen Waaren Handel treiben wollen; c) bey einem Juden, welcher ein hierländisch obrigkeitlich beglaubigtes Attest einer hiesigen Juden-Gemeine, daß er von derselben als Rabbiner, Schulmeister, Vorsänger ꝛc. oder eines einländischen Schutzjuden, daß er von demselben in seine Dienste verschrieben worden sey, produciren kann. Hat ein fremder zu Fuß reisender Jude sich auf ebengedachte Art zum Einpassiren qualificirt; so unterzeichnet derjenige, welcher desselben Qualification untersuchet hat, nach vorgängiger Warnung, daß der einpassirende Jude in hiesiger Grafschaft schlechterdings nicht bettele,

tele, bey Strafe des Ungehorsams-Pfahls auf eine Stunde, und der Zurückweisung über die Gränze, dessen Paß oder Attest mit der Bemerkung des Datums und des Orts, und der Angabe des Orts, wohin der Jude reisen will, also auf diese Art:

Einpassirt Schlangen den 30ten Merz 1794. Hat zu Horn Geschäfte.

N. N. Bauerrichter.

oder:

Einpassirt Silixen den 15ten April 1794. Reiset durch nach Holland.

N. N. Bauerrichter.

oder:

Einpassirt Bösingfeld den 13ten May 1794. Geht zum Markt nach Detmold.

N. N. Flecken-Richter.

Für diese Unterzeichnung bezahlt der einpassirende Jude 2 mgr. Schreibgebühren. Jedoch sind die Schutzjuden eines angränzenden Landes, deren Angehörige und Knechte, desgleichen die darin angestellten Rabbiner, Vorsänger und Schulmeister von dieser Gebühr frey.

3.

Jeder fremde zu Fuß reisende Jude, der sich nicht, wie §. 2. verordnet ist, zur Hereinlassung qualificiret, muß auf der Gränze zurückgewiesen, und dabey demselben ausdrücklich bedeutet werden, daß, wenn er sich demungeachtet in das Land hereinzuschleichen wagen wollte, alsdann im Betretungsfall wider ihn so, wie unten §. 10. verordnet ist, verfahren werden würde.

4.

Kein einländischer Schutzjude darf einen fremden Juden bey 5 Gfl. Strafe aufnehmen und logiren, er habe dann der Obrigkeit des

des Orts, oder, auf dem platten Lande, dem Bauerrichter von der Ankunft, dem Zwecke und der Dauer seines Aufenthalts Nachricht gegeben. Diese Anzeige ist insbesondere auch in Absicht aller Knechte, Schulmeister, Vorsänger, Rabbiner u. d gl. judenschaftlichen Bedienten, welche von den einländischen Schutzjuden und Judengemeinden in Dienste genommen werden, wie auch aller männlichen Verwandten über 14 Jahre erforderlich, damit die Obrigkeit des Orts die Attestate derselben näher prüfe, und deren dasiger Aufenthalt zu ihrer Wissenschaft und Controlle gelange. Endlich müssen auch die christlichen Gastwirthe die bey ihnen einkehrenden fremden Juden der Behörde melden.

5.

Besonders sollen aber die auf den Gränzorten wohnenden einländischen Schutzjuden die zu Fuß reisenden fremden Juden, die sich bey ihnen einfinden, wenn sie gleich weder Allmosen noch Nachtquartier verlangen, alsobald zur Untersuchung ihrer Qualification zum weiteren Einpassiren an die Behörde verweisen, und sie dabey belehren, welchen Folgen sie sich aussetzen würden, wenn sie, ohne dazu erhaltene Erlaubniß, weiter ins Land hereinreisen wollten.

6.

Würde ein hiesiger auf einem Gränzorte wohnender Schutzjude überführt, daß er einen fremden Juden heimlich aufgenommen und ohne Vorwissen und Genehmigung der Ortsobrigkeit, oder des Bauerrichters, bey sich über Nacht behalten hätte; so wird derselbe um 10 Gfl. gestraft, oder in Ermangelung des Geldes mit verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe belegt, und bey fernerer Wiederholung dem Befinden nach selbst seines Geleits für verlustig erklärt. Und erhält der Denunciant, sowol in diesem als in dem oben §. 4. angegebenen Fall, die Hälfte der Geldstrafe.

7.

7.

Kommt ein wieder zurückzuweisender Jude so spät an, daß er denselben Tag nicht wohl wieder den nächsten benachbarten Ort erreichen kann, so darf zwar demselben ein Nachtlager von der Ortsobrigkeit oder den Ortsunterbedienten verstattet werden, er muß aber den andern Morgen die Rückreise antreten, und ist der Wirth, bey dem er eingekehret ist, oder der Schutzjude, der ihn aufgenommen hat, ihn dazu anzuhalten, oder falls er sich in Güte dazu nicht verstehen wollte, davon der Behörde die Anzeige zu thun schuldig, welche sodann seine Wegschaffung durch Zwangsmittel zu verfügen hat.

8.

Finden sich kranke Juden auf der Gränze ein, welche ohne Gefahr ihres Lebens nicht sogleich wieder über die Gränze zurückgewiesen werden können; so darf zwar ihren Glaubensgenossen deren Aufnahme und Verpflegung erlaubet werden, jedoch nur so lange, bis jene nach dem Gutachten des nächsten Arztes oder Wundarztes sich wieder auf den Rückweg zu begeben vermögen. Ist aber ein dergleichen Kranker oder Gebrechlicher auf einer Karre hergebracht worden; so hat die Obrigkeit oder der Bauerrichter alsobald die Karre mit dem davor gespannten Zugvieh in Beschlag zu nehmen, damit der Kranke oder Gebrechliche von eben dem Fuhrmann, der ihn hergeführet hat, wieder zurück genommen werden müsse. Wenn dies jedoch ohne Lebensgefahr des Kranken sogleich nicht geschehen könnte, oder der Fuhrmann, nach eilfertiger Absetzung der kranken Juden, sofort heimlich wieder abgereiset wäre; so sollen diese auf einer sogenannten Bettelfuhre jure retorsionis, sobald ihr, nöthigenfalls auf öffentliche Kosten wiederherzustellendes, Befinden es erlaubet, wieder dahin, woher sie gekommen sind, gebracht, und daselbst eben so abgesetzt werden, wie es von dem Fuhrmann in einem hiesi-

gen

gen Gränzort geschehen ist. Indeß wird in Absicht solcher armen Juden, welche auf einer würklichen Geschäftsreise erkranken, billig eine Ausnahme gemacht, und nach Befinden der Umstände der Ortsobrigkeit desfalls das Weitere wegen ihrer Zulassung, Heilung oder Weitertransportirung hiemit überlassen; jedoch müssen dieselbe in jedem Fall die Ursache der Weitertransportirung oder der Zulassung zur Legitimation des Fuhrmanns und zur Nachricht der Obrigkeiten auf der weiteren Route des Kranken, ausser- oder innerhalb Landes, in einem desfalls zu ertheilenden Paß anführen.

9.

Alle Obrigkeiten, Forstbedienten, Zollpächter und Zollbeamten, Landreuter, Stadt- und Amtsunterbediente, Thorwärter, Thorschreiber, Pförtner, Amtspedellen, Untervögte, Bauerrichter, Dorfsvorsteher und überhaupt alle zur Handhabung der Landes-Policey angestellte Bediente sollen nicht nur befugt, sondern auch besonders die Amts-Policeyunterbediente bey willkührlicher Strafe schuldig seyn, jeden zu Fuß reisenden Juden, beym Eintritt in einen Ort, in den Herbergen und selbst auf den öffentlichen Landstraßen anzuhalten und von demselben die Vorzeigung seines beym Einpassiren auf der Gränze verordnetermaßen unterzeichneten Passes oder Attestes abzufordern, und wenn derselbe einen solchen Paß oder ein solches Attest nicht hat, zur Arretirung und Ablieferung an die competente Obrigkeit zu befördern.

10.

Ein betroffener unqualificirter Jude wird, nach vorhergegangener Untersuchung, welche allezeit auch dahin zu richten ist, wo derselbe ins Land gekommen, an welchen Orten und bey wem er eingekehret ist und übernachtet hat, mit der Strafe des Ungehorsams-Pfahls auf eine Stunde, oder nach Befinden mit achtägiger

Gefängnißstrafe bey Wasser und Brodt belegt, wenn er auch nicht gebettelt hat, noch sonst etwas auf ihn gebracht werden kann, blos darum also, weil er mit keinem verordnetermaßen auf der Gränze unterzeichneten Paß oder Attest versehen ist, und nach ausgestandener Strafe über die nächste Gränze gewiesen, und ihm der gerade Weg, den er dahin zu nehmen hat, auf seinen Paß, oder, wenn er keinen hat, in einem ihm blos zu diesem Behuf mit diesen Worten: Vorzeiger dieses N. N. geht von der Lage über die Dören aus dem Lande. Lage den 18ten May 1794.

N. N.

zu ertheilenden Paß vorgezeichnet und die ausdrückliche Warnung gegeben, sich nicht außer der vorgeschriebenen Route finden zu lassen, in welchem Fall er als ein zum zweytenmal betroffener unzulässiger Vagabunde behandelt werden würde.

Ein gleicher Paß muß auch den nach §. 8. hier im Lande wieder hergestellten Juden ertheilt werden, falls sie ihre Reise, ohne Bettelfuhr, wieder zu Fuß anzutreten im Stande sind. Ergiebt sich bey der Untersuchung der Ortsobrigkeit, daß in Absicht des sich eingeschlichenen Juden den eigenen Unterbedienten eine Nachlässigkeit oder Pflichtwidrigkeit zur Last falle, oder solcher von Unterthanen, die deren Gerichtszwang unterworfen sind, ordnungswidrig aufgenommen und beherberget worden ist, so ziehet dieselbe jene und diese zur Verantwortung und Strafe, oder befördert das Erkenntniß derselben am nächsten Gogericht, wenn solches verfassungsmäßig dahin gehört; stehen aber diejenige, welche den unqualificirten Juden passiren lassen, unter andern Gerichten, so wird derselbe an diese zur dortigen Untersuchung abgeliefert, welche sodann solche ebenmäßig vorzunehmen haben.

Ein zum zweytenmal ohne vorschriftmäßigen Paß oder Attest betroffener Jude wird zur vierteljährigen Zuchthaus- oder andern öf-

fent-

fentlichen Arbeit von der competenten Obrigkeit verurtheilet, und hiernächst mit der Verwarnung: daß er zum drittenmal mit dem Zuchthause oder zur sonstigen öffentlichen Arbeit auf ein Jahr und Willkommen und Abschied bestrafet werden soll, aus dem Lande gewiesen; diese Strafe auch bey wiederholter Einschleichung an ihm vollzogen.

II.

Passirt ein fremder, zu Fuße reisender Jude, dem der Eingang in dieses Land verstattet worden ist, in eine Stadt oder in einen Flecken ein, so muß er bey dem regierenden Burgermeister, oder demjenigen, welchem der Auftrag dazu ertheilet worden ist, seinen auf der Gränze unterzeichneten Paß und die bey sich habende 5 Rthl. baares Geld vorweisen, und demnächst anzeigen, ob er blos durch- und wohin er weiter reisen wolle, oder ob und wie lange und aus welcher Ursache er sich hier aufzuhalten gedenke, worauf, wenn sich kein Bedenken dabey findet, der Paß aufs neue mit der sich ergebenden Bemerkung unterzeichnet wird; also so:

Passirt durch nach der Lage. Detmold den 29ten Merz 1794.

N. N.

oder so:

Einpassirt und bleibt über Nacht. Horn den 1sten April 1794.

N. N.

oder so:

Einpassirt und kann 3 Tage hier bleiben. Barntrup den 4ten Jun. 1794.

N. N.

Für diese neue Unterzeichnung, welche den Schutzjuden eines benachbarten Landes und deren Angehörigen und Knechten, wie auch den darin angesetzten Rabbinen, Vorsängern und Schulmeistern unentgeld-

geldlich geschiehet, werden von andern 2 mgr. Schreibgebühren bezahlt, und bleibt der so unterzeichnete Paß bis zur Abreise des Juden in obrigkeitlicher Verwahrung.

Da auch der Fall eintreten kann, daß ein eingelassener Jude durch Krankheiten oder andere Zufälle den vorschriftmäßigen Geldvorrath zu 5 Rthl. im Lande anzugreifen sich genöthigt siehet; so soll hierauf, wenn er hierüber obrigkeitliche Bescheinigungen zureichend beybringt — sonst aber nicht — bey dem Eingang in Städte und Flecken Rücksicht genommen werden. Die Bescheinigungen müssen jedoch nicht blos auf den Vorfall, sondern auch auf den Betrag der dadurch veranlasseten Ausgabe gerichtet seyn.

12.

Ueber die ein- und durchpassirten fremden Juden muß in den Städten und angränzenden Flecken eine besondere Annotation geführt werden. Darin ist nun von jedem zu bemerken: a) Jahr und Tag der Ankunft; b) der Name des Juden; c) ob er Frau und Kinder, Verwandte oder Gesinde bey sich hat; d) Ort, Jahr und Tag seiner Ankunft auf der Gränze nach der Unterzeichnung seines Passes; e) wo dieser Paß gegeben und der Producent darnach gebürtig oder wohnhaft ist; f) eine Beschreibung seiner Person, nach seinem wahrscheinlichen Alter, ungefähren Größe, Gesichts- Haar- und Bartfarbe, oder besonders in die Augen fallenden Abzeichen, desgleichen nach seiner Kleidung; g) sein Gewerbe oder Geschäft; h) ob er durchpassirt ist, oder sich aufgehalten hat. Zu mehrerer Verständlichkeit folgen hier zwey Beyspiele einer solchen Annotation:

1794. den 16 April 4 Köpfe. Isaak Israel, hat eine Frau und zwey Kinder bey sich, ist einpassirt zu Oerlinghausen den 15ten April 1794, hat einen Paß vom Stadt- und Landgericht

zu

zu Rheda vom 20ten Merz 1794; ist darnach gebürtig aus Amsterdam; alt ungefähr 40 Jahr, mittler Statur, hagern und blassen Gesichts, schwarz von Bart und Haaren, hat eine Schmarre über dem rechten Auge, trägt einen braunen Rock mit weißen Knöpfen, handelt mit Brillen; bittet zwey Tage hier zu bleiben; ist ihm verstattet.

den 20ten May.

1 Kopf. Joseph Hirsch, einpassirt Meinberg den 17ten May 1794, hat ein Attest vom Magistrat zu Steinheim vom 3ten May 1794, nach welchem er ein daselbst wohnhafter Schutzjude ist; alt ungefähr 45 Jahr, klein, aber dick von Statur, runden- aber kupfrichen Gesichts. Hat einen rothen Bart, trägt eine schwarze Peruque und einen blauen Rock mit Knöpfen von gleicher Farbe. Hat hier eine Erbschaftssache zu berichtigen und gedenket 8 Tage hier zu bleiben; wozu ihm die Erlaubniß ertheilet worden.

Zur Controlle dieser Annotation werden da, wo noch vorerst, besonders an den Gränzorten, Juden-Herbergen bleiben müssen, diese täglich des Abends visitiret, die daselbst befindlichen Juden aufgezeichnet, diese Aufzeichnungen aber mit jenen Annotationen verglichen. Würde durch diese Controlle ein sich heimlich eingeschlichener Jude, oder auch ein qualificirter Jude, der sich über die ihm vergönnte Zeit aufgehalten, entdeckt; so hat der Magistrat wider jenen dieser Verordnung gemäß zu verfahren, diesen aber, als einen sich selbst verdächtig gemachten Juden, in besondere Untersuchung zu nehmen.

13.

Wenn ein fremder Jude mit eigenem oder gedungenem Fuhrwerke auf der Gränze ankommt, und mehrere Juden bey sich hat; so ist derselbe zu befragen: ob die übrigen ihm zugehören, oder ob er das Fuhrwerk mit denselben gemeinschaftlich gemiethet habe? und ist dabey zu verwarnen, daß, wenn er die Wahrheit hinterhalten sollte, und er die übrigen Juden blos in der Absicht aufgenommen hätte, um ihnen den Eingang ins Land zu verschaffen, er selbst mit gleicher Strafe, wie die durch solche seine Hülfe eingeschlichenen Juden, angesehen werden würde.

14.

Es sollen aber weder auf dem Lande noch in den Städten und Flecken die ankommenden fremden Juden lange aufgehalten, sondern bald möglichst abgefertiget werden, und darf denjenigen, welche zurück zu weisen sind, nichts, denjenigen aber, welchen der Eintritt verstattet wird, nur obengedachte Schreibgebühr abgefordert werden.

15.

Damit sich nun aber auch keine fremde Betteljuden unter dem Vorwand, daß sie einländische Schutzjuden, oder deren Angehörige und Knechte seyn, einschleichen und im Lande herum ziehen können; so soll jeder einländische Schutzjude auf Reisen, die er zu Fuße thut, ein Attest seiner Obrigkeit zu seiner Legitimation bey sich führen, und wenn er Knechte oder Angehörige zu Fuße ausschicket, diese mit dergleichen obrigkeitlichen Attest versehen. Es kann sich aber ein Schutzjude ein solches Attest für sich, oder seinen Bedienten, den er zu dergleichen Reisen gebraucht, ein für allemal geben lassen, und muß seine Ortsobrigkeit ihm dasselbe, unter Beschreibung der Person,

son, des Alters ꝛc. des Producenten, unentgeldlich ertheilen. Würde aber ein Schutzjude oder dessen Knecht ohne gedachtes Attest sich auf eine Fußreise begeben; so hat es sich derselbe selbst beyzumessen, wenn er als ein verdächtiger Betteljude angehalten und bis zu seiner hinlänglichen Legitimation in Arrest gebracht wird.

16.

Gleichwie nun durch diese Verordnung und deren Befolgung der einländischen Schutzjudenschaft die bisher nicht wenig lästig gewordene Unterhaltung und Verpflegung fremder, beständig in einem ewigen Kreise herum schwärmender, verdächtiger und meistentheils unreiner und eckelhafter Bettler abgenommen wird, deren also für die Zukunft überhoben bleibt; so versehen Wir Uns auch zu derselben, daß sie sich es um so angelegener seyn lassen wird, für ihre eigene Arme, Gebrechliche und hülflose Kranke zu sorgen, da sie dasjenige, was jene Vagabunden ihr jährlich kosteten, nunmehr mit größerm Ruhm und Segen zur Verbesserung ihrer Armenanstalten und Unterstützung ihrer einländischen hülfsbedürftigen Glaubensgenossen anwenden kann. Und wird zugleich hierdurch jedem einheimischen Schutzjuden das Betteln in fremden Ländern ernstlichst verboten. Insbesondere sollen aber der- oder diejenigen, welche Kranke oder Gebrechliche von der einländischen Judenschaft, und deren Angehörigen und Knechten und Mägden, oder auch solche ausländische Juden, welche zum Einlassen in hiesige Grafschaft qualificirt befunden, und auf ihrer Durchreise krank geworden, mithin vorerst von der Judenschaft des Orts zu verpflegen, und nöthigenfalls, wenn es derselben zu schwer würde, bis zur Ausmittelung eines judenschaftlichen Fonds, auf öffentliche Kosten wieder herzustellen sind, auf Karren zum Betteln über die Gränze schicken, mit unausbleiblicher Zuchthausstrafe angesehen, und der Fuhrmann, der solche fährt,

er

er sey Jude oder Christ, seines Fuhrwerks für verlustig erkläret werden.

17.

Damit nun diese Verordnung, durch welche Wir übrigens die schon in vorigen Zeiten gegen das herumziehende Gesindel ergangene Edicte nicht aufgehoben, sondern nur in Betref der jüdischen Vagabunden näher bestimmt und erkläret haben wollen, zu jedermanns Wissenschaft gelangen möge; so soll dieselbe durch den Druck bekannt gemacht, in das Lippische Intelligenzblatt eingerückt, an gewöhnlichen Stellen und besonders auf den Gränzorten, wie auch überall in den Krugstuben und Judenschulen dieses Landes angeschlagen und in allen Synagogen forderſamst und künftig jährlich verlesen werden, und wollen Wir, daß die genaue Befolgung derselben nach 3 Monathen, von deren Datum gerechnet, anfange und sodann beständig fortgesetzt werde. Gegeben Detmold den 12ten Junius 1794.

Num. LI.

Verordnung, das Professions-Protocoll bey einem entstandenen Concurse betreffend, von 1794.

Damit bey entstehenden Concursen ein, zwar nicht leicht vorfallendes, dennoch mögliches Uebergehen einer, ins Hypothekenbuch eingetragenen, Forderung nicht geschehen, und dadurch ein Nachtheil dem, aus entschuldbarer Ursache die Profession versäumenden, Gläubiger nicht werden möge; so soll, wie hiemit Namens hoher Curatel und Landesadministration verordnet wird, das Gericht, bey dem der Concurs eröfnet ist, dem Professions-Protocoll jedesmal einen vollständigen Extract aus seinem Hypothekenbuch von allen darin auf des gemeinen Schuldners Güter eingetragenen Forderungen beyfügen, und am Schluß des Protocolls bemerken, daß und unter welchen Zeichen der Anlagen es geschehen sey. Erschienen nun in dem, in der Edictalcitation angesetzten, Termin nicht alle, solchem Extract gemäß, ingrossirte Gläubiger; so soll auch dann noch jeder ausgebliebener auf einen andern anzusetzenden Termin besonders vorgeladen, und nicht eher, als bis nach dessen Profession und vollendeter Liquidation, oder auch gesetzmäßiger Präclusion in contumaciam, das ganze Liquidationsverfahren geschlossen und die Classificationsurthel abgefasset werden, oder von den Aemtern nach §. 11. der Concursordnung, die Einsendung der Professions- und Liquidations-Protocolle zum Entwerfen solcher Urthel geschehen. Detmold den 17ten Juny 1794.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. LII.

Verordnung wegen der fremden Bettler, von 1794.

Nach dem §. 3. der Verordnung vom 25ten October 1770 soll nicht allein ein jeder Amts- und Stadtsunterbedienter bey 10 Gfl. Strafe, sondern auch jeder Unterthan bey 5 Gfl. Strafe schuldig seyn, den von ihm angetroffenen fremden Bettler sogleich zu arretiren, und ihn zur Obrigkeit des Orts zu bringen. Das geschiehet aber nicht, und daher wird, besonders beym jetzigen Kriege, das Land voll von Vagabunden und Collectanten angetroffen. Aemter und Magistrate haben also auf die Befolgung erwähnter Verordnung genau zu achten, und vornemlich die Unterbedienten zur Erfüllung ihrer Pflicht ernstlich anzuweisen. Detmold den 29ten Jul. 1794.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. LIII.

Verordnung wegen der Consense zum Eichenfällen, von 1794.

Da bey der, den Forstbedienten aufgetragenen, Aufsicht auf die Holzungen der contribuablen Unterthanen es auch nützlich ist, daß vor gesetzmäßiger Ertheilung des Amts und Gutsherrlichen Consenses zum Fällen der Eichen von dem Forstbedienten, welcher jene Aufsicht hat, ein Gutachten, daß es Forsthaushaltungsmäßig geschehen könne, durch die Aemter gefordert werde; von Fürstlicher Kammer auch die Forstbediente dazu, daß sie unentgeldlich jedesmal solches abgeben sollen, angewiesen sind; so wird den Aemtern solches zur Nachachtung bekannt gemacht. Detmold den 19ten August 1794.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. LIV.

Verordnung wegen der Betteljuden, von 1794.

Da nunmehr die 3 Monate, nach deren Ablauf die Befolgung der von hoher Curatel unterm 12ten Junius dieses Jahrs erlassenen Verordnung wegen der Betteljuden anfangen sollte, verflossen sind; so werden die einländischen Schutzjuden, deren Angehörige und Knechte erinnert, sich in Gemäßheit des 15ten §. besagter Verordnung mit den vorgeschriebenen, von den Ortsobrigkeiten ihnen unentgeldlich zu ertheilenden Attesten für ihre Fußreisen im Lande zu versehen, und wird denenselben zugleich bedeutet, diese Atteste auch auf ihren Fußreisen, welche sie über die Gränze in benachbarte Lande vornehmen, bey sich zu führen, um sich damit nöthigenfalls am gehörigen Orte legitimiren zu können. Detmold den 23ten September 1794.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. LV.

Verordnung wegen der Kriegessteuer, von 1794.

Von Gottes Gnaden Wir Ludwig Henrich Adolph, Graf und Edler Herr zur Lippe, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc. Ritter des Hessischen goldnen Löwen-Ordens, Curator und Landesadministrator.

Zum Aufbringen der, auf dem Reichstag, für dieses Jahr zur Reichskriegsoperations-Kasse bewilligten 50 Römermonate von dieser Grafschaft und zu dem der erforderlichen schweren Kosten für die Ausrüstung, Formirung und Unterhaltung des, auch für dieselbe, Reichsschlußmäßig in fünffacher Zahl des Matricular-Anschlags, zu stellenden Contingents, ist mit getreuen Ständen der Ritterschaft und Städte am gewesenen Landtag ein Plan vereinbaret worden. Nach diesem haben Wir nicht nur selbst, außer der ganzen Jahrs-Summe der, von dem Lande und den Städten der Kammer zu zahlenden, Kreyßgelder noch eine ansehnliche Summe aus deren Domanial-Revenüen als Beytrag zu diesen Reichs-Kriegskosten bewilliget, sondern auch die Ritterschaft leistet ihn dazu, so wie jeder anderer befreyeter Stand ohne Ausnahme und jeder anderer Landesverfassungsmäßiger Beytrag, mit dem von den Städten, ist dazu ebenfalls befördert worden.

Dies sowohl, als daß die befreyeten Stände die auf sie fallende Quote der Kriegssteuer nach dem Maaßstab der dabey fortdau-

renden Personensteuer in zwey Terminen, auf Petri und Jacobi künftigen Jahrs, die contribuablen Unterthanen des Landes aber auf ihre Quote in nemlichen Terminen, eine der bisherigen auch fortdaurenden Personensteuer gleiche Kriegessteuer so lange, bis damit und mit andern dazu ausgesetzten Zuschüssen voller Abtrag ihrer Quote geworden ist, entrichten sollen, und daß über den Empfang und Ausgabe dieser Kriegeskosten eine besondere, vom Landkasseadministrations-Collegium abzunehmende, Rechnung geführet werde; dies alles machen Wir zur allgemeinen Wissenschaft hiemit bekannt, und erwarten von jedem um desto williger den unabwendbar ihn treffenden Beytrag, da das Vaterland durch besonderen göttlichen Schutz von den anderen Drangsalen des Kriegs, die auf so viele andere Lande kamen, bisher befreyet geblieben ist.

Zur Einforderung und dafür nöthigen ferneren Einrichtung haben Wir der Personensteuer-Commission die erforderliche Vorschrift, so wie auch die gegeben, für die Aemter Varenholz, Sternberg und Schieder, welche ihren Beytrag zur Personensteuer-Kasse nicht nach dafür bestimmten Klassen und Ansätzen, sondern nach dem Contributionsfuß leisten, das aber so zu dieser Kriegessteuer für die Kriegeskosten, zum Zweck des Gleichtragens in diesem Fall mit andern Aemtern, nicht können, die Klassification und Beytragsbestimmung aufs baldigste zu vollziehen. Wobey Wir dann noch allen Aemtern und deren Rendanten ernstlich aufgeben, keine Aenderungen und Cassse gegen die einmal geschehene Beytragsbestimmungen, ohne Bericht und Genehmigung der Personensteuer-Commission, vorzunehmen. Gegeben Detmold den 23ten Decbr. 1794.

Num. LVI.

Verordnung, die Verjährung jährlicher Prästationen betreffend, von 1794.

Von Gottes Gnaden Wir Ludwig Henrich Adolph, Graf und Edler zur Lippe, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc. Ritter des Hessischen goldnen Löwen-Ordens, Curator und Landesadministrator.

Bey der Unbestimmtheit der Gesetze und bey der Verschiedenheit der Meynungen der Rechtsgelehrten über die Frage:

> Ob das Recht, eine jährliche Leistung oder Abgabe von der Person oder dem Grundstück eines andern zu fordern, selbst, oder nur die Leistung oder Abgabe durch Verjährung verlohren werde?

verordnen und wollen Wir in führender Curatel und Landesadministration, und nach darüber mit getreuen Ständen der Ritterschaft und Städte gepflogenen Berathung, daß von nun an die Verjährung nicht nur der Leistung und Abgabe, sondern auch die des Rechts dazu, nach vollem Ablauf eines Zeitraums von 30 Jahren in allen denen Fällen, worin die gemeinen Rechte nicht ausdrücklich einen längern Zeitlauf vorschreiben, geschehen, und darauf von allen Ober- und Untergerichten dieser Grafschaft, im dazu vorkommenden Fall, erkannt werden solle. Nur bleibt es in den Fällen, worin anstatt einer erweisbar ursprünglich naturalen Prästation auch seit 30 Jahren Geld entrichtet und angenommen ist, bey der Vorschrift gemeiner Rechte und hiesiger Landesgesetze. Gegeben Detmold den 23ten Decbr. 1794.

Num. LVII.

Verordnung, die Belohnung der Hebammen-Bemühungen betreffend, von 1795.

Da die Hebammen sich allgemein über die zu geringe Belohnung ihrer mit Beschwerden und mit Hintansetzung ihrer eigenen häuslichen Geschäfte verknüpften Bemühungen beklagen; so wird der 5te Paragraph aus der Medicinaltaxe vom 2ten Merz 1789 hierdurch zu jedermanns Wissenschaft erneuert, und beträgt hiernach die Taxe für die Hebammen:

Für eine natürliche Geburt . .	18 mgr.
Für die Wiederbelebung eines todtgebohrnen Kindes . . .	24 mgr.
Für ein langsame Geburt, wo die Hebamme einen Geburtshelfer herbey rufen lassen muß	30 mgr.
Für eine leichte Zwillingsgeburt .	24 mgr.
Für eine langsame Zwillingsgeburt, wozu ein Geburtshelfer gerufen wird .	1 Rthl. 6 mgr.
Für das Windeln der Kinder und Pflege der Wöchnerin, jede Woche .	12 mgr.

Für

Für ihren Beystand bey einem Mißfall oder frühzeitiger Geburt	18 mgr.
Für eine Nachtwache	4 mgr.
Für die Application eines Klystirs bey einer Frauensperson am Tag	3 mgr.
Bey Nacht	6 mgr.
Für die Besichtigung einer verdächtigen Weibsperson	12 mgr.
Für jede Einsprützung in die Gebärmutter	4 mgr.

Es wird daher verordnet, daß die Hebammen nicht unter dieser Taxe bezahlt werden sollen; wobey man sich zu der Billigkeit wohlhabender Einwohner versieht, daß sie die Hebammen in Rücksicht ihres gemeinnützigen, aber schweren und uneinträglichen Dienstes freywillig noch über jene Taxe belohnen werden. Detmold den 28ten April 1795.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. LVIII.

Verordnung, die Visitation des Hebammenwesens betreffend, von 1795.

Die Regierung hat zur Beförderung der öffentlichen Fürsorge für das Hebammenwesen für gut befunden, hierdurch den Obrigkeiten und den Physicis dieses Landes zur Nachricht und Nachachtung bekannt zu machen: daß die Aemter oder Magistrate von dem mit dem Hebammenlehrer mehrere Tage vorher zu vereinbarenden, zum Termin der Visitation des Hebammenwesens festgesetzten, Tag den Physikus des Amts oder der Stadt benachrichtigen sollen, welchen Termin alsdann derselbe beyzuwohnen und seine etwaigen Vorschläge anzugeben hat. Würde aber ein Physikus hieran durch irgend eine Ursache verhindert, so soll derselbe eine Anzeige, daß er bey diesem Termin nicht gegenwärtig seyn könne, mit der Beyfügung seiner das Hebammenwesen dieses Physikats betreffenden Bemerkungen oder Erinnerungen an die Obrigkeit einsenden. Demnächst wird die Regierung jedem Physikus von den auf seine Vorschläge, Bemerkungen oder Erinnerungen getroffenen Verfügungen, und auch wenn sie in der Anzeige desselben gewünscht worden wären, eine Abschrift des Protokolls der Visitation mittheilen lassen. Detmold den 5ten May 1795.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. LIX.

Verordnung, das Schröpfen betreffend, von 1795.

Die Regierung hat für nöthig geachtet, nachstehende Instruction und Vorschrift für solche Personen, welchen blos die Erlaubniß, das Schröpfen zu verrichten, ertheilt worden ist, zu ihrer Nachachtung öffentlich bekannt machen zu lassen. Einer solchen Person wird also andurch gemessenst aufgegeben:

1) Daß selbige keine offenbar kranke, mit kaltem oder hitzigem Fieber behaftete, oder sonst bettlägerige Person, ohne ausdrückliche Vorschrift eines Arztes oder Wundarztes schröpfe.

2) Daß sie auch nur auf Vorschrift, oder unter Beystimmung eines Arztes oder Wundarztes, das Schröpfen bey Personen von hohem Alter, oder in der zarten Kindheit, bey von Natur schwachen, oder von einer eben überstandenen Krankheit entkräfteten Personen, bey Personen, deren äußerliche Gliedmaßen aufgedunsen oder geschwollen sind, die starke Durchfälle, Blutflüsse oder Schweiße haben, oder vor kurzen gehabt haben, oder die mit Magenbeschwerden oder Unverdaulichkeit behaftet sind, verrichte.

3) Daß sie, sobald sie bey der Ausübung des Schröpfens findet, daß das Blut sehr dünne ist, oder blas aussieht, sogleich zu Schröpfen aufhöre, und der Person rathe, sich um ärztliche Hülfe zu bemühen, und

4) daß sie ihre Schröpfinstrumente, sowohl den Schröpfschnepper als auch die Schröpfköpfe beständig äußerst rein und sauber halte, auch den Schwamm jederzeit sorgfältig auswasche und reinige, damit er beständig sauber sey; daß sie, im Fall sie krätzige, oder venerische oder andere mit einer ansteckenden Krankheit behaftete Personen geschröpft, vorzüglich und besonders diese Reinigung und Säuberung ihrer Instrumente beobachte, und für solche Personen sich, wo nicht eigener Instrumente, doch eines besondern Schwamms bediene; und daß sie endlich den Schröpfschnepper beständig scharf erhalte, damit durch die Stumpfheit der Messer desselben keine unnöthige Schmerzen verursacht werden.

5) Daß sie alle Quacksalbereyen und Einmischung in andere ärztliche oder chirurgische Geschäfte auf das strengste vermeide, und die Personen, welche sich ihrer zum Schröpfen bedienen, nicht übertheure, indem sie nach der Medicinaltaxe für jeden Schröpfkopf nur einen halben Groschen zu fordern berechtigt ist.

Auch werden die Obrigkeiten andurch angewiesen, eine genaue Obacht auf die Befolgung der obigen Instruction zu haben, und die Bestrafung der Contravenienten zu befördern. Detmold den 2ten Jun. 1795.

Fürstlich Lippische Regierung
daselbst.

Num. LX.

Instruction in Betref des Schornsteinfegens in hiesiger Grafschaft, von 1795.

§. 1.

Die Regierung findet sich bewogen, den Caminfegern wegen gehöriger Erfüllung ihrer Pflicht eine besondere Instruction zu ertheilen, und zur Vergewisserung, daß sie das Fegen mit dem erforderlichen Fleiß verrichten, und die Schornsteine nicht verwachsen lassen, die Einrichtung zu treffen, daß nicht jeder, wie bisher, unveränderlich in einem und demselben Bezirk fege, sondern daß sie sich einander, wie es bisher schon in Absicht des hiesigen Residenzschlosses geschehen ist, überall durch Abwechselung controlliren. Zu dem Ende sollen die Schornsteinfeger Misca und Bracht jährlich auf Michaelis in den Bezirk des andern eintreten, jedoch so, daß sie bis dahin, einschließlich in ihrem bisherigen, noch fegen, um die alsdann meistens fälligen jährlichen Accordgelder annoch zu erheben. Dabey ist von ihnen zu befördern, daß in der Folge alle Accorde von Michaelis zu Michaelis einschließlich laufen, zu welchem Ende sie, mit Vorzeigung dieser Instruction, diejenigen Einwohner, mit welchen sie in Accorden stehen, die nicht mit Michaelis ablaufen, zu ersuchen haben, ihnen nächsten Michaelis für den Theil des Jahrs, welchen sie bereits accordmäßig gefegt haben, das verhältnißmäßige Lohn zu bezahlen.

§. 2.

Diese Controlle hat zur Absicht, daß derjenige, welcher in seinem Bezirk die Schornsteine nicht gehörig feget, gewärtigen muß, daß sein Nachfolger sie nicht übernehme, sondern bey der Obrigkeit Beschwerde führe, und Untersuchung, nöthigenfalls durch einen dritten unpartheyischen Schornsteinfeger, bey derselben befördere; da man nachher, wenn der Nachfolger sie einmal übernommen hat, auf keine Entschuldigung wegen angeblichen schlechten Fegens seines Vorgängers Rücksicht nehmen, sondern wenn Klage, oder gar ein Schornstein-Brand entsteht, sich immer lediglich an den zeitigen Schornsteinfeger halten wird, in soweit im letztern Fall nach der Menge des aus dem in Brand gerathenen Schornstein gebrachten Russes und in sonstiger Rücksicht dem Schornsteinfeger etwas zur Last fällt, da aus dem Rust allein, der sich durch das Feuer sehr stark ausdehnet, und da sich durch dieses auch der Glanzrust ablöset, und die Masse sich vermehrt, nicht immer bey einem Brande auf die Verschuldung des Schornsteinfegers mit Sicherheit geschlossen werden kann.

§. 3.

Die Schornsteinfeger sollen sich in ihrem Bezirk alle Viertel-Jahre, und zwar 8 Tage vor oder nach dem 1ten Jänner, April, Jul. und Octobr. einfinden, um die Ofenschornsteine jährlich zweymal und die Küchen-Schornsteine nach Erforderniß drey bis viermal zu fegen. Insofern aber z. B. bey Brennereyen, bey Beckern, oder wegen sonstiger starken Feuerung ein mehreres Fegen nöthig ist, müssen sie außerdem, zwischen den Quartalen, zur gehörigen Zeit promt das Fegen verrichten. Dabey haben sie jedesmal, sobald sie in einem Ort zum Fegen eingetroffen sind, den Hausbesitzern dieses anzuzeigen, und mit denselben wegen des Fegens, damit sich diese wegen der Feuerung darnach richten können, in gebührender Höflich-

keit

keit Abrede zu nehmen, und falls sie denselben etwas vorzustellen haben, solches mit Bescheidenheit zu thun.

§. 4.

Sie sollen über die Reinigung sämtlicher Schornsteine ein richtiges Verzeichniß führen, und diejenigen, welche nicht zur rechten Zeit fegen lassen wollen, bey ihrer jedesmaligen Anwesenheit in den Aemtern und Städten den Obrigkeiten anzeigen, auch da, wo wegen starker Feuerung das ordnungsmäßige 2, 3 bis 4 malige Fegen nicht zureicht, bey den Bewohnern das erforderliche mehrere Fegen gütlich befördern, und wenn diese es dennoch nicht wollen, es sofort den Obrigkeiten melden; sie müssen aber ihre Anzeigen so zeitig übergeben, daß die Verfügung darauf noch vor ihrem Weggehen aus dem Ort erfolgen kann. In Absicht der Schriftsäßigen haben sie ihre Beschwerden jedoch der Regierung zu übergeben.

§. 5.

Sie sind schuldig, auf die Befolgung der Feuerverordnung vom 24ten Jun. 1756 mit zu achten; und insofern sie dagegen Entgegenhandlungen, oder schadhafte Schornsteine, Röhren und Oefen und Gefahr bey deren Anlage und bey sonstigen Einrichtungen, auch feuerfangende Sachen in der Nähe der Schornsteine und Oefen wahrnehmen, die sofortige Abstellung bey den Hausbewohnern gütlich zu befördern, und nöthigenfalls, nach Befinden der Eile und der Gefährlichkeit, auch den Obrigkeiten, oder bey Schriftsäßigen der Regierung davon Anzeige zu thun. Da jedoch die Feuerordnung nur für das platte Land gegeben ist, so hängt die Verfügung auf ihre Anzeigen der befundenen Feuerordnungswidrigen Mängel und Vergehungen, in Ermangelung gesetzlicher Vorschriften, für die Städte von dem pflichtmäßigen Ermessen der Magistrate ab.

§. 6.

§. 6.

Da viele Feuersbrünste in den Ofenröhren entstehen, deren Reinigung jedoch gewöhnlich von andern Leuten, und meistens von Mauerern, und zwar von letztern am besten geschiehet, weil diese im Ort sind, die Caminfeger aber wegen Abwesenheit solche nicht so oft, als erforderlich ist, fegen, noch auch die in den Wänden gemeiniglich vermauerten Röhren, die zum Reinigen herausgenommen werden müssen, hernach wieder in jenen befestigen können; so haben sie bey sämtlichen Obrigkeiten, wie auch bey den schriftsäßigen Einwohnern selbst, die Einrichtung da, wo solche noch nicht also getroffen ist, förderſamst zu befördern, daß künftig diese Röhrenreinigung, welche bey allen Windofenröhren in hiesiger Residenz alle vier Wochen, und wo es nach der Meynung der Feuerherrn und Caminfeger wegen starken Feuers noch öfter nöthig ist, mehrmale geschehen muß, den Mauermeistern auf Eid und Pflicht übertragen, und wenn die Röhren mit Glanzruſt angefüllt seyn sollten, vermittelst des Ausbrennens derselben, da der Glanzruſt durch das bloße Fegen mit dem Besen nicht herauszubringen ist, und sonst sich in solchen gar leicht entzünden und den ganzen Schornstein in Flammen bringen kann, bewerkstelliget, und den Feuerherrn, auf die Befolgung zu achten, aufgegeben werde. Wie dann auch die Schornsteinfeger selbst, wenn sie irgendwo Nachläſſigkeit im Fegen dieser Röhren bemerken, solches gleich den Obrigkeiten, so wie in Absicht der Schriftsäßigen, der Regierung anzeigen sollen.

§. 7.

Das Fegen muß von ihnen und von ihren Gesellen, wofür sie gebührend einzustehen haben, gewissenhaft geschehen, und wenn es wegen feuchter Witterung, in welcher der Ruſt klebrig ist und sich nicht so ablöset, etwa nicht recht gelinget, solches von den Caminfegern wohl gemerkt werden, um bey dem nächsten Fegen das Zurückgebliebene getreulich nachzuholen.

Zur

Zur Bestimmung des Unterschieds des Rustes und des Glanzrustes, und wie jener herausgehackt werden solle? wird folgendes verordnet:

Die Caminfeger sollen die Wände der Schornsteine mit der Hacke Strich für Strich rein streichen, und nur alsdenn im äußersten Nothfall hauen oder hacken, wenn der Rust sich zu dick und zu fest angesetzt hat, und durch das Streichen also nicht fortgeschaft werden kann. In diesem Fall haben sie sich jedoch wohl zu hüten, daß sie den in allen Schornsteinen sich gleichsam als ein glatter dünner Ueberzug, ursprünglich ansetzenden Glanzrust, insofern er sich von der Bekleidung nicht trennen lässet, nicht loshauen, sondern solchen unberührt zu lassen, da widrigenfalls nicht nur das fernere Reinigen der Schornsteine erschweret wird, sondern auch in den von dem Einhacken entstehenden Vertiefungen sich, gefährlicher Weise, Rust klumpenweise sammlet.

Anders verhält es sich mit dem rauhen Rust, welcher sich auf jenen Ueberzug ansetzt, und fortgeschaft werden muß, weil sonst die Schornsteine verwachsen. So wenig die Caminfeger nun die Schornsteine verwachsen lassen dürfen, und vielmehr das Reinigen derselben auch auf den überflüssigen Glanzrust, der zu deren Verwachsen sehr vieles beyträgt, und sich zuweilen auch bey günstiger Witterung schälet, mit zu erstrecken haben; so müssen sie diejenigen, welche ihnen verwachsen überliefert sind, von dem schädlichen rauhen Rust, es koste was es wolle, ohne dafür eine besondere Belohnung zu verlangen, befreyen. Da dies jedoch nicht immer ohne Verletzung der Bekleidung ausführbar ist; so sollen sie dem Hausherrn zuvor die verwachsene Beschaffenheit der Schornsteine, und dabey demselben anzeigen, daß sie nicht dafür verantwortlich seyn könnten, wenn sie bey dem Aushauen des dicken Rustes in die Bekleidung geriethen und von dieser etwas mit abhackten. Falls dieser indeß ein solches nach-

drückliches Fegen ihnen nicht erlauben will, so liegt ihnen ob, da dieser schädliche Rust fort muß, den Obrigkeiten, oder bey den Schriftsäßigen der Regierung davon zur weitern Verfügung ungesäumt Anzeige zu thun. Sollte nun durch das Wegschaffen des Rustes die Bekleidung beschädiget werden, so haben sie deren Wiederherstellung zu befördern, wenn durch das Reinigen solche Vertiefungen entstanden sind, welche mit dem Schornsteinfeger-Eisen (Hacke) nicht gereiniget werden können. In diesem Falle muß bey den geschleuften Schornsteinen, an welchen die Backsteine bey dem Bau der Schornsteine treppenweise über einander vermauert sind, die Bekleidung wieder gemacht werden. Bey den gerade aufgeführten Schornsteinen ist aber dieses, wenn sie übrigens stark genug sind, nicht unumgänglich nöthig, weil das Uebrige der Bekleidung, insofern es jene Reinigung verhindert, mit weggenommen werden darf.

Ferner müssen sie sich insbesondere bey dem Fegen der Schornsteine von Leimsteinen in Acht nehmen, da bey gutgemachten Schornsteinen von Mauer- oder Backsteinen der Leimen, womit sie meistens nur dünne überzogen sind, sich allenfalls durch das Fegen ohne Gefahr ablösen kann; bey Leimensteinen aber starkes Fegen und Hauen immer gefährlich ist, weil dadurch Löcher entstehen, worin sich der Rust fest setzt.

Da endlich der über die Ofenlöcher sich ansetzende Rust wegen der aus dem Ofen herausschlagenden Flamme am gefährlichsten ist; so wird es gut seyn, wenn die Hauswirthe den rauhen Rust über den Ofenlöchern, so weit hinauf gereichet werden kann, in den Zwischenzeiten, worin die Schornsteine nicht gefegt werden, oft mit einem Besen abkehren, und falls sie nichts desto weniger, wie jedoch bey zeitigem und gehörigem Fegen nicht zu erwarten ist, über die Ofenlöcher Glanzrust ansetzen sollte, solchen, so weit er erreichbar ist, mit dünne gemachten Leim oder Sparkalk überstreichen, und nach 8 Tagen den

Leim

Leim wieder abkratzen lassen, da dann der Glanzruft zugleich mit abfällt. Die Schornsteinfeger haben daher die Anwendung dieser Vorsichtsmaaßregeln da, wo sie sie nöthig halten, insbesondere zu empfehlen und zu befördern.

§. 8.

Wenn alte Schornsteine verändert oder verlegt, oder neue aufgeführet werden; so sollen die Schornsteinfeger solche vorher, ehe sie gebraucht werden, besteigen, um sie von dem darin zurückgebliebenen Bauschutt, gegen eine von den Hausbesitzern ihnen zu gebende billige Vergütung, zu reinigen; und versiehet man sich zu den Obrigkeiten, daß sie mit den Feuerherrn hierauf halten werden.

§. 9.

Die Schornsteinfeger dürfen nach der Verordnung vom 1ten Jun. 1779, die Unterthanen nicht in Gelde übernehmen, noch Essen und Trinken verlangen, und keine Nebenforderungen machen, sondern müssen sich, insofern nicht durch besondere Contracte ein anderes ausgemacht und die Speisung bedungen ist, mit der ordnungsmäßigen Gebühr begnügen, nach welcher ihnen auf dem platten Lande für das Fegen

eines Brauschornsteins . .	6 mgr.
eines Küchenschornsteins . .	6 mgr.
eines Ofenschornsteins mit einer Röhre .	6 mgr.
und ohne solche . . .	4 mgr.

zukommt. Falls sie ein mehreres verlangen, oder von Seiten der Feuerherrn, welche auf die gehörige Erfüllung ihrer Pflicht mit zu achten haben, oder von sonst jemand Klage über sie entstehet; so sollen sie der strengsten Untersuchung und der verdienten Ahndung da, wo sie sich vergangen haben, unterworfen seyn, und bey Schriftsäßigen solche von der Regierung gewärtigen.

§. 10.

Wenn ein Schornsteinfeger krank wird, und das Reinigen der Schornsteine weder von ihm noch seinen Gesellen in der bestimmten Zeit vollzogen werden kann; so soll er das Fegen für das mal dem andern Schornsteinfeger übertragen, und dieser schuldig seyn, solches ohnweigerlich gegen Bezahlung der Zehrungskosten täglich zu 12 mgr. mit zu übernehmen, und den Ueberschuß dem kranken Schornsteinfeger getreulich zustellen.

§. 11.

Gleichwie die Schornsteinfeger dieser Instruction, wie sie eidlich angelobet haben, bey willkührlicher Bestrafung und dem Befinden nach bey Cassation genau nachleben sollen; so wird ihnen, in gehöriger Erfüllung ihrer Pflicht, der erforderliche obrigkeitliche Schutz nicht entstehen; und soll diese Instruction zu allgemeiner Wissenschaft und Beachtung in das Lippische Intelligenzblatt eingerücket werden. Detmold den 9ten Jun. 1795.

Fürstlich Lippische Regierung
daselbst.

Num. LXI.

Verordnung, den Verkauf der Feldfrüchte auf dem Halm betreffend, von 1795.

Da bey den jetzigen theuren Preisen zu besorgen ist, daß den, wegen des verbotenen Verkaufs der Feldfrüchte auf dem Halm, ergangenen Verordnungen zuwider entweder schon Contracte geschlossen seyn, oder noch geschlossen werden dürften: so wird mit Erneuerung derselben hiermit vor der Errichtung dergleichen nichtigen Contracte bey Vermeidung der schweren gesetzlichen Strafen gewarnt, und demjenigen, der eine bereits geschehene oder annoch geschehende Entgegenhandlung so anzeigen wird, daß die angedrohete Strafe ad 50 Gfl. erfolgen kann, ein Drittheil der angesetzt werdenden Geldstrafe zur Belohnung mit Verschweigung seines Namens andurch zugesichert. Damit jedoch der Inhalt der desfalsigen Verordnungen desto allgemeiner in Erinnerung gebracht werde: so haben die Obrigkeiten denselben sofort wieder näher bekannt machen zu lassen. Detmold den 14ten Jul. 1795.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. LXII.

Verordnung, das Brodtbacken von unreifen Rocken betreffend, von 1795.

Es ist zu befürchten, daß bey jetziger Korntheurung unreifer Rocke gemähet, in Oefen gedörret, gemahlen und zu Brodt verbacken werde. Da aber der Genuß dieses Brodts der Gesundheit sehr schädlich ist, selbst tödtliche Krankheiten veranlaßt, und am Mehl viel verlohren gehet; so wird davor mit Erneuerung der Verordnung vom 23ten Jul. 1771 hiemit gewarnet. Detmold den 21ten Jul. 1795.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. LXIII.

Verordnung, die nicht nach dem Conventionsfuß ausgeprägten Münzen betreffend, von 1795.

Es ist Beschwerde geführt worden, daß fremde und selbst alte abgeschliffene Scheidemünzen oft und insbesondere von städtischen Receptoren an die herrschaftlichen Kassen eingesandt werden. In Beziehung auf die bisher erlassenen Edicte wird daher verordnet, daß überall in den öffentlichen Kassen keine auswärtige Scheide- noch andere schlechte nach dem Conventionsfuß nicht ausgeprägte Münzen angenommen, noch weniger aber die bey den Hauptrendanten eingehenden Geldrollen, welche immer nur die auf den Geldtuten angegebenen Münzsorten enthalten müssen, bey willkührlicher Strafe damit vermischt werden, vielmehr die Empfänger, welche bey Oefnung der Geldtuten dergleichen verbotene Münzen finden, auf die von ihnen geschehende Anzeige gewärtigen sollen, daß der erste Einsender der Rolle zur Umwechselung jener Münzen in Conventionsgeld mit Verurtheilung in Strafe und Kosten angehalten werden wird. Dagegen soll es erlaubt seyn, einheimische Scheidemünzen in den öffentlichen Hebungen der Abgaben von den Unterthanen anzunehmen und an die Hauptkassen einzusenden. Detmold den 25ten August 1795.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. LXIV.

Num. LXIV.

Verordnung wegen der ganzen und halben Kopfstücke, von 1795.

In der Verordnung vom 25ten v. M. im 35ten Stück der diesjährigen Intelligenzblätter ist zwar schon nicht nur das Annehmen auswärtiger Scheide-, sondern auch anderer schlechten nach dem Conventionsfuß nicht ausgeprägten Münzen in den herrschaftlichen Kassen verboten worden.

Geschehener Anzeige zufolge dringen aber neuerlich die sogenannten Kopfstücke, welche großentheils ohne Bemerkung des Conventionsfußes geschlagen sind, häufig in hiesiger Grafschaft durch auswärtige Einwechselungen ein. Da nun diese Kopfstücke, ohne Rücksicht, ob sie dem Conventionsfuß gemäß ausgeprägt sind, oder nicht, anjetzt im Cours $1\frac{1}{3}$ bis $1\frac{1}{2}$ Procent schlechter stehen, die öffentlichen Kassen durch deren ferneren Annahme Nachtheil leiden würden; so wird hierdurch verordnet, daß die Rendanten der Aemter und Städte und andere herrschaftliche Erheber alle und jede ganze und halbe Kopfstücke ohne Unterschied künftig nicht weiter in öffentlichen Abgaben annehmen, noch nach Verlauf von 8 Tagen an die herrschaftlichen Kassen einsenden sollen. Dann wird auch den Generalrendanten hiemit ein vierwöchentlicher Zeitraum bestimmt, worin sie sich von den noch zunächst eingehenden Kopfstücken nach und nach in billiger Vertheilung losmachen müssen. Wornach sich also bey willkührlicher Ahndung sämtliche Rendanten zu achten haben. Detmold den 29ten Septbr. 1795.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. LXV.

Num. LXV.

Weitere Verordnung wegen der ganzen und halben Kopfstücke, von 1795.

Es ist zwar durch das Circular-Rescript vom 29ten Sept. d. J. verordnet, daß die häufig coursirende ganzen und halben Kopfstücke, da sie im Cours gegen andere Conventionsmünze, besonders bey Goldumwechselungen, verlieren, nicht weiter in den herrschaftlichen Kassen angenommen werden sollen; da aber, geschehener Anzeige zufolge, diese Münzsorten größtentheils durch den Linnenhandel in das Land gebracht werden, und da sich bey einer vorgenommenen Prüfung gezeigt hat, daß die vorgedachten 20 und 10 Kreuzerstücke nach dem Conventionsfuß, es mag dies darauf bemerkt seyn oder nicht, geschlagen sind, daß sie auch nur durch den vieljährigen Umlauf, wie dies der Fall bey allen Münzen ist, an ihrem Werth ohngefähr einen bis 1½ Heller verlohren haben: so wird jene Verordnung hiemit dahin gemäßigt, daß es den Unterthanen vorerst frey gelassen werde, ihre Abgaben, die sie in Silbergelde bezahlen, halb in erwähnter und halb in anderer Conventionsmünze zu entrichten. Detmold den 3ten Nov. 1795.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. LXVI.

Gesinde-Ordnung, von 1795.

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm Leopold, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc.

Die Gesinde-Ordnung vom 6ten Februar 1752. Num. XXIX. des 2ten Bandes der Lippischen Landesverordnungen ist für verschiedene Fälle, die sie enthält, nicht bestimmt genug, für einige aber, wofür sie es ist, nach jetzt veränderter Denkungsart und Sitte nicht mehr anwendbar; unvollständig ist sie dabey, weil sie vieles nicht bestimmet, was sie doch bestimmen sollte. Es sind daher über die Verbesserung derselben, oder vielmehr über eine ganz neue Gesetzgebung in diesem Fache durch Unsere Regierung von den Aemtern und Magistraten gutachtliche Berichte eingezogen, deren Inhalt ist geprüft worden, und über die besten Vorschläge mit getreuen Ständen der Ritterschaft und Städte Berathung gepflogen. Hiernach haben Wir also beschlossen, eine neue Gesinde-Ordnung nach dem guten Muster der Bestimmung der Rechte und Pflichten der Herrschaften und des Gesindes im 5ten Titel des 2ten Theils des Königlich Preußischen Gesetzbuches entwerfen und ergehen zu lassen, wie sie hier folget. Zugleich heben Wir aber auch alle vorigen, das Gesindewesen betreffenden, gesetzlichen Vorschriften und namentlich die oben angezogene Gesinde-Ordnung vom Jahr 1752 hiedurch ausdrücklich auf,

und

und weisen Herrschaften und Gesinde lediglich an diese neue Verordnung, um daraus ihre gültigen Rechte und Verbindlichkeiten zu ersehen.

§. 1.

Damit es den Einwohnern dieser Grafschaft nicht an dem nöthigen Gesinde fehle, so erneuern Wir insbesondere in Absicht der ledigen dienstfähigen Personen, statt der durch die Verordnung vom 4ten Jul. 1780 eingeführten und nach den nachherigen nähern Bestimmungen vom 23ten Jan. 1781 und vom 2ten Jul. 1782 fast nirgends von ihnen erhobenen Abgaben, den ersten Paragraph des Edicts vom 12ten November 1749 wegen der Häuslinge und Einlieger, wornach

> keiner von Unsern Unterthanen und Landeseinwohnern, so wenig in den Städten und Flecken, als auf dem platten Lande, einige Häuslinge oder Einwohner, es seyen Fremde, oder Einheimische, ledige oder verheirathete Manns- oder Frauenspersonen, aufzunehmen befugt seyn soll, ehe und bevor in den Städten bey Burgermeister und Rath, auf dem platten Lande aber bey Unsern Drosten und Beamten in den Amtstuben davon gehörige Anzeige geschehen, und der Hauswirth, nach genugsamer Untersuchung der Beschaffenheit der angegebenen Personen, ihr Herkommen, Handthierung, Nahrung, auch christliches Leben und Wandel betreffend, deshalb nicht nur einen Schein erhalten, sondern auch für den Betrag und die Abführung der von dem Einlieger zu bezahlenden Abgaben für das Jahr Sicherheit geleistet hat,

in folgender Art:

Keine Obrigkeit darf den Erlaubnißschein zur Aufnahme, insbesondere der ledigen Einlieger, ertheilen, außer

1) Wenn diese alt, gebrechlich, oder sonst zum Dienen nicht tauglich sind;

2) Wenn, und wenigstens vorerst, so lange sie aus hinlänglichen Gründen sich zu vermiethen verhindert sind, wie z. B. Dienstboten, welche wegen eingetretener Krankheit, oder aus andern zureichenden Ursachen nicht haben zugehen können; Frauenspersonen, welche Kinder säugen, u. d. gl. mehr.

3) An ledige Personen beyderley Geschlechts, welche ein Handwerk oder eine andere gute Handthierung, wozu auch Tagelöhner, wenn es daran fehlet, gehören, zum nützlichen Erwerb, oder zur Verpflegung ihrer Angehörigen treiben.

In diesen dreyen Fällen geschiehet die Aufnahme der ledigen Einlieger, nach vorgängiger obgedachten Untersuchung, ohne Erlegung der vorhin erwähnten Abgabe, die also für künftig ganz wegfällt, da die Aufnahme derselben in allen übrigen Fällen gar nicht statt findet.

§. 2.

Es sollen auch junge dienstfähige Personen beyderley Geschlechts sich nicht ohne Anzeige, Erlaubniß und Paß der Obrigkeiten außer Landes vermiethen, damit diese nach den jedesmaligen Zeitumständen ermessen können, ob entbehrliches Gesinde vorhanden ist. Dabey sollen aber die Obrigkeiten nicht ohne Noth in die natürliche Freyheit eingreifen, und in solchen Fällen, wo sie die Erlaubniß verweigern, dies praevia causae cognitione ad protocollum thun.

Dagegen sollen diejenigen, welche ohne Anzeige, Erlaubniß und Paß sich äußer Landes in Dienste begeben, mit 3 bis 5 Gfl. oder 3 bis 5tägigem Gefängniß bestraft werden.

§. 3.

§. 3.

Damit sich nun die Söhne und Töchter der Unterthanen in den Städten und auf dem platten Lande zur künftigen eigenen Haushaltungsführung desto fähiger machen; so sollen die Eltern diejenigen ihrer diensttauglichen Kinder, die sie entbehren können, vor ihrer Verheirathung wenigstens zwey Jahre lang bey andern dienen lassen.

Da aber, außer der Unentbehrlichkeit, auch auf die Gelegenheit zur guten oder schlechten Aufführung der Kinder in dem elterlichen Hause, oder auf andere eintretende Umstände Rücksicht zu nehmen ist, deren Erwägung hauptsächlich von dem Localbefinden der Obrigkeiten abhängt; so soll in solchen Fällen denselben, ohne daß es einer Berichtserstattung und höhern Dispensation bedarf, auf ihre Pflicht überlassen seyn, aus zureichenden Gründen, welche jedoch jedesmal umständlich zu Protocoll zu nehmen sind, das verordnete Dienen ganz oder zum Theil zu erlassen. Dagegen werden diejenigen Eltern, welche ohne dergleichen Gründe und ohne desfalls oberlich gestattete Ausnahme sich in Befolgung jener gesetzlichen Vorschrift Pflichtswidrigkeiten zu Schulden kommen lassen, mit einer angemessenen Geld- oder Leibesstrafe belegt, und haben deren Kinder auf dem platten Lande zu bedenken, daß, da Mangel an Einsicht und gutem Willen selbst Unfähigkeit zum Colonats-Antritt und Ausschließung davon, in Gemäßheit des Edicts vom 24ten September 1782. Nr. XIV. des 3ten Bandes der Lippischen Landesverordnungen zur Folge haben kann, sie es sich selbst beyzumessen haben, wenn die Gelegenheit, jenen Mangel durch Dienen zu verbessern, von ihnen nicht benutzt worden ist.

§. 4.

Kinder noch unter elterlicher Gewalt dürfen ohne Einwilligung der Eltern, und Minderjährige nicht ohne die ihres Vormundes sich

vermiethen, und wenn sie nur auf eine bestimmte Zeit gegeben worden, so ist sie auch dann zu deren Verlängerung nöthig. Sonst ist in jenem und diesem Fall der Miethcontract, wenn von den Eltern oder dem Vormund Widerspruch dagegen geschiehet, jedoch mit Vorbehalt oberlichen Ermessens, ungültig.

§. 5.

Diejenigen, welche sich vermiethen wollen, müssen der Herrschaft, bey der sie sich dazu angeben, auf deren Verlangen ein Zeugniß ihrer bisherigen guten Aufführung, oder auch der Geschicklichkeit zu den Arbeiten, wozu sie sich vermiethen, beybringen.

§. 6.

Eben so sollen schon gewesene Dienstboten bey Antritt des neuen Dienstes die rechtmäßige Verlassung des vorigen ihrer neuen Herrschaft bescheinigen.

§. 7.

Durch das Geben und Annehmen des Miethgeldes wird der Miethcontract geschlossen, und ist die Herrschaft sowohl, als der Dienstbote zu dessen Erfüllung verbunden.

§. 8.

Nur dann ist es die Herrschaft nicht, wenn nach dem Miethen eine schlechte Aufführung des Dienstboten, oder eine Unfähigkeit desselben zu dem Dienste, wozu das Miethen geschehen, entstanden ist, da sie denn auch bey so sich aufhebendem Miethcontract das Miethgeld zurückfordern kann.

§. 9.

§. 9.

Auch nur dann ist das Gesinde zum Antreten des Dienstes nicht verbunden, wenn es durch einen Zufall ohne seine Schuld daran verhindert wird, in welchem Fall die Herrschaft mit Zurückgabe des Miethgeldes sich begnügen muß. Erhält aber weibliches Gesinde vor dem Antritt des Dienstes Gelegenheit zu heirathen: so stehet demselben frey, eine andere taugliche Person an seiner Statt zu stellen; könnte es jedoch das nicht; so ist es schuldig, den Dienst auf ein Vierteljahr anzutreten.

§. 10.

Weigert sich die Herrschaft, das Gesinde anzunehmen, so muß sie die Obrigkeit dazu, oder zur Entschädigung für die Zeit des Miethcontracts, worin es keinen andern Dienst erhalten kann, schuldig erkennen, und verliehrt sie dabey das Miethgeld.

§. 11.

Will der Dienstbote den Dienst nicht antreten, so muß ihn die Obrigkeit auf Verlangen der Herrschaft, auch, wenn es nöthig, durch Zwangsmittel anhalten, und beharret er dennoch in seiner Weigerung, und die Herrschaft muß einen andern Dienstboten an seine Stelle mit mehreren Kosten annehmen, so muß er diesen Schaden ersetzen und das Miethgeld zurückgeben.

§. 12.

Hat sich ein Dienstbote bey mehreren Herrschaften zugleich vermiethet; so hat diejenige, welche zuerst das Miethgeld gegeben hat, den Vorzug. Die Herrschaft, welche nachstehen muß, oder sich ihres Anspruchs freywillig begiebt, kann das Miethgeld zurückfordern, auch muß ihr, wenn sie die frühere Vermiethung nicht gewußt hat,

der

der Dienstbote den Schaden ersetzen, welcher daraus entstehet, daß sie ein anders Gesinde für höheren Lohn miethen muß. Die Herrschaft, bey welcher der Dienstbote bleibt, muß auf Verlangen den Betrag des Schadens und das zurückgebende Miethgeld von seinem Lohn erforderlichen Falls nach obrigkeitlicher Bestimmung abziehen, und es der andern Herrschaft zustellen, und überdem wird solcher Dienstbote von der Obrigkeit nachdrücklich bestrafet.

§. 13.

Die Zeit und der Tag des Dienstantritts und die Dauer der Dienstzeit muß beym Miethen ausdrücklich vereinbaret werden, und ist es die letzte erweißbar nicht; so wird die eines halben Jahres sowohl in den Städten und Flecken, als auf dem Lande als vereinbaret angenommen. Tritt ein Dienstbote an dem vereinbarten Tage seinen Dienst nicht wirklich an, so ist der Dienstherr befugt, für jeden Tag später am Lohn des Knechts oder der Magd das Tagelohn, welches an jedem Ort bey der Kost gebräuchlich ist, zu kürzen. Das Abgehen des Gesindes geschiehet am Tage nach Ostern und Michaelis, oder am Tage nach Petri, Johannis und Martini, je nachdem die Dienstzeit abläuft.

§. 14.

Die Bestimmung des Lohns und der Kost, oder des Kostgeldes, wird auch der Vereinbarung beym Schließen des Miethcontracts überlassen. Entstünde aber Beschwerde der Herrschaft, über zu vieles Fordern in der Kost, oder die des Gesindes über zu Weniges oder zu Schlechtes geben derselben, so muß die Obrigkeit nach dem Gebrauch in guten Haushaltungen, jedoch mit Rücksicht auf die Vermögens-Umstände der Herrschaft, entscheiden, und nach Beschaffenheit des Falls für billiges Verhalten der Herrschaft und für auch billiges Zufriedenseyn des Dienstboten ernstlich verfügen. Es dürfen

aber

aber bey willkührlicher Strafe keinem Knecht statt des Lohns Ländereyen seines Dienstherrn zum Besäen mit Korn überlassen werden, und ist es auch den Knechten bey gleicher Strafe verboten, darauf zu contrahiren. Es bleibt jedoch das Leinsäen auf des Dienstherrn Land für Knechte und Mägde, wenn sie sich mit jenem desfalls darüber vereinbaren, erlaubt.

§. 15.

Wenn das Miethen des Gesindes nicht zu bestimmten Geschäften mit Ausschließung anderer geschehen ist; so muß es alle häusliche Verrichtung nach dem Willen der Herrschaft und in der Ordnung es thun, die sie ihm vorschreibt.

§. 16.

Das Gesinde ist schuldig, seinen Dienst treu, fleißig und aufmerksam zu verrichten, und wenn es dabey mit Vorsatz, oder aus grobem Versehen, der Herrschaft Schaden zufüget, solchen zu vergüten. Die Herrschaft kann sich deswegen von dem Lohn des Gesindes entschädigen, und wenn daraus, oder aus anderem Vermögen desselben der Ersatz nicht geschehen kann, so muß der Dienstbote dafür auf eine nach dem Lohn und Schadensbetrag zu bestimmende Zeit unentgeldlich fortdienen, falls sich derselbe nicht schon anderweit ordnungsmäßig vermiethet hat. Wäre dies aber schon geschehen, so kann bey der Obrigkeit Beschlag auf den künftigen Lohn des Dienstboten bey seiner neuen Dienstherrschaft nachgesucht werden.

§. 17.

Das Gesinde ist auch schuldig, außer seinem Dienst, der Herrschaft Bestes zu befördern und Schaden und Nachtheil, so viel es kann, abzuwenden.

§. 18.

Es muß also auch, wenn es Untreue des Nebengesindes bemerket, solche der Herrschaft anzeigen, und thut es das nicht, für allen Schaden, den es durch die Anzeige hätte verhüten können, wenn der Schuldige dazu das Vermögen nicht hat, selbst haften.

§. 19.

Eigene Untreue des Gesindes gegen seine Herrschaft durch Entwendung, es sey an Eßwaaren, oder anderm, was zu deren Eigenthum gehört, soll nach Beschaffenheit des Falls mit Gefängniß, mit Anschließen an den Diebespfahl, oder mit dem Zuchthaus bestrafet werden.

§. 20.

Das Gesinde darf ohne Vorwissen und Genehmigung der Herrschaft, auch für seine eigene Angelegenheiten, sich nicht aus dem Hause entfernen, noch auch die dazu erhaltene Erlaubniß überschreiten.

§. 21.

Die Befehle der Herrschaft und ihre Verweise muß das Gesinde ehrerbietig und bescheiden annehmen, und kann, wenn es dieselbe durch ungebührliches Betragen zum Zorn reizt, und darin von ihr mit Scheltworten oder geringen Thätlichkeiten behandelt wird, dafür keine gerichtliche Genugthuung fordern. Auch darf sich das Gesinde der Herrschaft nie thätlich widersetzen, außer dem Fall, wenn das Leben oder die Gesundheit des Dienstboten durch Mißhandlungen der Herrschaft in gegenwärtige oder unvermeidliche Gefahr käme, in welchem jenem, wenn er durch die Flucht nicht ausweichen kann, die Nothwehr unbenommen bleibt.

§. 22.

§. 22.

Wenn das Gesinde sich gegen seine Herrschaft vergeht, so wird es nach Beschaffenheit des Falls mit Gefängniß, oder auch noch härter bestrafet, und die Herrschaft ist befugt, die Arbeit, welche der Dienstbote während der Strafe nicht verrichten kann, durch einen andern, auf dessen Kosten, besorgen zu lassen.

§. 23.

Dagegen ist auch die Herrschaft schuldig, dem Gesinde Lohn und versprochene Kleidung zur bestimmten Zeit, und die Kost, wie sie an jedem Ort gebräuchlich ist, bis zur Sättigung zu geben.

§. 24.

Die Herrschaft muß dem Gesinde nicht mehrere noch schwerere Dienste zumuthen, als es nach seiner Leibesbeschaffenheit und nach seinen Kräften leisten kann. Sie muß ihm auch die nöthige Zeit zum Abwarten des öffentlichen Gottesdienstes lassen, selbst dazu es fleißig anhalten.

§. 25.

Zieht ein Dienstbote durch den Dienst oder bey Gelegenheit einer Dienstverrichtung ohne sein Verschulden sich eine Krankheit oder körperliche Verletzung zu: so ist die Herrschaft schuldig, für seine Cur und Verpflegung zu sorgen, ohne dafür demselben an seinem Lohn etwas abziehen zu dürfen.

§. 26.

Außer solchem Fall ist die Herrschaft nur alsdann zur Vorsorge für kranke Dienstboten verpflichtet, wenn dieselbe keine Verwandten in der Nähe haben, welche sich ihrer anzunehmen vermögend

und nach dem Gesetze schuldig sind. Verweigerten aber die Verwandten diese Pflicht, so muß die Herrschaft dieselbe bis nach obrigkeitlicher Verfügung oder gütlicher Vereinbarung darüber übernehmen, und kann, wenn sie will, die Curkosten von dem Lohn des Dienstboten abziehen, oder sich solche von demselben oder von seinen Verwandten, wenn sie dazu schuldig erkannt werden, erstatten lassen.

§. 27.

Tritt die Krankheit erst am Ende der Dienstzeit ein, so hört mit dieser zwar die äußere Verbindlichkeit der Herrschaft für die Cur und Pflege des kranken Dienstboten zu sorgen auf, nur muß sie davon der Obrigkeit des Orts zeitige Anzeige thun, damit diese für das Unterkommen eines so verlassenen Kranken sorgen könne. Auch darf in keinem Fall bey willkührlicher Strafe der Kranke eher, als bis es ohne Gefahr für seine Gesundheit geschehen kann, außer Haus gebracht werden.

§. 28.

Ist aber der Dienstbote durch Mißhandlungen oder auf sonstige Veranlassung der Herrschaft ohne sein grobes Verschulden an seiner Gesundheit beschädiget worden, so muß sie ihn, nach den allgemeinen Vorschriften der Gesetze, schadlos halten. Wie denn auch dem Gesinde für solche Beschimpfung und üble Nachreden, wodurch ihm sein künftiges Fortkommen erschweret wird, gerichtliche Genugthuung gebühret.

§. 29.

Einseitig kann der Miethcontract während der Dienstzeit nicht aufgehoben werden, und welcher Theil nach Ablauf derselben ihn nicht weiter fortsetzen will, muß ihn drey Monathe vor Ablauf der

Dienst-

Dienstzeit aufkündigen. Ist dies nicht geschehen, so wird dadurch der Miethcontract auf die nämliche Zeit, worauf er zuerst ward, für verlängert gehalten.

§. 30.

Wenn das Gesinde vor Ablauf der Dienstzeit ohne gesetzmäßige Ursache den Dienst verläßt, so muß es von der Obrigkeit durch Zwangsmittel zu dessen Fortsetzung angehalten, auch noch darüber mit Gefängniß, und geschähe die heimliche Dienstverlassung wiederholend, mit dem Zuchthaus bestrafet werden. Die Herrschaft kann dann in der Zeit der Abwesenheit des Dienstboten dessen Arbeit auf seine Kosten durch einen andern besorgen lassen, auch, will sie ihn nicht wieder annehmen, einen andern an seine Stelle miethen, und muß jener die mehreren Kosten erstatten. Hätte ein anderer den Dienstboten zu solcher Contractswidrigen Dienstverlassung verleitet; so wird derselbe von der Obrigkeit dafür ernstlich bestrafet.

§. 31.

Gleich und ohne Aufkündigung kann die Herrschaft ein Gesinde entlassen:

a) Wenn dasselbe sich beharrlich ungehorsam und widerspenstig gegen die Herrschaft bezeigt, oder diese und deren Familie gar durch Thätlichkeiten, Schimpf- und Schmähworte, oder ehrenrührige Nachreden beleidigt, oder durch boshafte Verhetzungen Zwistigkeiten in der Familie anzurichten sucht.

b) Wenn sich dasselbe in wirklicher Unzucht betreten läßt.

c) Wenn es die Kinder der Herrschaft zum Bösen verleitet, oder verdächtigen Umgang mit ihnen pflegt.

d) Wenn es sich des Diebstahls oder der Veruntreuung gegen die Herrschaft schuldig macht, oder sein Nebengesinde dazu verleitet.

e) Wenn es auf der Herrschaft Namen, ohne deren Vorwissen, Geld oder Waaren auf Borg nimmt.

f) Wenn es sich zur Gewohnheit macht, ohne Vorwissen und Erlaubniß der Herrschaft über Nacht aus dem Hause zu gehen, oder gar zu bleiben.

g) Wenn es gegen vorherige Warnung in Scheunen, Ställen, Holzhöfen, Mistphälen, auf Dreschdiehlen, Böden, Vorrathskammern, oder an andern Orten, wo leicht feuerfangende Sachen liegen, Taback raucht, oder an solche Orte mit offener Lampe oder Licht gehet, oder sonst Feuer und Licht nicht gehörig verwahret; ohne vorhergegangene Warnung aber, wenn durch dessen Fahrlässigkeit Feuer entstanden ist, oder wenn es sich auch eine solche unverzeihliche Unvorsichtigkeit, die den Ausbruch des Feuers ohne Eintretung eines glücklichen Zufalls veranlasset haben würde, zu Schulden kommen läßt.

h) Wenn ein Gesinde weiblichen Geschlechts schwanger wird; in welchem Fall jedoch der Obrigkeit vorher Anzeige davon geschehen muß.

i) Wenn die Herrschaft von dem Gesinde bey der Annahme durch Vorzeigung falscher Zeugnisse hintergangen worden ist.

§. 32.

Das Gesinde kann den Dienst ohne vorhergehende Aufkündigung verlassen:

a) Wenn es durch Mißhandlung der Herrschaft in Gefahr des Lebens oder der Gesundheit versetzt worden.

b) Wenn die Herrschaft dasselbe auch ohne solche Gefahr, jedoch mit ausschweifender und ungewöhnlicher Härte, behandelt hat.

c) Wenn die Herrschaft dasselbe zu Handlungen, welche wider die Gesetze und gute Sitten laufen, hat verleiten oder es vor

der-

dergleichen unerlaubten Anmuthungen gegen Personen, die zur Familie gehören, nicht hat schützen wollen.

d) Wenn die Herrschaft dem Gesinde das Kostgeld gänzlich vorenthält, oder ihm selbst die nothdürftige Kost verweigert.

§. 33.

Vor Ablauf der Dienstzeit, aber doch nach vorheriger, auf einen Zeitraum von vier Wochen eingeschränkten Aufkündigung, kann die Herrschaft einen Dienstboten entlassen:

a) Wenn demselben die nöthige Geschicklichkeit zu den nach seiner Bestimmung ihm obliegenden Geschäften ermangelt.

b) Wenn das Gesinde ohne Erlaubniß der Herrschaft seines Vergnügens wegen auszulaufen, oder ohne Noth über die erlaubte Zeit oder zu den Geschäften erforderliche Zeit auszubleiben pflegt, oder sonst den Dienst muthwillig oder gröblich vernachlässiget.

c) Wenn der Dienstbote dem Trunk, oder dem Spiele oder der Liederlichkeit ergeben ist, oder durch Zänkereyen, oder Zusammenhängereyen mit seinem Nebengesinde, oder durch Aufwiegelungen desselben den Hausfrieden stöhret, und sich von solchem Betragen auf geschehene Ermahnung nicht bessert.

§. 34.

Dienstboten können vor Ablauf der Dienstzeit, jedoch nach vorheriger Aufkündigung von vier Wochen, den Dienst verlassen:

a) Wenn die Herrschaft den bedungenen Lohn in den festgesetzten Terminen nicht richtig bezahlt.

b) Wenn die Herrschaft das Gesinde einer öffentlichen Beschimpfung eigenmächtig aussetzt.

c)

c) Wenn der Dienstbote durch Heirath oder auf andere Art zur Anstellung einer eigenen Wirthschaft Gelegenheit erhält, die er durch Ausdaurung der Miethzeit versäumen müßte, jedoch eine andere taugliche Person in seine Stelle ausmittelt.

§. 35.

In allen Fällen, wo die Herrschaft einen Dienstboten während der Dienstzeit mit oder ohne Aufkündigung zu entlassen berechtiget ist, kann der Dienstbote Lohn und Kost oder Kostgeld nur nach Verhältniß der Zeit fordern, wo er wirklich gedienet hat, und das gilt auch von denjenigen Fällen, wo der Dienstbote zwar vor Ablauf der Dienstzeit, aber doch nach vorheriger Aufkündigung, den Dienst verlassen kann.

§. 36.

In Fällen, wo der Dienstbote sofort und ohne Aufkündigung den Dienst zu verlassen berechtiget ist, muß ihm Lohn und Kost für drey Monathe, wofern die noch übrige Dienstzeit nicht früher abläuft, vergütet werden.

§. 37.

Eine Herrschaft, die aus andern, als gesetzmäßigen Ursachen das Gesinde vor Ablauf der Dienstzeit entläßt, muß von der Obrigkeit dasselbe wieder anzunehmen und den Contract fortzusetzen angehalten werden. Weigert sie sich dessen beharrlich, so muß sie dem Dienstboten den Lohn auf die noch rückständige Dienstzeit bezahlen, auch bis dahin für die Kost sorgen.

§. 38.

Kann aber das Gesinde noch vor Ablauf der Dienstzeit ein anderweitiges Unterkommen erhalten, so erstreckt sich die Vergütungs-

Ver-

Verbindlichkeit der Herrschaft nur bis zu diesem Zeitpunct, und weiter hinaus nur in so fern, als das Gesinde sich in dem neuen Dienst mit einem geringern Verdienste hat begnügen müssen.

§. 39.

Ist die Herrschaft das entlassene Gesinde wieder anzunehmen bereit, das Gesinde hingegen weigert sich, den Dienst wieder anzutreten, so kann letzteres in der Regel gar keine Vergütung für die noch übrige Dienstzeit fordern.

§. 40.

Weiset aber das Gesinde einen solchen Grund seiner Weigerung nach, weswegen es seines Orts den Dienst zu verlassen berechtiget seyn würde; so gebühret demselben die §. 36. bestimmte Vergütung. Kann aber das Gesinde den vorherigen Dienst wegen eines inzwischen erhaltenen anderweitigen Unterkommens nicht wieder antreten, so findet die Vorschrift §. 38. statt.

§. 41.

Das abgehende Gesinde ist schuldig, alles, was ihm zum Gebrauch in seinen Geschäften, oder sonst zu seiner Aufbewahrung anvertrauet worden, der Herrschaft richtig zurück zu liefern, und auch während seiner Dienstzeit den daran durch seine Schuld entstandenen Schaden derselben zu vergüten.

§. 42.

Bey dem Abzuge ist die des Schreibens kundige Herrschaft dem Gesinde einen schriftlichen Abschied und ein der Wahrheit gemäßes Zeugniß über seine geleisteten Dienste zu ertheilen schuldig.

§. 43.

Werden dem Gesinde in diesem Abschied Beschuldigungen zur Last gelegt, die sein weiteres Fortkommen hindern würden; so kann

es auf richterliche Untersuchung antragen, und wird dabey die Beschuldigung ungegründet gefunden, so muß die Obrigkeit dem Gesinde den Abschied auf Kosten der Herrschaft ausfertigen lassen, und letzterer, außer der sonstigen rechtlichen Verfügung wegen der zur Last gelegten Beschuldigung, fernere üble Nachrede bey nahmhafter Geldstrafe untersagen.

§. 44.

Hat hingegen die Herrschaft einem Gesinde, welches sich grober Laster und Veruntreuungen schuldig gemacht hat, das Gegentheil wider besseres Wissen bezeuget; so muß sie für allen einem Dritten daraus entstandenen Schaden haften. Die folgende Herrschaft kann sich also auch an sie wegen des derselben durch solche Laster oder Veruntreuungen des Dienstboten verursachten Nachtheils halten, und soll überdem solche Herrschaft mit einer, nach Beschaffenheit des Falls zu bestimmenden, Geldstrafe belegt werden.

§. 45.

Jede Herrschaft und jedes Gesinde kann und muß sich also nach dieser zum Bekanntwerden ins Intelligenzblatt einzurückenden neuen Gesinde-Ordnung richten, und Drosten und Beamten auf dem Lande, auch Magistrate und Richter in den Städten und Flecken sollen genau darauf halten und darnach verfahren, auch das Konsistorium dafür sorgen, daß sie der Jugend in den niedern Schulen bekannt werde. Gegeben Detmold den 14ten November 1795.

Num. LXVII.

Verordnung wegen der Betteljuden, von 1796.

Da noch immer fremde Betteljuden in das Land kommen, ja sogar auf Karren krank hinein gebracht werden: so werden die Obrigkeiten an die Befolgung der Verordnung vom 12ten Junius 1794 und insbesondere des §. 8. erinnert. Detmold den 11en Merz 1796.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. LXVIII.

Bekanntmachung, die Fortdauer der auf den Futterkräuterbau gesetzten Prämien betreffend, von 1796.

Da die vom Futterkräuterbau und Kleesaamenziehen jährlich aus den Aemtern einkommende Tabellen die gute Würkung der zur Aufmunterung dazu ausgelobten Prämien beweisen; so haben Sr. Hochfürstliche Durchlaucht Unser gnädigst Regierender Fürst,

mit Beystimmung löblicher Landstände, den Fortgang dieser Prämien, wovon sonst die auf den Futterkräuterbau mit vorigem Jahr aufhörte, und die auf das Kleesaamenziehen mit folgendem Jahr aufhören würde, so beschlossen, daß beyde bis 1801 einschließlich ausgetheilet werden sollen, und zwar

die erste auf den Futterkräuterbau

für die erste Edictmäßige Klasse mit einer großen und zwey kleinen Medaillen,
für die zweyte Klasse mit einer großen Medaille,
für die dritte Klasse mit zwey kleinen Medaillen;

sodann

die zweyte auf das Kleesaamenziehen auch schon von diesem Jahr an

für die erste Klasse mit drey kleinen Medaillen,
für die zweyte Klasse mit zwey kleinen Medaillen,
für die dritte Klasse mit einer kleinen Medaille.

Es wird dies also, mit Verweisung auf vorige Edicte, wegen erforderlicher Qualification zu diesen Prämien, hiedurch bekannt gemacht. Detmold den 26ten April 1796.

Fürstlich Lippische Regierung
daselbst.

Num. LXIX.

Num. LXIX.

Verordnung, eine Stelle der Dienstordnung von 1664 betreffend, von 1796.

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm Leopold, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc.

In der Dienst-Zehnt- und Pachtordnung von 1664 ist folgendes verordnet:

> Träget es sich zu, daß ein Dienstherr in der Heu- oder Korn-Erndte oder sonst auf den Acker einen Dienst bestellt, indem aber derselbe hinkommt, ein böses Wetter also einfällt, daß er sich dessen zu der Arbeit nicht nützlich bedienen kann, soll er Macht haben, den Dienst wieder nach Hause zu schicken, und dem Dienstmann solcher Tag nicht gut gethan werden, es wäre dann, daß er schon angefangen zu arbeiten; auf solchen Fall soll ihm die schon verrichtete Arbeit den nächsten Tag darnach, wenn er wieder verbodet, gut gethan werden.

Ein Verfahren des Dienstherrn ganz nach dieser Verordnung, kann dem Dienstpflichtigen ein unbilliger Druck werden; und da Wir diesen Landesväterlich nicht wollen; so geben Wir, mit Beyfall

Unsrer getreuen Landstände, gedachter Verordnung in daraus angeführter Stelle diese billigere Bestimmung, und wollen:

daß dem zur Korn- oder Heuerndte oder auch sonst zur Ackerarbeit bestellten Dienstpflichtigen, wenn er eine halbe Stunde vom Ort der Dienstleistung entfernt wohnet, und bey oder gleich nach seiner Ankunft solches Wetter einfällt, daß er die Arbeit, wozu er bestellt worden, oder eine andere, wozu er sonst gebraucht werden könnte, nicht nützlich verrichten kann; und auch alsdann, wenn er in solchem Fall die Arbeit schon angefangen hat, oder darauf eine Stunde hat warten müssen, jedesmal bey nachheriger Wiederbestellung ein halber Tag vergütet werden solle.

Jeder Dienstherr soll sich also hiernach richten, und der Dienstpflichtige darnach das Verfahren von ihm zu begehren berechtiget seyn.

Damit dies nun so allgemein bekannt werde, so soll diese mildere Verordnung in das Intelligenzblatt eingerücket werden.

Gegeben in Unsrer Residenz Detmold den 26ten April 1796.

Num. LXX.

Verordnung, die Alimentgelder für uneheliche Kinder betreffend, von 1796.

Durch ein Circular vom 23ten Februar 1790 ist unter andern auch dies Namens Serenissimi Regentis Hochfürstliche Durchlaucht verordnet: daß in Unpflichtsfällen anstatt der in der Polizeyordnung Tit. 5. §. 6. auf 3 Rthl. bestimmten Alimentgelder fürs Kind in den ersten 3 Jahren, da sie mit jetzt erhöheten Preisen der Dinge nicht mehr verhältnißmäßig sind, künftig, mit bleibender Observanzmäßiger Zahlung der Kindbettekosten zu 5 Rthl., der Hebammen-Gebühr zu 1 Rthl., und der für die Taufe zu 1 Rthl. 18 mgr., vom Schwängerer 6 Rthl. jährlich entrichtet werden sollen; welches also zur Nachricht hiermit bekannt gemacht wird. Detmold den 20ten September 1796.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. LXXI.

Verordnung, die Vollziehung der bey den Gohgerichten angesetzten Leibesstrafen betreffend, von 1797.

Man hat wahrgenommen, daß die bey den Gohgerichten angesetzte Leibesstrafen oft lange unvollzogen bleiben, oder wohl gar in Vergessenheit gerathen.

Drost und Beamte auf dem Lande und Richter in den Städten werden daher erinnert, solche Strafen künftig binnen 6 Wochen nach dem Gohgericht, wenn von dem Erkenntniß kein Recurs genommen oder nicht der Weg der Gnade eingeschlagen, und darüber Bescheinigung beygebracht wird, zur Vollziehung zu bringen, auch nach geendigtem Gohgericht dem Commissario den Auszug aus dem Wrugeregister von den angesetzten Geldstrafen zum Attestiren gleich vorzulegen und nicht nachzuschicken. Detmold den 7ten Febr. 1797.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. LXXII.

Verordnung wegen der tollen Hunde, von 1797.

Aus mehreren Gegenden des Landes sind Nachrichten eingegangen, daß von tollen Hunden Menschen und Vieh gebissen worden. Die Obrigkeiten werden daher erinnert, auf die Befolgung der Verordnung vom 4ten Oct. 1791, welche dem 27ten, 28ten, 29ten und 30ten Stück des Intelligenzblatts von dem Jahre 1792 eingerückt ist, genau zu achten, und besonders die Verfügung zu treffen, daß die Hunde in jetziger Jahrszeit möglichst zu Hause gehalten, an den Orten aber, wo sich ein toller Hund hat sehen lassen, alle Hunde wenigstens 21 Tage lang eingesperrt und an Ketten gelegt, daß auch die Unterthanen auf die Kennzeichen der Tollheit oder Wuth der Hunde nach dem §. 3. des Medicinalunterrichts, der im 29ten bis 32ten Stück der Intelligenzblätter von dem Jahre 1790 und in dem Calender von 1791 abgedruckt ist, aufmerksam gemacht werden. Detmold den 2ten Febr. 1797.

Fürstlich Lippische Regierung
daselbst.

Num. LXXIII.

Verordnung wegen der auswärtigen Scheidemünze, von 1797.

Obgleich in der in den Lippischen Intelligenzblättern abgedruckten Verordnung vom 25ten Aug. 1795 verboten ist, daß in den öffentlichen Kassen von den herrschaftlichen und städtischen Receptoren auswärtige Scheidemünze angenommen, und die bey den Hauptrendanten eingehenden Geldrollen bey willkührlicher Strafe damit vermischt werden; so ist dennoch Beschwerde geführt worden, daß insbesondere auswärtige Gute-Groschen seit einiger Zeit wieder an die General-Kassen eingesandt werden. Da nun lediglich einheimische Scheidemünzen bey Hebung der öffentlichen Abgaben von den Unterthanen angenommen werden dürfen; so wird vorgedachtes Verbot hiemit wieder in Erinnerung gebracht, und soll auf Anzeige des Empfängers, welcher in den Tuten dergleichen fremde Scheidemünze findet, der erste Einsender der Rolle zur Umwechselung derselben mit Verurtheilung in Strafe und Kosten angehalten werden. Detmold den 22ten Febr. 1797.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. LXXIV.

Verordnung wegen der Betteljuden, von 1797.

Nach dem Edict vom 12ten Jun. 1794. §. 2. sollen die Pässe der fremden zu Fuß reisenden Juden, wenn diese sich nach angestellter Untersuchung zum Einpassiren qualificiren, nach der dort ertheilten Vorschrift unterzeichnet, und nach §. 10. die Betteljuden, welche sich edictswidrig und unqualificirt ein- und durchgeschlichen haben, in dem Fall der in einem andern einländischen Gerichtsbezirk geschehenen ordnungswidrigen Zulassung oder Aufnahme derselben an die dasige Obrigkeit zur Untersuchung zurückgesandt werden.

Da nun kürzlich mehreremale der Regierung beschwerend einberichtet worden ist, daß die Pässe nicht allenthalben edictmäßig unterzeichnet werden, die Zurücksendung eines unqualificirten Juden aber an den Ort, wo solcher ordnungswidrig passirt ist, mit der Bezahlung eines Boten verknüpfet ist; so wird hierdurch verordnet, daß diejenigen, welchen jedes Orts das Examiniren der zu Fuß reisenden Juden und das Unterzeichnen der Pässe obliegt, wenn sie es edictswidrig unterlassen, die Transportkosten erstatten sollen. Zu dem Ende muß die Obrigkeit, welche einen solchen Juden einer andern zusendet, daß Protocoll über seine Aussage mit Angabe der Transportkosten dieser zur weitern Untersuchung und Vergütung mittheilen.

Da aber die Betteljuden sich oft heimlich durchschleichen, und demnächst im Betretungsfall vorgeben, daß sie anderwärts ihren Paß zwar vorgewiesen, aber ununterzeichnet wieder zurück erhalten hätten; so ist in solchem Fall der Betrag der Transportkosten von diesen selbst einzuziehen und an die zurücksendende Obrigkeit zu besorgen, oder, wenn der Jude sie nicht bezahlen kann, dieser davon Nachricht zu geben, in welchem Fall die Aemter aus der Sportelkasse, die Magistrate aber aus dem Aerario solche zur Errichtung des gemeinnützigen Zwecks stehen müssen.

Uebrigens wird die genaueste Befolgung des Edicts vom 12ten Junius 1794 nochmals eingeschärft, und sämtlichen Obrigkeiten aufgegeben, solches förderlamst in allen Synagogen öffentlich verlesen, und dieses jährlich wiederholen zu lassen. Detmold den 1ten April 1797.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. LXXV.

Verordnung, die Aufsicht auf bespannte Wagen, Egen und Pflüge betreffend, von 1797.

Es werden sehr oft, sowohl in Städten und Flecken als auf dem platten Lande, bespannte Wagen, Egen und Pflüge ohne alle Aufsicht angetroffen; und nicht selten ereignet es sich, daß die sich selbst überlassene Pferde scheu werden, davon laufen und dann Menschen und Vieh in Lebensgefahr bringen. Sereniſſimi Regentis Hochfürstlichen Durchlaucht wollen aber, daß das nicht weiter geschehe, sondern daß diejenigen, welche sich jener Nachläſſigkeit schuldig machen, nachdrücklich bestraft werden. Drost und Beamte auf dem Lande und Magistráte in den Städten haben also auf die dieser Verordnung Entgegenhandelnden genau achten zu lassen und ihre Bestrafung zu befördern. Detmold den 13ten Jun. 1797.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. LXXVI.

Verordnung wegen des Feueranlegens in und an Gehölze, auf Heiden und an Bäume, von 1797.

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm Leopold, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc.

Wir haben mit Mißfallen wahrgenommen, daß noch oft, besonders von den Viehhirten und Holzhauern, in und an Gehölzen, auf Heiden und an Bäumen Feuer, um sich daran zu wärmen, oder aus Muthwillen, mit großer Unvorsichtigkeit angelegt wird, woraus leicht Gefahr und Schaden entstehen kann. Wir erneuern daher die von Unsern Vorfahren in der Regierung schon erlassenen Verordnungen vom 4ten Jul. 1684, 5ten Decbr. 1692 und 17ten Septbr. 1719, wie auch das der Verordnung vom 13ten April 1786 beygefügte Strafregulativ wegen der Forst- und Jagdexcesse, worin solches Feueranlegen schon bey schwerer und nach Befinden Leibesstrafe verboten ist, und erinnern Unsere Drosten und Beamten auf dem Lande, die Magistrate und Richter in den Städten, und besonders Unsere Forst- und Jagdbediente ernstlich, auf die Contravenienten genau zu achten und ihre nachdrückliche Bestrafung zu befördern. Gegeben in Unserer Residenz Detmold den 4ten Jul. 1797.

Num. LXXVII.

Gemeiner Bescheid, die beleidigende Schreibart betreffend, von 1797.

Da einige der hiesigen Advokaten und Procuratoren den vorhin ergangenen Verordnungen, und besonders dem gemeinen Bescheide vom 20ten Sept. 1787 entgegen, sich eine anzügliche und respectswidrige Schreibart wider die Gegenparthey und deren Anwald, selbst gegen das Gericht und gegen andere Landesherrliche Collegia zur Gewohnheit machen, oder von andern verfaßte beleidigende Schriften zu unterschreiben und zu übergeben sich nicht scheuen; so wird auf Serenissimi Regentis Hochfürstlichen Durchlaucht ausdrücklichen Befehl gedachter gemeiner Bescheid hiemit in Erinnerung gebracht, und vor der darin festgesetzten Strafe ernstlich gewarnet, indem darnach künftig mit unnachsichtlicher Strenge verfahren, auch dabey jede Schrift, die Beleidigungen und Anzüglichkeiten gegen irgend jemand enthält, retradiret werden soll. Publicat. Detmold den 6ten Jul. 1797.

Fürstlich Lippische Regierungs-Director und Räthe daselbst.

Num. LXXVIII.

Verordnung, die Anzeige widernatürlicher Todes- und anderer Unglücksfälle betreffend, von 1797.

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm Leopold, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc.

Die nach den Mortalitätslisten sich jährlich ergebende erhebliche Zahl der Verunglückten machet es Uns zum Landesväterlichen Wunsch, solche durch gute Polizeyanstalten, durch zweckmäßige öffentliche Warnungen und durch Einschärfung der desfalls bereits ergangenen Verordnungen möglichst zu vermindern. Letzteres ist um so nöthiger, da ohngeachtet der gesetzlichen Vorschriften, z. B. wegen Einfassung der Bodenlukens und Brunnen, in den Listen noch immer Todesfälle vorkommen, welche die noch nicht allgemeine Beachtung jener beweisen. Wir befehlen daher hiermit gnädigst, daß alle Obrigkeiten in den Städten und auf dem Lande künftig die widernatürlichen, so wie auch die in Absicht ihrer Ursache zweifelhaften plötzlichen Todes- und andere Unglücksfälle jeder Art, wenn auch das Absterben nicht sogleich erfolgt, unverzüglich und erforderlichenfalls

falls mit Anzeige der angewandten Rettungsmittel und der zur Verhütung ähnlicher Vorgänge etwa zu treffenden Vorkehrungen an Unsere Regierung, und die Behörden nur dann an Unser Criminalgericht zugleich berichten sollen, wenn die Ursache des widernatürlichen oder schleunigen Todes zweifelhaft, oder eine Section, oder ein anderer Actus jurisdictionis criminalis erforderlich wäre. Dabey soll zur Controlle dieser Einrichtung Unser Criminalgericht die ihm bekannt gewordene Fälle am Ende jeden Jahrs Unserer Regierung anzeigen, damit diese durch Vergleichung der an beyde Ressorts einberichteten Vorfälle mit den gehörigen Orts genau zur bestimmten Zeit einzusendenden jährlichen Verzeichnissen der Copulirten, Gebohrnen und Gestorbenen, worin alle widernatürliche Todesfälle ebenmäßig mit den Ursachen sorgfältig anzugeben sind, die allgemeine Befolgung beachten, und stets darauf halten könne. Gegeben Detmold den 25ten Jul. 1797.

Num. LXXIX.

Verordnung wegen der Flachsrotten, von 1797.

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm Leopold, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc.

Das Rotten des Flachses in den Fischbächen, die Anlegung der Rottegruben an denselben ohne Anweisung der Forstbedienten jedes Orts, und das Ablassen des Wassers aus den schon daseyenden unschädlichen Rottegruben in die Bäche, ist durch viele Verordnungen bey Strafe verboten. Wir vernehmen aber mit Mißfallen, daß diesen, besonders in Ansehung der Ableitung des Rottewassers, zum Verderben der Fischerey und selbst zum Schaden des Viehes, fast gar nicht nachgelebet wird.

So sehr nun auch die Erzeugung und Zubereitung des zu den nützlichsten Landesproducten gehörenden Flachses zu befördern ist; so kann doch damit die Beachtung jener heilsamen Policeyverordnungen ganz gut bestehen.

Wir erneuern daher dieselben hiemit, und befehlen Unsern Drosten und Beamten, den Magistraten und Richtern in den Städten, wie auch Unsern Forstbedienten, darauf mit Ernst zu halten, und diejenigen, die dagegen handeln, zur gesetzlichen Bestrafung gehörigen Orts anzuzeigen.

Gegeben in Unserer Residenz Detmold den 12ten Sept. 1797.

Num. LXXX.

Num. LXXX.

Verordnung, die Citationsgebühren der Unterbedienten betreffend, von 1797.

Da von allen Aemtern in den, durch das Circular-Rescript vom 28ten Merz d. J. geforderten und jetzt eingegangenen, Berichten dem Vorschlage des Amts Detmold beygestimmt ist: so werden den Unterbedienten von denjenigen, welche von ihnen sowohl an das Forstgericht als Vorgericht vorgeladen, und an jenem oder dem Gogericht bestraft werden, und nicht ganz unvermögend sind, so wie auch von den von ihnen an das Vorgericht vorzuladenden Zeugen 2 mgr. Citationsgebühren, welche für die Zeugen von dem, dem am Gogericht die Kosten zuerkannt, oder wenn diese compensirt werden, von dem sie sistirten Theile bezahlt werden müssen, von nun an bewilligt. Es hat also das Amt N. solche Gebühren mit den Strafgeldern oder den Untersuchungskosten zu erheben und demnächst an die Unterbedienten auszuzahlen. Detmold den 21ten Novbr. 1797.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. LXXXI.

Verordnung, die Hegezeit des kleinen Wildprets betreffend, von 1798.

Da zur Schonung des seit einiger Zeit sich sehr verminderten kleinen Wildprets auf letztem Landtage beschlossen ist, den auf den 1ten Merz gesetzlich bestimmten Anfang der Hegezeit in diesem und den beyden folgenden Jahren, also von 1798 bis 1800 einschließlich, auf den 1ten Februar zu setzen: so wird Namens Serenissimi Regentis Hochfürstlichen Durchlaucht allen Jagd-Interessenten, sich hiernach genau zu richten, und mithin während der drey Jahre die Jagd mit dem letzten Januar, bey Vermeidung nachdrücklicher Ahndung, zu schließen, befohlen. Detmold den 9ten Januar 1798.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. LXXXII.

Verordnung, die Hessischen Deserteurs betreffend, von 1798.

Einer mit Fürstlich Hessen-Casselschen Kriegs-Collegio getroffenen Vereinbarung gemäß wird hiedurch Namens Serenissimi Regentis Hochfürstlichen Durchlaucht allen und jeden Unterthanen verboten, die von Hessischen Deserteurs mitgenommenen Pferde, Armatur- und Reit-Equipage oder Montirungs-Stücke zu kaufen oder zu ertauschen, weil dergleichen Dinge für gestohlenes Gut angesehen und unentgeldlich, blos mit Vorbehalt des Regresses gegen den Verkäufer, zurückgegeben werden sollen; wie dann auch sämtliche Landesobrigkeiten hiemit angewiesen werden, auf deshalb erfolgende Requisition der Behörde alsbald zu dem Ihrigen zu verhelfen. Detmold den 13ten Merz 1798.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. LXXXIII.

Verordnung, die Verpachtung der Koppel-Jagden und Fischereyen betreffend, von 1798.

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm Leopold, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc.

Es ist bisher verschiedentlich in Frage gekommen, ob und in wie fern die besondere Verpachtung der Jagden und Fischereyen ohne das dazu berechtigte Gut zulässig sey?

Um auf der einen Seite das freye Benutzungsrecht der Güter-Besitzer, denen zuweilen die eigene Ausübung solcher Gerechtigkeit nicht zuträglich seyn kann, nicht lästig einzuschränken, auf der andern Seite aber auch die Koppel-Jagden und Fischereyen nicht durch Gestattung eines unbedingten Verpachtungsrechts dem Verderben auszusetzen, haben Wir, mit Beyrath Unserer getreuen Landstände, darüber folgendes zu verordnen, gut und zweckmäßig gefunden.

Die besondere Verpachtung der Koppel-Jagden und Fischereyen im Ganzen und an Einen qualificirten Pächter bleibt zwar jeden Eigenthümer eines dazu berechtigten Guts erlaubt; nur muß sich dieser während der Pachtzeit, wie sich von selbst verstehet, der Mitausübung des Jagens und Fischens enthalten.

Hingegen

Hingegen wird alle weitere Stückverpachtung des einem Gute anklebenden Rechts der Koppel-Jagd und Fischerey von jetzt an verboten; wie dann auch solche in kleinen Revieren von Unserer Rentkammer nicht mehr geschehen soll.

Zu dem Ende hat bey dieser jeder Jagd- und Fischerey-Berechtigte von den noch bestehenden Pacht-Contracten in Zeit von 4 Wochen nachrichtliche Anzeige zu thun, damit auf diese Verordnung, die durch das Intelligenzblatt bekannt zu machen ist, genau gehalten werden kann.

Gegeben in Unserer Residenz Detmold den 22ten May 1798.

Num. LXXXIV.

Verordnung, die durch Heyrath erlangte Großjährigkeit betreffend, von 1798.

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm Leopold, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc.

Nach dem §. 21. der Vormundschafts-Ordnung vom 1ten Jul. 1777 soll die Vormundschaft über Minderjährige bis zu ihrer Volljährigkeit fortdauren; es wäre dann, daß sie veniam aetatis erhielten, oder die weiblichen Geschlechts sich mit majorennen Männern verheyratheten, und mit diesen in Gemeinschaft der Güter träten. Hingegen soll nach dem §. 9. der Verordnung vom 27ten Merz 1786

wegen

wegen der Gütergemeinschaft unter Eheleuten selbst der minderjährige Ehemann von der Verwaltung des gemeinschaftlichen Vermögens nicht ausgeschlossen seyn, wenn anders seine Verschwendung keine Einschränkung nöthig macht. In beyden Landesgesetzen ist sonach die Frage: Ob der Minderjährige die Rechte der Großjährigkeit durch die Ehe erlange, und diese die über ihn angeordnete Vormundschaft oder Curatel endige? nicht auf gleiche Art entschieden. Zur Hebung aller daraus entstehen könnenden Ungewißheit und Zweifel erklären und verordnen Wir daher, nach vorheriger Landtägiger Berathung, hiemit: Daß in diesem Punct die Vormundschafts Ordnung abgeändert seyn, und der Verordnung über die eheliche Gütergemeinschaft allein nachgegangen werden, jedoch dem minderjährigen Ehemann bis zur Großjährigkeit alle Veräußerung und Verpfändung seines oder des gemeinschaftlichen ehelichen Immobiliarvermögens, ohne vorherige Erlaubniß seiner Obrigkeit, bey Strafe der Nichtigkeit untersagt bleiben solle.

Diese gesetzliche Erklärung ist durch das Intelligenzblatt bekannt zu machen.

Gegeben in Unserer Residenz Detmold den 22ten May 1798.

Num. LXXXV.

Verordnung, die Verwahrung geladener Gewehre in den Krügen und Wirthshäusern betreffend, von 1798.

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm Leopold, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc.

Dadurch, daß Jäger und Holzknechte ihre geladenen Gewehre wohl mit in die Krüge und Wirthshäuser, worin sie einkehren, nehmen, und an offene Orte hinhängen oder stellen, wo solche leicht Kindern oder unvorsichtigen und wohl gar betrunkenen Leuten in die Hände fallen, die das Gewehr für ungeladen halten, oder damit nicht umzugehen wissen, können Unglücksfälle veranlaßt werden; wie dann auch noch im vorigen Jahr ein Unterthan im Amt Oerlinghausen darüber erschossen worden ist. Wir verbieten daher aus Landesväterlicher Vorsorge, mit Beyrath Unserer getreuen Landstände, jene das Menschenleben in Gefahr setzende Gewohnheit, und verordnen, daß nicht nur alle, die der Jagd halber oder aus einer andern Ursache geladenes Gewehr bey sich führen, und damit in öffentliche Häuser einkehren, während ihres Aufenthalts darin solches an einem sichern verschlossenen Ort verwahren, sondern auch

die Krüger und Wirthe dafür, daß dieß geschehe, sorgen, und in jedem Contraventionsfall sowohl jene als diese in 5 Gfl., und im Fall eines daraus entstehenden Schadens oder Unglücks in willkührliche schärfere Strafe verurtheilet werden sollen.

Drosten und Beamten auf dem Lande wie auch Magistrate und Richter in den Städten haben auf die Befolgung dieser Verordnung, die durch gewöhnlichen Anschlag und durch das Intelligenzblatt bekannt zu machen ist, genau achten zu lassen.

Gegeben in Unserer Residenz Detmold den 22ten May 1798.

Num. LXXXVI.

Verordnung, das Halten der Enten betreffend, von 1798.

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm Leopold, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc.

Schon in der Policeyordnung vom Jahr 1620. Tit. 32. und durch die Verordnungen vom 4ten November 1666. und vom 23ten September 1667. ist das Halten der Enten auf Forellenbächen verboten, und sind sie darnach jedem, der sie darauf findet, Preiß gegeben. Da sie indeß nicht allein den Forellen, sondern auch

allen

allen andern Fischen und ihrer Brut nachstellen, und durch ihre Menge den Fischereyen sehr schädlich werden: so haben Wir, mit Beyrath Unserer getreuen Landstände, für zweckmäßig gefunden, jenes Verbot des Entenhaltens, wie hiemit geschieht, auf alle Fischbäche und dem Eigenthümer der Enten nicht gehörende Teiche dergestalt zu erstrecken, daß auch die darauf betroffenen Jedermann Preiß gegeben seyn sollen.

Damit nun diese Verordnung allgemein bekannt werde, ist sie von den Kanzeln zu verlesen, an gewöhnlichen Orten anzuschlagen, und ins Intelligenzblatt einzurücken.

Gegeben in Unserer Residenz Detmold den 30ten May 1798.

Num. LXXXVII.

Verordnung, das Löschen eines in der Senne entstehenden Feuers betreffend, von 1798.

Dem Vernehmen nach sollen, wenn in der Senne die Heide brennet, manche Unterthanen nicht gleich zum Löschen herbeyeilen, auch wohl auf dazu geschehene Aufforderung zurückbleiben, oder doch zu spät sich einfinden. Da aber durch den Heide-Brand, wenn solcher nicht gleich im ersten Entstehen, ehe er die dadurch in Gefahr gesetzten Waldungen und benachbarten Höfe ergreift, ein großer, das ganze Land drückender Schaden erfolgen kann, und es daher allgemeine Unterthanen-Pflicht ist, dabey schleunige Hülfe zu leisten: so wird Namens Serenissimi Regentis Hochfürstlichen Durch-

laucht hiedurch allen, besonders den in und in der Nachbarschaft der Senne wohnenden Unterthanen bey schwerer willkührlicher Strafe befohlen, so bald sie von einem darin und in der angrenzenden Waldung entstandenen Feuer Nachricht erhalten, ungesäumt mit den erforderlichen Löschungs-Geräthschaften, als Grabschaufeln oder Schuten, Harken, Barten ꝛc. zur Hülfe herbeyzueilen, und sich davon durch nichts als durch Krankheit oder durch sonstiges gültig entschuldigendes Unvermögen abhalten zu lassen; wie dann auch jedem die Anzeige derjenigen, die darin gegen ihre Schuldigkeit saumhaft seyn sollten, hiemit zur Pflicht gemacht wird.

Die Aemter Detmold, Horn und Oerlinghausen haben nicht nur diese Verordnung in denjenigen Kirchspielen, die in oder an der Senne liegen, von den Kanzeln bekannt machen zu lassen, sondern auch auf ihre genaue Befolgung selbst und durch die Unterbedienten zu achten, und die Einwrugung und Bestrafung der Contravenienten zu befördern. Detmold den 7ten August 1798.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. LXXXVIII.

Verordnung, das Retractsrecht der Städte Horn, Blomberg, Salzuflen und Detmold betreffend, von 1798.

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm Leopold, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc.

Nachdem Uns auf letztem Landtage die Deputirten Unserer getreuen Städte Horn, Blomberg, Salzufeln und Detmold um gesetzliche Bestimmung und Verlängerung der Verjährungszeit des ihren Bürgern zustehenden Rechts, an Auswärtige veräußerte bürgerliche Güter zu retrahiren, für künftige Fälle unterthänigst gebeten, und Wir dann das in folgender Art, zur Abwendung schädlicher Processe, und zur Erhaltung des städtischen Gewerbes- und Nahrungsstandes, in Gnaden bewilliget haben; so verordnen Wir hiemit, daß von den Bürgern besagter vier Städte diejenigen bürgerlichen Güter, die künftig an Auswärtige oder an Nichtbürger veräußert werden, wenn solche nicht durch öffentliche gerichtliche Subhastation erstanden sind, noch binnen dreyßig Jahren von Zeit der Veräußerung an sollen retrahiret werden können. Wornach sich also jedermann, auch besonders Unsere Ober- und Untergerichte zu achten haben.

Gegeben in Unserer Residenz Detmold den 14ten August 1798.

Num. LXXXIX.

Verordnung, die Holzausfuhr und den Holzanbau betreffend, von 1798.

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm Leopold, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg, Souverain von Vianen und Ameyden, Erburggraf zu Uetrecht ꝛc.

Bereits durch die Verordnungen vom 14ten Merz und vom 8ten August 1785 ist, wegen schon damals sich eingestellten Holzmangels, der Verkauf des Brennholzes an auswärtige Holzzehrende Fabriken und die Ausfuhr des aus Herrschaftlichen Forsten den Unterthanen zum eigenen Bedürfniß angewiesenen Holzes in den Aemtern Detmold, Schötmar und Oerlinghausen untersagt, dabey zwar noch sonstiger Holzverkauf ins Ausland, jedoch nur mit der Einschränkung frey gelassen, daß bey der Concurrenz eines Unterthans mit einem Fremden jenem vor diesem der Vorzug für gleichen Preiß gegeben werden solle. Diese Verfügungen sind aber ohne alle Wirkung gewesen, und der Holzmangel hat seitdem in Unsern Landen durch die sich von Jahr zu Jahr vermehrte Consumtion und Ausfuhr sowohl in den Herrschaftlichen Forsten als in den Privatholzungen so sehr zugenommen, daß die Erhaltung der dadurch Gefahr leidenden gemeinen Landes-Wohlfahrt alle übrigen Rücksichten überwiegt, und Wir daher aus Landesväterlicher Vorsorge, nachdem

dem über diesen Gegenstand die erforderlichen Berichte und Untersuchungen eingezogen und angestellet sind, auch darüber Landtägige Berathung gepflogen ist, folgendes zu befehlen und zu verordnen Uns genöthiget sehen:

Aller Verkauf und Export des Bau- Bedarf- und Brennholzes, auch der Holzkohlen ins Ausland wird nunmehr allgemein, jedoch fürs erste nur auf 10 Jahre bey Confiscation des Holzes oder der Kohlen und bey 20 Gst. Strafe, oder, falls der Contravenient diese nicht erlegen kann, bey dreywöchiger Gefängnißstrafe für jedes an Auswärtige verkaufte Fuder, verboten, und soll jedesmal der Denunciant, dessen Namen, wenn er es verlangt, verschwiegen bleibt, die Hälfte der davon eingehenden Strafgelder erhalten.

Von diesem Verbot wird indeß die der Stadt Rinteln eigenthümlich gehörende Holzung der, in den Aemtern Sternberg und Varenholz belegene Rintelsche und Silixer Hagen ausgenommen. Auch bleibt die Exportation der im Lande aus Holz verfertigten Tischler-Waaren und anderer hölzernen Fabrikate, in sofern sie nicht unter Zimmermanns- oder Rademacherarbeit gehören, erlaubt; hingegen ist unter der verbotenen Ausfuhr auch das Stab- und Klapholz begriffen. Damit der jetzige einheimische Holzmangel sich mit der Zeit mindere, und die Freyheit des Holzhandels desto eher wieder eintreten könne, ist vorzüglich eine allgemeine bessere Cultur der einländischen sehr ansehnlichen Privatholzungen nothwendig. Wir empfehlen demnach allen Unsern damit versehenen Unterthanen deren zu ihrem eigenen Vortheil wie zum gemeinen Besten gereichende Forstmäßige Behandlung und Verbesserung so gnädig als ernstlich, erneuern zu dem Ende die Landesherrliche Verordnung vom 4ten Decbr. 1770. wegen der Hainung der Gehölze, die Regierungs-Verordnung vom 14ten Merz 1785. wegen der Holzungen auf dem Lande, und die vom 2ten Febr. 1789. wegen der Aufsicht

über

über die Privatgehölze, und ermahnen sowohl Unsere Drosten und Beamten, als auch Unsere Forstbedienten, für die Erreichung ihres heilsamen Zwecks pflichtmäßig und gemeinschaftlich zu wirken.

Dabey wollen Wir zu noch mehrern Aufmunterung demjenigen Unserer contributionspflichtigen Unterthanen, der in einem Amt oder in einer Vogtey durch regelmäßigen Holzanbau auf den in seiner Holzung befindlichen bloßen oder leeren Stellen, oder auf andern dazu schicklichen Privatgründen, mit Laub- oder mit Nadelnholz, sich in einem Jahr, nach dem Zeugniß seiner vorgesetzten Beamten und des Forstbedienten, unter dessen Aufsicht sein Gehölz stehet, am meisten ausgezeichnet, und die Anpflanzung oder den Aufschlag ins dritte Laub gebracht hat, eine Prämie von einer großen und neun kleinen Medaillen aus der Landcasse, vom künftigen Jahr an, und während der Dauer dieses Holzausfuhr-Verbots, auszahlen lassen.

Die Bekanntmachung dieser Verordnung soll durch Verlesung von den Kanzeln, durch Anschlag an den gewöhnlichen Orten und durch das Intelligenzblatt geschehen.

Gegeben in Unserer Residenz Detmold den 21ten August 1798.

Num. XC.

Erinnerung an die Befolgung der Verordnung, die Verpachtung der Jagden und Fischereyen betreffend, von 1798.

Da in Gemäßheit der, durch das 21te Stück der Lippischen Intelligenzblätter bekannt gemachten, Landesherrlichen Verordnung vom 23ten May d. J. bisher nur von einem Jagdberechtigten angezeigt ist, daß und wem er seine Jagd verpachtet habe: so werden Namens Serenissimi Hochfürstlichen Durchlaucht diejenigen Jagdberechtigte, welche etwa eine Jagdverpachtung vorgenommen haben, hiermit erinnert, die Anzeige davon noch in diesem Monat bey Fürstlicher Kammer verordnungsmäßig einzureichen; widrigenfalls sie es sich selbst beymessen müssen, wenn nach Ablauf der bestimmten Zeit die geschlossene Contracte für nichtig angesehen, und den angeblichen Jagd-Pächtern ihre bey sich habende Gewehre und Hunde abgenommen werden. Detmold den 4ten Octobr. 1798.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. CXI.

Verordnung wegen des Schießens bey Hochzeiten ꝛc. von 1798.

Da das unnütze und gefährliche Schießen bey den Gelagen der Landleute, besonders bey Hochzeiten, jetzt wieder häufig geschieht, obgleich dasselbe durch mehrere Landesherrliche Verordnungen und noch am 17ten April 1792. bey 6 Gfl. oder 6tägiger Gefängnißstrafe für denjenigen, der es thut, und bey 20 Gfl. oder 20tägige Gefängnißstrafe für den Hochzeitshalter, der es zuläßt, oder solches nicht anzeigt, verboten ist; so wird Namens Sereniſſimi Regentis Hochfürstlichen Durchlaucht diese Verordnung hiermit erneuert, und nicht nur den Obrigkeiten aufgegeben, darauf besser wie bisher achten zu lassen, sondern auch den Unterbedienten, die bey Hochzeiten und sonstigen Gelagen gegenwärtig sind, bey Vermeidung schwerer Strafe befohlen, die Contraventionsfälle pflichtmäßig anzuzeigen. Detmold den 18ten Decbr. 1798.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. CXII.

Num. XCII.

Verordnung, die Inoculation der Blattern betreffend, von 1799.

Es ist der Pflicht, die jedem Menschen obliegt, der in gesellschaftlicher Verbindung lebt, oder mit mehreren Menschen an einem Ort wohnt, durchaus entgegen, seine Nebenmenschen irgend einer Gefahr auszusetzen, die ihnen nachtheilig oder gar tödtlich werden kann. Kein Bewohner einer Stadt, eines Dorfs oder irgend eines Orts, wo mehrere Menschen zusammen wohnen, hat also das Recht, das ansteckende Gift einer Krankheit an diesen Ort zu bringen, vielmehr ist er es seiner Pflicht gegen die menschliche Gesellschaft, in der er lebt, schuldig, alles, was in seinen Kräften steht, zur Abhaltung desselben beyzutragen. Die Pocken oder Blattern sind bekanntlich eine Krankheit, die sich blos nur durch die Ansteckung weiter verbreitet, und die so tödtlich ist, daß von zehen zufälligen oder natürlichen Pockenkranken, im Durchschnitt, gewiß einer stirbt; natürlich ist es gerecht und billig, daß jeder Weg, worauf das Pockengift aus einem damit angesteckten Ort in einen andern verpflanzt werden kann, der bisher noch davon befreyt geblieben war, untersagt und verboten werde. Es ist wahr, die inoculirten oder geimpften Pocken sind nicht so tödtlich, als die zufälligen oder natürlichen, vielmehr ist die Pockenimpfung ein Mittel, die Tödtlichkeit dieser Krankheit bey denen, wo sie den Gesetzen der Arzeneykunst

gemäß angewendet wird, gar sehr zu vermindern; allein nach der Natur des Pockengifts und nach der Erfahrung sind die inoculirten oder künstlichen Pocken eben so fähig, sich weiter zu verbreiten und eine Pockenepidemie zu verursachen, als die zufälligen, und die gutartige eingeimpfte Pockenkrankheit kann durch Ansteckung bey andern die tödtlichsten Pocken veranlassen. Es ist also der Fürsorge für das öffentliche Gesundheitswohl vollkommen gemäß, der weiteren Verbreitung der Pocken durch Gesetze so gut entgegen zu wirken, als es jetzt nach Lage der Umstände geschehen kann, und durch gesetzmäßige Verfügungen zu sorgen, daß auch das Sicherungsmittel gegen die Tödtlichkeit der Pocken, die Inoculation derselben, wodurch zwar einige gerettet, viele Hunderte aber der Todesgefahr ausgesetzt werden können, nur innerhalb solcher Gränzen angewendet werden dürfe, worin sie ihren Nutzen leisten, aber andern nicht schaden könne. Aus diesen gerechten und sachgemäßen Gründen haben Serenissimi Regentis Hochfürstlichen Durchlaucht mit Landesväterlicher Fürsorge für das Wohl des gesamten Landes befohlen, daß zur möglichsten Einschränkung und Entgegenwirkung der weitern Verbreitung der jetzt im hiesigen Land ausgebrochenen Pockenepidemie nachfolgende Verordnungen erlassen werden sollen:

I) Jeder Bewohner dieses Landes, der sich, seinen Kindern oder Angehörigen die Pocken inoculiren oder impfen lassen will, soll diese Impfung durch Niemand anders, als durch legitimirte Aerzte, oder, unter ärztlicher Aufsicht, durch legitimirte Wundärzte, verrichten und besorgen lassen. Würde der Fall eintreten, daß irgend ein Bewohner dieses Landes, zur Ausübung der Pockenimpfung, sein Vertrauen auf einen ordentlichen ausländischen Arzt oder Wundarzt gesetzt hätte: so soll derselbe dafür haften, daß der auswärtige Arzt oder Wundarzt in Rücksicht dieses Impfgeschäfts die Verordnungen genau und streng befolge, die nach Nr. 2. 3 und 4. den hieländischen Aerzten und Wundärzten bey nämhafter Strafe vorgeschrieben sind.

II) Jeder Physiker und Arzt, wie auch jeder Amts-Chirurgus und Wundarzt des hiesigen Landes ist verpflichtet, vor jeder Pockenimpfung, die von ihm verlangt wird, oder die er unternehmen will, sorgfältig und gewissenhaft zu untersuchen: ob diese Impfung nach Lage der Umstände, ohne Gefahr einer daraus entstehenden zufälligen Pockenvergiftung eines andern Menschen geschehen könne, und wo er von dieser Sicherheit gegen eine weitere Verbreitung des Pockengifts durch die Impfung nicht überzeugt ist, sie pflichtmäßig von sich abzulehnen.

Da es nun offenbar ist, daß in Städten und Dörfern bey dem Zusammenwohnen mehrerer Menschen, bey den mannigfaltigen Verbindungen, Geschäften, Gewerben u. s. w. mit einander, eine solche Sicherheit nicht statt finden kann; so wird hiedurch

III) jedem Physiker und Arzt, jedem Amts-Chirurgus und Wundarzt des hiesigen Landes gemessenst und ernstlich untersagt, an einem von mehreren Familien bewohnten Ort, er heiße Stadt oder Dorf, einer oder mehreren Personen oder Kindern die Pocken einzuimpfen, es sey dann, daß an diesem Ort die Pockenkrankheit schon in drey verschiedenen Häusern ausgebrochen, und also die Gefahr einer nahen Pockenepidemie höchst wahrscheinlich ist.

IV) In Fällen, wo ein Arzt oder Wundarzt einer oder mehreren Personen oder Kindern die Pocken an einem entlegenen, von Städten und Dörfern abgesonderten Ort inoculiren will, wo also dies Geschäft, bey gehöriger und genauer Vorsicht, ohne Gefahr einer weitern Verbreitung des Gifts geschehen kann, ist derselbe verpflichtet, bey eigener Verantwortlichkeit alle erforderlichen Einrichtungen und Vorkehrungen zu treffen, wodurch die Ansteckung möglichst verhütet wird, und in dieser Absicht auch den Ort, wo die Pockenimpfung vorgenommen werden soll, zeitig im Lippischen Intelligenzblatt bekannt zu machen.

V) Da von der Pockenkrankheit noch befreyte Städte oder Kirchdörfer durch Pocken-Leichen aus den eingepfarrten Ortschaf-

ten, wenn in selbigen die Pocken herrschen, der Gefahr ausgesetzt werden, daß dies mörderische Gift auch in sie gebracht und dadurch eine Menge ihrer Kinder ein Raub des Todes werden können: so wird hierdurch auf das strengste verordnet, daß keine Pockenleiche aus irgend einer eingepfarrten Ortschaft in irgend ein Haus oder an irgend einen Ort in der von dieser Krankheit noch befreyten Stadt oder Kirchdorf vor dem Begräbniß auf eine noch so kurze Zeit abgesetzt werde, und wird diese einstweilige Absetzung sowohl den Angehörigen der Leiche, als auch den Bewohnern der Stadt oder des Kirchdorfs, bey welcher sie geschieht, hierdurch gemessenst verboten; vielmehr soll jedes Begräbniß einer an den Pocken verstorbenen Leiche an noch von Pocken freyen Orten in der Stille geschehen, der Sarg soll früh vor sieben oder Abends nach acht Uhr und ohne Gefolge oder Leichenconduct mit möglichster Eile und auf dem kürzesten Weg durch die Stadt oder das Kirchdorf hindurch nach dem Gottesacker getragen oder gefahren, und da alsbald, ohne daß er vorher wieder geöfnet werde, in die Erde gesenkt werden.

Namens Serenissimi Regentis Hochfürstlichen Durchlaucht wird jedem, den sie angeht, die genaueste und strengste Befolgung dieser Verordnung bey Vermeidung höchster Ungnade und einer verhältnißmäßigen schweren Geldstrafe befohlen. Detmold den 26ten Jenner 1799.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. XCIII.

Verordnung, die Ertheilung der Pässe betreffend, von 1799.

In Beziehung auf das Edict vom 23ten Sept. 1719. §. 5. und auf die Verordnung vom 7ten Sept. 1790. im 38ten Stück der Lippischen Intelligenzblätter letztgedachten Jahrs wird Namens Serenissimi Regentis Hochfürstlichen Durchlaucht hiermit wiederholt verordnet, daß

1) von keiner inländischen Obrigkeit fremden unbekannten Personen neue Pässe ertheilet, sondern diese mit ihrem desfalsigen Gesuch an die Regierung verwiesen, und

2) nur die producirt werdenden Pässe, wenn sie auf die Person und Route zutreffen, auch nach der Entlegenheit des Orts und nach sonstigen Bescheinigungen nicht zu alt, und sonst unverdächtig sind, von den einländischen Obrigkeiten zum Beweis der auf ihre Verantwortung gestatteten Passage jedesmal mit Angabe des Orts und des Tages, wann und wo solches geschehen, unterschrieben,

3) diejenigen Passanten aber, welche mit dergleichen Pässen nicht versehen sind, zurück gewiesen, oder, dem Befinden nach, als verdächtige Vagabunden zur weiteren Untersuchung arretiret werden sollen.

4) Wegen der Pässe der Betteljuden bezieht man sich insbesondere auf die Verordnung vom 12ten Junius 1794. und vom 1ten April 1797. in den Intelligenzblättern gedachter Jahre, und wird die genaueste Beachtung des Edicts wegen der Betteljuden nochmals ernstlichst eingeschärft, zu welchem Ende die Obrigkeiten solches auch von Zeit zu Zeit den Unterbedienten, so wie jährlich der Judenschaft jedes Orts in den Synagogen in Erinnerung bringen lassen, und binnen 14 Tagen pflichtmäßig berichten sollen: ob und von welchen Orten und Gegenden des Landes her Betteljuden edictwidrig einschleichen? Detmold den 5ten Merz 1799.

Fürstlich Lippische Regierung
daselbst.

Num. XCIV.

Verordnung wegen der Schulen auf dem Lande, von 1799.

Aus den der Regierung vom Fürstlichen Consistorio mitgetheilten vorigjährigen General-Schulberichten ist ungern wahrgenommen, daß der Schulfleiß der Kinder fast überall jährlich mehr abals zunimmt, daß besonders im Sommer die mehrsten fast gar nicht zur Schule kommen, und darüber wieder vergessen, was sie im Winter gelernt haben.

Da die Erhaltung der Sittlichkeit und der Religion hauptsächlich vom guten Unterricht und der Bildung der Jugend abhängt, und daher die Beförderung des Schulfleißes Serenissimi Regentis gnädiger und ernstlicher Wille ist: so wird Drosten und Beamten angelegentlich empfohlen, dafür mit warmen und thätigen Eifer im Einverständniß mit den Predigern zu wirken. Zu dem Ende wird erwartet, daß sie überhaupt auf die ergangenen Schulordnungen genau halten, besonders auch bey jeder sich ihnen so oft darbietenden Gelegenheit die pflichtvergeßnen Eltern zum fleißigern Schulschicken ihrer Kinder ernstlich ermahnen, diejenigen aber, die es dennoch, ohne gültige Entschuldigung, aus träger Gleichgültigkeit oder aus widerspänstigem Eigensinn unterlassen, dazu durch Zwangmittel anhalten, dabey ihre Bestrafung am Gogericht befördern, auch die Namen der durch die unverantwortliche Schuld solcher Eltern die Schule

versäumenden Kinder zur Beschämung jener von Zeit zu Zeit öffentlich von der Kanzel verlesen lassen.

Da übrigens die Haupturſache der Schulversäumniß im Sommer in dem Privathüten des Viehes durch die schulfähigen Kinder, die damit zur Faulheit und zu allen mit ihr verbundenen Lastern früh gewöhnet werden, lieget, und diese verderbliche Sitte noch an mehrern Orten herrscht, wo nach der Landesherrlichen Verordnung vom 4ten Decbr. 1770. gemeine Hirten gehalten werden sollten und könnten: so haben Drosten und Beamte nicht nur ihre besondere Aufmerksamkeit auf die bessere Beachtung dieses heilsamen Gesetzes zu richten, sondern auch ihre gutachtlichen Vorschläge, wie sich das Gemeinhüten, wo es nur irgend die Localität erlaubt, noch allgemeiner einführen, und das Privathüten noch mehr einschränken lasse, einzusenden, wo aber letzteres schlechterdings nicht abzuschaffen stehet, doch die Eltern und Dienstherren nachdrücklich anzuhalten, daß sie die Hirtenkinder in die für diese bestimmten Mittagsschulen schicken.

Endlich wird man auch gern sehen, wenn Beamte die Beförderung der gemeinnützigen Industrie Anstalten, wofür schon in einigen Schulen wohlthätig gewirket wird, sich bestens, so viel dabey von ihnen abhängt, angelegen seyn lassen. Detmold den 5ten Merz 1799.

Fürstlich Lippische Regierung
daselbst.

Num. XCV.

Num. XCV.

Verordnung, die Bittschriften betreffend, von 1799.

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm Leopold, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc.

Wir erfüllen zwar die Landesväterliche Pflicht, jeden Unserem Unterthanen mit seinem Anliegen und mit seinen Beschwerden zu hören, mit Vergnügen, und nehmen gern die Bittschriften, die sie Uns darüber einreichen, Selbst an. Da aber diese aus Unkunde ihrer Verfasser oft dunkel und unverständlich sind, oder irrige, actenwidrige und unschickliche Vorträge und ganz unzulässige Gesuche, nicht nur in Regierungs- und Kammersachen, sondern auch in bey Unseren Ober- und Untergerichten rechtshängigen Prozessen, enthalten; so finden Wir, zur Erleichterung des Geschäftsgangs und selbst zum Besten derjenigen, die durch den Gebrauch unwissender und gewinnsüchtiger Supplikensteller sich vergebliche Kosten machen, Uns bewogen, die Verordnungen vom 21ten Decbr. 1728, 11ten Jan. 1753. und 2ten Novbr. 1789. hiemit dergestalt zu erneuern: daß künftig alle Bittschriften und Vorstellungen, die Uns Selbst, oder bey Unserer Regierung und Kammer, wegen Beschwerde über verweigerte, verzögerte oder ordnungswidrig verwaltete Justiz, und

in solchen Regierungs- und Kammersachen, wo es auf Kenntniß des Gegenstandes, auf deutlichen und actenmäßigen Vortrag, und auf gehörige Begründung des Gesuchs nach Recht oder Billigkeit ankommt, übergeben werden, bey Vermeidung der Zurückgabe oder der Zurücklegung ohne Resolution, von einem recipirten Advocaten, der für den Inhalt haftet, verfaßt oder doch unterschrieben seyn sollen.

Hingegen wollen Wir die Uebergabe der Suppliken in kleinen Gnadensachen ohne solche Unterschrift, wenn sie nur verständlich und schicklich aufgesetzt sind, den unvermögenden Unterthanen ferner gestatten. Auch bleibt jedem zur Kostenersparung frey, sein Anliegen den Beamten mündlich vorzutragen, die dann solches, in Gemäßheit der Verordnung vom 24ten August 1774. zu Protocoll zu nehmen, und dieses mit ihrem Gutachten an die Behörde einzusenden haben.

Diese Unsere Landesherrliche Willensmeynung ist durch öffentlichen Anschlag, durch Verlesung von den Kanzeln und durch das Intelligenzblatt bekannt zu machen.

Gegeben in Unserer Residenz Detmold den 28ten Merz 1799.

Num. XCVI.

Verordnung, das Fischen mit Hamen betreffend, von 1799.

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm Leopold, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc.

Es ist zwar schon durch die Verordnung vom 9ten Merz 1789. das zum Ruin der Fischbachen gereichende Abfangen der Forellenbrut verboten; das geschieht aber doch noch durch den Gebrauch der Hamen mit gar zu kleinen Maschen. Wir befehlen daher, daß auf Fischbächen, auf denen nebst andern Fischen auch Forellen und Hechte gefangen werden, bey Vermeidung 5 Gsl. Strafe, keine andere als solche Fischhamen gebraucht werden sollen, deren Maschen enger als ein Zoll ins Gevierte sind; hingegen erlauben Wir nach wie vor auf kleinen unbedeutenden Bächen, auf denen allein Schmerlen, Erlitzen oder Gründlinge sich vorfinden, den Gebrauch der mit kleinern Maschen gestrickten Hamen. Bekanntmachung dieser Verordnung soll von den Kanzeln, durch das Intelligenzblatt und durch Anschlag geschehen. Gegeben Detmold den 7ten May 1799.

Num. XCVII.

Verordnung wegen der den Berichten beyzufügende Taxe, von 1799.

Da die Beamte ihren Berichten nicht immer, wie doch verordnet ist, die Taxe beyfügen: so werden dieselben daran, daß es künftig allezeit geschehe, mit der Eröfnung erinnert, daß, wenn in den auf die Berichte erfolgenden Decreten oder Resolutionen der Ansatz nicht gestrichen noch gemäßigt wird, die stillschweigende Bewilligung desselben anzunehmen sey. Detmold den 18ten Jun. 1799.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. XCVIII.

Verordnung, den Bettemund betreffend, von 1799.

Nach der Observanz wird eine Unpflicht, die von einer Frauensperson im Auslande begangen ist, wenn dieselbe im Lande ihr Wochenbette hält, mit Entrichtung des Bettemunds, d. i. mit 3 Gfl und 1 Rthl. 27 mgr. Sportelordnungsmäßige Gebühren bestraft.

Hiebey wird es auch, mit Aufhebung dessen, was dagegen in einigen Aemtern und Städten des Landes hergebracht seyn soll, zwar gelassen; jedoch muß der geschwächten Frauensperson bey der vorgerichtlichen Untersuchung des Excesses aufgegeben werden, darüber Bescheinigung beyzubringen, daß die Unpflicht in Ansehung der Mannsperson schon zur Bestrafung gekommen sey. Detmold den 5ten Jul. 1799.

Fürstlich Lippische Regierung
daselbst.

Num. XCIX.

Verordnung, das muthwillige in die Wettejagen der Knechte betreffend, von 1799.

Durch eine Circular-Verordnung vom 13ten Merz 1792. sind zwar die Aemter angewiesen, den Unterthanen durch die Unterbediente rathen zu lassen, ihre Knechte, welche beym Zurückkehren nach Hause aus dem Dienste oder von sonstigen Fuhren mit Wagen und Pferden so unvernünftig jagen, daß dadurch ihren Brodherren an jenen und diesen Schaden entstehet, zur ernsthaften und abschreckenden Bestrafung einzuwrugen; dies muß aber unterblieben und jenes Rathgeben vergessen seyn, weil das muthwillige in die Wettejagen der Knechte, nach den auf Erfordern eingegangenen Berichten, an verschiedenen Orten des Landes wirklich noch fortdauert. Das Amt N. wird daher an die Beachtung der angeführten Verordnung erinnert und angewiesen, auch noch die Unterbedienten zur officiellen Anzeige und Einwrugung der Contraventionen zu instruiren. Detmold den 16ten Jul. 1799.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. C.

Verordnung, das Verscharren des an Wegen crepirten Viehes betreffend, von 1799.

Man hat mißfällig vernommen, daß zuweilen Pferde, welche fremden Fuhrleuten oder andern Durchreisenden unter Weges fallen, an der Landstraße liegen bleiben, und die Luft verpesten; weil der Wrasemeister sie zwar abledert, aber ohne die in der Landesherrlichen Verordnung vom 4ten May 1793. für die Verfertigung und Zuwerfung der Grube bestimmte Gebühr nicht verscharren will. 179

Da aber in solchem Fall, wo der unbekannte Eigenthümer nicht zur Bezahlung dieser Gebühr angewiesen werden kann, die Wrasemeister auf ihnen geschehene Anzeige zur unentgeldlichen Einscharrung der verreckten Pferde für die ihnen verbleibenden Häute billig schuldig sind: so haben alle Obrigkeiten auf dem Lande und in den Städten sie dazu in vorkommenden Fällen bey nachdrücklicher Strafe anzuhalten, auch überhaupt auf bessere Befolgung der angezogenen Verordnung, besonders darauf, daß jedesmal das verreckte Vieh sogleich nach geschehenem Abdecken gehörig eingescharret werde, pflichtmäßig zu achten, und die Bestrafung der Contravenienten zu befördern. Detmold den 27ten August 1799.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. CI.

Verordnung wegen der Betteljuden, von 1799.

In dem wegen der Betteljuden am 12ten Jun. 1794. erlassenen Landesherrlichen Edict §. 2. ist deswegen verordnet worden, daß jeder zu Fuß reisende fremde Jude wenigstens 5 Rthl. baares Geld bey sich haben müsse, damit ein solcher auf seiner Durchreise durch hiesiges Land oder bey seinem Aufenthalt darin von dem Seinigen leben könne, und nicht nöthig habe, der hiesigen Judenschaft auf irgend eine Weise beschwerlich zu fallen. Da man aber nunmehr die Erfahrung gemacht hat, daß der heilsame Zweck jenes Edicts nicht mehr erreicht wird, weil die Betteljuden von Profession sich nicht nur die zu ihrer Qualification erforderlichen Pässe, sondern auch besagte 5 Rthl. Geld zu verschaffen wissen, und hiesige Judenschaft diese mit ihren 5 Rthl. oft 2. 3. ja viermal in einem Jahr wiederkommenden Landläufer jederzeit aufnimmt, speiset und tränket und mit Almosen versiehet, wodurch seit einiger Zeit wieder eine ausserordentliche Menge von diesem Gesindel zur Gefahr der öffentlichen Sicherheit in hiesiges Land und besonders in hiesige Stadt hereingezogen worden ist: so wird nomine Sereniſſimi Regentis Hochfürstlichen Durchlaucht der einländischen Judenschaft die edictswidrige Aufnahme der fremden herumvagirenden Betteljuden auf das schärfeste untersagt, und insbesondere das Ausgeben und Annehmen der Billette zur Verpflegung reisender fremden Juden mit Speise und

Trank

Trank bey 20 Gfl. Strafe verboten; und soll derjenige einländische Schutzjude, welcher auch ohne Billet fremde herumvagirende Juden mit Almosen unterstützen, oder sie aufnehmen und speisen wird, als ein Beförderer der Betteley und öffentlichen Unsicherheit exemplarisch gestraft werden. Auch soll in Zukunft jeder beym Betteln betroffener Jude, es sey bey Christen oder Juden, eben so wie die christlichen Bettler behandelt und bestrafet werden. Zu dem Ende wird sämtlichen Obrigkeiten hierdurch aufgegeben, diese Verordnung in den Synagogen nicht nur öffentlich ablesen zu lassen, sondern auch die Unterbedienten und sonstigen Behörden darnach zu instruiren, und insbesondere dieselben anzuweisen, jedem zur Qualification sich einfindenden fremden Juden mit Verweisung auf seine fünf Thaler zu bedeuten, daß er in hiesigem Lande von dem Seinigen leben müsse, und keinem einländischen Juden, weder in den Städten noch auf dem Lande, mit Bitten um Almosen oder Essen und Trinken beschwerlich fallen dürfe, und zu gewärtigen habe, daß er im Entgegenhandlungsfalle als Bettler ergriffen und bestraft werde. Die Regierung erwartet mit nochmaliger Einschärfung der sorgfältigen Befolgung des Edicts vom 12ten Junius 1794. von den Obrigkeiten auch pflichtmäßige Beachtung der gegenwärtigen Verordnung und genaue Aufsicht auf die Entgegenhandlungen, so wie zunächst paritorischen Bericht von geschehener Vollziehung der oben vorgeschriebenen Bekanntmachungen. Detmold den 2ten October 1799.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. CII.

Verordnung, die Aufhebung der Personen- und Erhöhung der Kriegessteuer betreffend, von 1799.

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm Leorold, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc.

In der Verordnung vom 30ten August 1791. ist die Versicherung gegeben, daß die Leistung der im Jahr 1788 aufgelegten Personensteuer von allen Ständen, nur mit Ausnahme der Aemter Varenholz und Sternberg, die anstatt derselben einen jährlichen geringern Beytrag, nemlich den 12ten Contributions-Monat, in längerer Dauer entrichten, mit dem Ende des Jahrs 1798. aufhören solle. Da sich jetzt aus den darüber geführten Rechnungen ergeben hat, daß dieses Versprechen sich schon mit dem Eingang des Michaeli vorigen Jahrs fällig gewesenen, aber erst im laufenden Jahr erhobenen halbjährigen Termins erfüllen lasse, und also die Entrichtung der Personensteuer von den drey letzten Monaten des verflossenen Jahres nicht mehr nöthig sey: so machen Wir das wirkliche Ende dieser Steuer, nachdem dadurch das Landesbedürfniß, wozu sie bestimmt war, aufgebracht worden, zur allgemeinen Wissenschaft bekannt. So sehr Wir nun auch gewünscht hätten, damit die bis-

bisherigen Lasten Unserer treuen Unterthanen schon jetzt erleichtern zu können; so ist doch diese Freude Unserm Landesväterlichen Herzen noch zur Zeit versagt. Der zur Sicherheit Unsers Landes während des noch fortdaurenden Krieges unvermeidlich gewesene Beytritt zu den für die Beschützung des nördlichen Deutschlands getroffenen bekannten Vorkehrungen hat seit einigen Jahren einen großen, noch fortwährenden Kostenaufwand verursachet, der theils sowohl von der durch die Verordnung vom 23ten Decbr. 1794. den befreyeten Ständen und den contribuabeln Unterthanen nach dem Maaßstabe der Personensteuer aufgelegten Kriegssteuer, als auch von den nach solcher Verordnung auf die Ritterschaft und Städte schon repartirten, und selbst von Uns aus der Landrentey bewilligten Beyträgen noch mit bestritten, theils aber leihbar aufgenommen worden ist. Die Zuträglichkeit, die durch diese Anlehne entstandene Landesschuld so bald wie möglich zu tilgen, damit sie nicht durch den Auflauf der Zinsen zu einer noch beschwerlichern Last werde, leuchtet von selbst ein. Bey der auf letztem Landtage darüber mit getreuen Ständen von Ritterschaft und Städten gepflogenen Berathschlagung ist daher für nöthig und gemeinnützlich gehalten worden, zur Aufbringung der, vermöge einer gerechten, keine Ausnahme gestattende Repartition, auf die befreyete Stände und auf die contribuabeln Unterthanen des platten Landes fallenden Quoten die bisherige Kriegssteuer zu verdoppeln.

Ueberzeugt, daß alle Unsere getreue Unterthanen das Wohlthätige der Defensionsanstalten, die ihnen während der Zeit, daß die Einwohner so vieler andern Reichsländer die Verheerung und das Schrecken des traurigsten Krieges erlitten, Sicherheit des Lebens und des Eigenthums, Ruhe und Wohlstand gewährten, mit dankbaren Gesinnungen erkennen, und gern zu den damit verbundenen Kosten im billigen Verhältniß beytragen werden, haben Wir auch jene Erhöhung der Kriegssteuer genehmigt, zu deren Erhebung in den bisherigen Terminen die dazu niedergesetzte Commission au-

thorisiret, und erwarten mit Vertrauen von jedem desto bereitwilligere Entrichtung, da sie nach nun geendigter Personensteuer ohne Druck und Erhöhung der bisherigen Auflagen geschehen kann. Wir versichern dagegen auf das Verbindlichste, daß diese Steuer, so bald damit die Quoten der befreyeten Stände und der Contributionspflichtigen zu den Kriegs- und Landes-Defensions-Kosten aufgebracht sind, nicht nur in ihrer jetzigen Erhöhung, sondern auch völlig wieder aufhören, selbst nach den Umständen noch eher wieder vermindert, und zu dem Ende darüber wie bisher eine besondere richtige, von dem Landcasse-Administrations-Collegium jährlich abzunehmende Rechnung geführet werden solle. Dabey geben Wir allen Aemtern nochmals ernstlich auf, keinem Contribuenten Erlaß ohne Vorwissen der Kriegssteuer-Commission zu bewilligen, auch dazu keinem, der nicht offenbar unvermögend ist, behülflich zu seyn.

Endlich wollen Wir, daß diese Verordnung, damit sie zu jedermanns Wissenschaft gelange, an den gewöhnlichen öffentlichen Orten angeschlagen, von den Kanzeln verlesen und dem Intelligenzblatte eingerückt werde.

Gegeben in Unserer Residenz Detmold den 8ten Octobr. 1799.

Num. CIII.

Verordnung wegen des Obstbaues, von 1799.

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm Leopold, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg, Souverain von Vianen und Ameyden, Erburggraf zu Uetrecht ꝛc.

Zur Erweiterung und Verbesserung des so sehr nützlichen Obstbaues ist nicht nur bey Detmold eine Hauptbaumschule, worin die Seminaristen unter gehöriger Anweisung junge Obstbäume ziehen und veredlen, eingerichtet; sondern es haben auch schon einige Schullehrer auf dem Lande Baumschulen angeleget, woraus die Unterthanen veredelte Bäume für einen billigen Preis erhalten können.

Damit nun deren Anpflanzung und Anziehung junger Bäume auf den Höfen, in den Gärten und an sonst schicklichen Orten fleißiger wie bisher geschehe, und so dem Lande bessere Obstarten verschaft werden, setzen Wir, mit Beystimmung Unserer getreuen Landstände, auf drey Jahre demjenigen Unterthan auf dem Lande, er sey angesessen oder nur Einlieger, der in einem Jahre 20 veredelte Aepfel-, 15 Birn-, 5 Kirschen- und 10 gutartige Zwetschen-Bäume

me anpflanzt oder anziehet und ins dritte Laub bringt, auch solches bey seinen Beamten durch Atteste der Schullehrer des Districts und der Orts-Unterbedienten bescheinigt, eine Prämie von 5 Rthl. und eine große Preis-Medaille aus. Sollten in einem Amte oder in einer Vogtey mehrere zu dem Preise concurriren, so erhält ihn derjenige, welcher die mehrsten Bäume über obige Zahl angezogen hat. Wie dann auch jedem Schullehrer, der in einem Amte oder in einer Vogtey die erwähnte Anzahl Bäume, oder im Fall der Concurrenz die mehrsten darüber mit gutem Erfolg einem contribuablen Unterthan veredelt hat, nach darüber beygebrachter Bescheinigung, eine große Prämien-Medaille bewilliget werden soll.

Damit nun solches jedermann bekannt werde, so soll diese Verordnung zum Druck befördert, von den Kanzeln verlesen und ins Intelligenzblatt eingerückt werden.

Gegeben Detmold den 29ten October 1799.

Num. CIV.

Verordnung, die Holl- und Friesländsgänger betreffend, von 1799.

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm Leopold, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc.

Obgleich das Außerlandesgehen der Unterthanen auf Arbeit, besonders nach Holland und Friesland, ohne Anzeige und Erlaubniß-Paß durch mehrere Verordnungen bey schwerer Strafe verboten ist, und den jungen Leuten, wenn sie zum Dienen im Lande erforderlich sind, gar nicht verstattet werden soll: so nimmt doch solches von Jahr zu Jahr zu, und die Klagen über den dadurch entstehenden Gesinde-Mangel werden immer allgemeiner und dringender.

Die Landeswohlfahrt erfordert daher wirksamere Einschränkungsmittel; so gern Wir auch Unsern Unterthanen den Verdienst, den sie sich im Auslande durch Arbeit erwerben, gönnen. Denn für das Bedürfniß der Güterbesitzer an dem zum Ackerbau und zur Landwirthschaft überhaupt unentbehrlichen Gesinde muß vorzüglich gesorget werden, wenn die Hauptquelle des einheimischen Erwerbs und Wohlstandes sich nicht vermindern soll. Auch hält das zu frühe Auswandern die jungen Leute von gründlicher Erlernung des hiesigen Landhaushalts, und selbst von der Vollendung ihres Schul- und

Religionsunterrichts ab, schwächt oft durch schwere Arbeit bey schlechter Nahrung und Pflege und bey unordentlicher Lebensart ihre Gesundheit, und ist ihnen also in physischer und sittlicher Rücksicht schädlich.

Wir finden deswegen, nach vorheriger Berathung mit Unsern getreuen Landständen, für nöthig und heilsam, das Außerlandesgehen auf Arbeit, vornemlich nach Holland und Friesland, Unsern Unterthanen auf dem Lande vor erreichtem 20ten Lebens-Jahr allgemein und ohne Ausnahme, den Söhnen der Voll- und Halbmeyer, der Groß- und Mittelkötter aber, da es diesen an Gelegenheit, sich bey andern im Lande zu vermiethen, am wenigsten fehlen kann, auch ihnen vorzüglich die Uebung in allen Arbeiten des einheimischen Landhaushalts von Jugend auf zuträglich ist, falls nicht besondere Dispensationsgründe eintreten, bis nach zurückgelegtem 22ten Jahr ihres Alters, bey nachdrücklicher Geld- oder Leibesstrafe, zu verbieten. Dabey wollen Wir, daß in Ansehung der übrigen Unterthanen auf die wegen Einschränkung ihres Auswanderns vorhin ergangenen Verordnungen ferner gehörig gehalten werde, auch alle während ihrer Abwesenheit keine Befreyung von Einlieger-Gelde und Kriegssteuer zu genießen haben; sondern zur Entrichtung der letztern keine Exemtion leidenden Abgabe vor Aushändigung des Urlaubspasses angehalten werden sollen. Drosten und Beamte haben sich vor Ertheilung der Pässe das gesetzliche Alter der außer Landes gehenden jungen Leute, nöthigenfalls durch Taufscheine, nachweisen zu lassen, und überhaupt sich nach dieser Verordnung genau zu richten: die, damit sie zu jedermanns Wissenschaft gelange, durch öffentlichen Anschlag, durch Verlesung von den Kanzeln und durch das Intelligenzblatt bekannt zu machen ist.

Gegeben in Unserer Residenz Detmold den 30ten Octbr. 1799.

Num. CV.

Verordnung, die Verjährung unverbriefter Schulden betreffend, von 1799.

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm Leopold, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc.

Daß nach gemeinem Recht alle Schuldforderungs-Klagen erst in einem Zeitraum von 30 Jahren verjähret werden, ist in Ansehung der im gemeinen Leben am häufigsten vorfallenden Schulden für Kaufmanns-Waaren, Fabrikate der Handwerker, Arbeitslohn und dergleichen, worüber man gewöhnlich keine Schuldscheine ausstellet, mit Beschwerlichkeit und oft selbst mit Nachtheil verbunden. Dadurch wird man genöthigt, sich über jeden bezahlten Posten Quitung geben zu lassen, und diese ganzer 30 Jahre aufzubewahren, oder wer solche Vorsicht nicht beachtet, kann in den unangenehmen Fall kommen, aus Mangel des während einer so geraumen Zeit ihm obliegenden Zahlungsbeweises noch einmal bezahlen zu müssen, und dies kann besonders die Erben des verstorbenen Schuldners treffen.

Eine angemessene Verkürzung der gesetzlichen Verjährungs-Zeit vermindert nicht nur jene Unbequemlichkeit beträchtlich, sondern befördert auch das frühere gerichtliche Anmahnen der saumseligen Bezahler, und hält dadurch mit von zu vielem Schuldenmachen ab.

Wir wollen und verordnen daher, mit Beyrath Unserer getreuen Landstände, daß künftig alle Klagen und Ansprüche wegen unverbriefter oder solcher Schulden, worüber keine schriftliche Urkunde oder kein schriftliches Bekenntniß ausgestellet wird, die Gläubiger mögen Ein- oder Ausländer, gegenwärtig oder abwesend seyn, innerhalb 10 Jahren verjähret, und von dieser Einschränkung nur die unverbrieften Schulden der einländischen Kaufleute unter sich, und die diese bey ausländischen Kaufleuten contrahiren, zur Begünstigung des Handels ausgenommen seyn sollen.

Sämtliche Ober- und Untergerichte haben in vorkommenden Fällen diese Verordnung pünktlich zu beachten; und ist sie zu jedermanns Wissenschaft durch das Intelligenzblatt bekannt zu machen.

Gegeben in Unserer Residenz Detmold den 31ten Oct. 1799.

Num. CVI.

Verordnung wegen Anstellung der Nachtwächter und Patrouillen, von 1800.

Da es, wegen der seit einiger Zeit von zusammengerotteten Diebesgesindel durch Einbrüche verübten Diebereyen, die Sicherheit der Bewohner des platten Landes nöthig macht, daß Anstellung der Nachtwächter und Patrouillen da, wo solche bisher unterblieben ist, sofort geschehe: so werden Namens Sereniſſimi Regentis Hochfürstliche Durchlaucht diel deswegen am 1ten Febr. und 4ten Novbr. 1763, wie auch 20 Aug. 1764. erlassene Verordnungen hiedurch dahin erneuert, daß dem in jeder Dorfschaft angestellten oder noch anzustellenden Nachtwächter zwey Mann von den Eingesessenen zur Patrouille beygegeben werden, und diese abwechselnd mit jenem von 9 Uhr Abends bis 3 Uhr Morgens in der Dorfschaft beständig herumgehen, bey Entdeckung mehrerer Diebe durch Rührung der Klocke oder Trommel Lerm machen, damit die Eingesessene mit Forken oder Schießgewehr bewafnet zu Hülfe kommen, den Dieben nacheilen, sie arretiren und im Widersetzungsfall auf dieselben schießen können. Drosten und Beamte haben daher pflichtmäßig dafür zu sorgen, daß diese Einrichtung baldigst zur Ausführung komme, und besonders die Eingesessene, welche die Ordnung des Patrouillirens trift, sich dessen nicht entziehen, oder darin nachläſſig beweisen, sich also keine Verantwortung, Strafe und Schadens-Ersetzung zuziehen. Wie nun diese Verordnung befolgt sey, davon erwartet man in 14 Tagen Bericht. Detmold den 2ten Jan. 1800.

Fürstlich Lippische zur Regierung verordnete Director und Räthe daselbst.

Num. CVII.

Verordnung, die Abnahme der Judeneide betreffend, von 1800.

Von Gottes Gnaden Wir Friedtich Wilhelm Leopold, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc.

Da die in der Kaiserlichen Reichskammergerichts-Ordnung befindliche, bisher in Unsern Landesgerichten gebrauchte Formel des Judeneides der jetzigen Zeit nicht mehr angemessen, auch das dabey sonst zu Beachtende noch nicht gesetzlich bestimmt ist: so verordnen Wir mit Beyrath getreuer Landstände hiedurch, daß künftig bey Abnahme der Judeneide nach den in der allgemeinen Gerichtsordnung für die Preußischen Staaten Th. I. Tit. 10. vom § 317 bis 350. einschließlich enthaltenen Vorschriften, die im Auszuge beygefügt sind, in allen Puncten von Unsern sämtlichen Ober- und Untergerichten verfahren werden soll.

Zur allgemeinen Beachtung ist diese Verordnung durch das Intelligenzblatt bekannt zu machen. Gegeben Detmold den 4ten Merz 1800.

Zu Num.

Zu Num. CVII.

Auszug aus der allgemeinen Gerichts-Ordnung für die Preußischen Staaten.

Th. I. Tit. 10. §. 317 bis 350 einschließlich.

15) Eide der Juden.

§. 317.

Alle Eide der Juden, die ihnen von dem Gegentheile zu- oder zurückgeschoben, oder von dem Richter auferlegt worden, sollen in der Synagoge oder Schule abgeleistet werden.

§. 318.

An Orten, wo keine eigentliche Schule sich befindet, muß die Ableistung des Eides in demjenigen Zimmer oder anderen Privatgelasse geschehen, wo die daselbst wohnenden Juden ihre gottesdienstlichen Zusammenkünfte zu halten pflegen.

§. 319.

Den Fall dringender Nothwendigkeit ausgenommen, sollen die Juden an Sabbaths-Fest und Bußtagen mit Eidesleistungen verschont werden.

§. 320.

§. 320.

Zwey Neujahrstage; ein Versöhnungstag; der erste, zweyte, achte und neunte Lauberhütten-, der erste, zweyte, siebente und achte Ostertag; und zwey Pfingsttage sind als dergleichen jüdische Festtage anzusehen.

§. 321.

Die jüdischen Bußtage nehmen mit dem ersten jüdischen Neujahrstage ihren Anfang und endigen sich mit dem Versöhnungsfeste.

§. 322.

Unter allen übrigen vorstehend nicht benannten Tagen bleibt die Auswahl des Termins zur Eidesleistung dem Richter lediglich anheim gestellt.

§. 323.

Doch kann es an Orten, wo es bisher üblich gewesen, die Judeneide an einem Montage oder Donnerstage abzunehmen, dabey ferner sein Bewenden haben.

§. 324.

Zu jeder Eidesleistung muß der Schwörende zwey Zeugen mitbringen; auch muß der Rabbiner des Orts, oder ein jüdischer Assessor oder Gelehrter gegenwärtig seyn.

§. 325.

Dieser Rabbiner, Assessor oder Gelehrte kann, im Nothfalle, zugleich die Stelle des zweyten Zeugen vertreten.

§. 326.

§. 326.

Ist die Gegenparthey des Schwörenden ein im Orte sich aufhaltender Jude, so muß auch dieser bey der Eidesleistung in Person erscheinen.

§. 327.

Diesem wird durch den Rabbiner, Assessor oder Gelehrten die Strafe des Bannes angedroht, wenn er etwa ohne Grund auf der Eidesleistung beständе.

§. 328.

Diese Ankündigung muß derselbe mit Amen beantworten.

§. 329.

Der Schwörende selbst muß sich zur Eidesleistung durch Abwaschung der Hände und durch Anlegung des Gebetmantels und der Gebetschnur vorbereiten.

§. 330.

Vor wirklicher Ableistung des Eides muß der Rabbiner oder Gelehrte dem Schwörenden nachstehende Warnung vorhalten:

Ein jeder gläubiger Israelit ist schuldig, der Obrigkeit, sie sey jüdisch oder christlich, bey Rechtsstreitigkeiten die Wahrheit zu gestehen, und solche, auf ihr Begehren, mit einem Eide zu bekräftigen. Ein von der christlichen Obrigkeit geforderter Eid ist also, nach der Lehre der Rabbiner, für keinen unrechtmäßiger Weise erzwungenen Eid zu achten. Wer daher die christliche Obrigkeit durch einen falschen Eid hintergeht, oder dabey etwas anders denkt, als er sagt, der entheiligt den Namen Gottes und begeht einen Meineid. Der Meineid ist das schrecklichste Verbrechen, dessen sich

der Mensch schuldig machen kann. Die ganze sittliche Welt beruhet (wie die Rabbiner sagen) auf dreyerley, auf Recht, Wahrheit und Frieden. Ungerechtigkeit und Lügen sind also schon an sich selbst höchst strafbare Verbrechen, indem sie die Zerrüttung der sittlichen Welt zur Folge haben. Bey einem Meineide kommt der Frevel dazu, daß der Meineidige den Gott der Wahrheit zum Zeugen der Unwahrheit, und den Gott der Gerechtigkeit selbst zur Bestrafung der Ungerechtigkeit auffordert, und also den Namen des Allerhöchsten bey einer sehr schändlichen That mißbraucht.

Daher auch die ganze Welt erschüttert worden, als der Gott unserer Väter auf dem Berge Sinai die Worte hat hören lassen:

Du sollt den Namen des Ewigen, deines Gottes, nicht bey einer Unwahrheit mißbrauchen.

Wenn jeder andre Verbrecher durch Buße und Sinnesänderung von der Strafe Gottes sich befreyen kann, so kann doch der Meineidige, durch die stärkste Buße, ohne hinlänglichen Ersatz, keine Vergebung hoffen; denn es heißt ausdrücklich:

Der Ewige, dein Gott, wird denjenigen nicht ungestraft lassen, der seinen Namen bey einer Unwahrheit mißbraucht.

Bey einem jeden andern Verbrechen trift die Strafe blos den Sünder und die Mitschuldigen, oder die dem Uebel hätten steuern können; bey einem Meineide aber leidet die ganze Familie des Verbrechers; ja das ganze Land, in welchem er wohnt, empfindet die darauf folgende göttliche Strafe.

Bey einem jeden andern Verbrechen wird dem Verbrecher öfters, durch die Langmuth des barmherzigen Gottes, eine Zeitlang nachgesehn; auf einen Meineid aber folgt die

Strafe

Strafe unverzüglich, und also fort; denn so heißt es in dem Propheten Zach Kap. 5. v. 4.

Ich will den Fluch hervorbringen, spricht der Herr Zebaoth, daß er soll kommen über das Haus des Diebes, und über das Haus derer, die bey meinem Namen fälschlich schwören, und er soll bleiben in ihrem Hause, und soll es verzehren samt seinem Holz und Steinen.

§. 331.

Dem Rabbiner oder Gelehrten steht es frey, dieser vorgeschriebenen Warnung noch andere schickliche, den Umständen angemessene Vermahnungen und Gründe, beyzufügen.

§. 332.

Nach der Admonition muß die dabey gegenwärtige Gerichtsperson, mit Beyhülfe des jüdischen Gelehrten, die Sühne nochmals versuchen.

§. 333.

Läuft dieser Versuch fruchtlos ab, und besteht also der Gegentheil auf der Ableistung des Eides, so rufen die anwesenden Juden einander zu:

Weichet von dem Aufenthalte dieser frevelhaften Leute!

worauf sich alle übrigen Juden, bis auf den Rabbiner oder Assessor, und die Zeugen entfernen.

§. 334.

Der Rabbiner oder Assessor redet hierauf den Schwörenden an:

Wisse, daß du nicht nach deinem Sinne und deiner Auslegung der Worte, sondern nach dem Verstande, den wir

und die Richter mit den Worten verbinden, den Eid ablegest.

§. 335.

Nach dieser zweyten Ermahnung tritt der Schwörende vor dem Gesetzschrank; der Klopfer öfnet die Thür des Schranks, nimmt eine bekleidete Thora heraus, und giebt sie dem Schwörenden in den Arm.

§. 336.

Alsdann wird dem Schwörenden, wenn derselbe Geschriebenes lesen kann, die Formel des Eides, welchen er ableisten soll, in die Hand gegeben, und er eröfnet den Schwur mit den Worten:

Ich schwöre bey Adonai, dem Gott Israels ꝛc.

Am Schlusse des Eides wird die Bekräftigungsformel beygefügt:

Wenn ich falsch schwöre, so müssen mich alle die Strafen treffen, welche mir in der geschehenen Vermahnung angedeutet worden. Amen.

§. 337.

In der Eidesformel muß das Wort Adonai, mit den hebräischen Mitlautern des Worts Jehovah, verzeichnet seyn.

§. 338.

Es versteht sich von selbst, daß, wenn der Schwörende der deutschen Sprache nicht kundig ist, die Eidesformel, mit Innbegrif vorgedachter Anfangsworte, in seine Sprache durch einen vereideten Dollmetscher übersetzt werden, und dieser letztere der Eidesabnahme beywohnen müsse.

§. 339.

§. 339.

Kann der Schwörende gar nicht Geschriebenes lesen, so muß ihm zwar der Eid von dem Rabbiner oder Assessor vorgesagt, und von ihm Wort für Wort nachgesprochen werden.

§. 340.

Es muß aber derjenige, welcher den Eid abnimmt, das Wort Adonai nicht mit vorsagen, sondern nur gedachtes Wort auf der in der Schule befindlichen Tafel dem Schwörenden vorzeigen, damit er solches selbst ausspreche; weil die Wiederholung des Worts Adonai bey einerley Handlung nach jüdischen Religionsgrundsätzen für sündhaft angesehen wird.

§. 341.

Um die Eideshandlung nicht zu unterbrechen, muß derjenige, welcher den Eid abnimmt, den Schwörenden wegen dieses Umstandes vorläufig unterrichten.

§. 342.

Die bey der Eidesleistung gegenwärtige christliche Gerichtsperson muß den ganzen Vorgang umständlich zum Protocolle verzeichnen, und darauf Acht geben, daß der Eid, dieser Vorschrift gemäß, abgenommen werde.

§. 343.

In Sachen der Juden gegen Juden bedarf es bey jüdischen Zeugen keines Eides, sondern es werden dem Zeugen nur die zehn Gebote und die im mosaischen Gesetze ausdrücklich befohlne Pflicht, als Zeuge die Wahrheit zu sagen, von dem Rabbiner oder Gelehrten ernstlich zu Gemüthe geführt.

§. 344.

Wenn Christen bey einer Rechtssache ein Interesse haben, so können auch die jüdischen Zeugen der Ableistung des förmlichen Zeugen Eides sich nicht entziehen.

§. 345.

Die Abnahme des Eides geschieht alsdann ebenfalls mit Zuziehung eines Rabbinen oder jüdischen Assessors und der Zeugen, auch mit den §. 329 folg. bey andern Juden-Eiden vorgeschriebenen Feyerlichkeiten.

§. 346.

Dagegen aber darf

1) der Zeugen-Eid nicht nothwendig in der Schule, sondern er kann auch an gewöhnlicher Gerichtsstätte abgeleistet werden.
2) Es bedarf nicht des §. 332. 333. 334. vorgeschriebenen Sühnversuchs, Zurufs und der wiederholten Admonition.
3) Die §. 327. 328. vorgeschriebene Vermahnung findet nur in dem seltenen Falle statt, wenn der Producent ein Jude, und bey der Abnehmung des Zeugen-Eides persönlich zugegen wäre.
4) Dem schwörenden Zeugen muß der Rabbiner oder Assessor statt der Thora die Tephillim in den Arm geben.
5) In dem Falle des §. 339. müssen dem des Lesens unkundigen Zeugen die Mitlauter des Worts Jehovah, statt der in der Schule befindlichen Tafel, so wie sie in der Eidesformel selbst verzeichnet sind, zum Aussprechen vorgewiesen werden.

§. 347.

Die Judenweiber können nur zu einer Zeit, wo sie von der monatlichen Reinigung frey sind, schwören.

§. 348.

§. 348.

Fällt daher der zur Eidesleistung angesetzte Termin in die Zeit ihrer monatlichen Reinigung, so liegt ihnen ob, dessen Verlegung zu suchen.

§. 349.

Der Schwangerschaft wegen können jüdische Weibspersonen sich der Eidesleistung nicht entziehen.

§. 350.

Wenn jedoch der Gegentheil oder, bey Zeugen-Eiden, beyde Partheyen die Aussetzung des Eides bis nach erfolgter Niederkunft sich gefallen lassen, so soll ihnen der Richter darin nachsehen. Kindbetterinnen können nicht eher, als nach erfolgter Reinigung, zur Ableistung eines Eides angehalten oder zugelassen werden.

Jüdische Weibspersonen, die außer der Ehe geschwängert worden, können unter dem Vorwande, daß sie um deswillen von den gottesdienstlichen Versammlungen der Gemeine ausgeschlossen wären, von der Ableistung des Eides in der Synagoge, wenn der Gegentheil darauf besteht, nicht dispensirt werden.

Num. CVIII.

Verordnung wegen der Freybriefe, von 1800.

Ohngeachtet die Verordnung vom 18ten Nov. 1756. deutlich vorschreibt, daß in den von den Beamten zu ertheilenden Bescheinigungen wegen der von Eigenbehörigen nachzusuchenden Freybriefe nicht blos der, denenselben verschriebene Brautschatz, sondern auch das, was sie außerdem im Vermögen haben, bemerkt werden solle; so ist dieselbe dennoch, nach der deswegen von Fürstlicher Rentkammer geschehenen Anzeige, nicht durchgehends gehörig befolgt worden. Da nun aber dies zum Nachtheil der Herrschaftlichen Interesse gereichet; so wird nomine Sereniſſimi Regentis Hochfürstliche Durchlaucht das Amt N. N. hiemit angewiesen, jener Verordnung zu Folge in seiner Bescheinigung das ganze Vermögen des den Freybrief suchenden Eigenbehörigen so wohl an Brautschatz, als an erworbenen Baarschaften, oder ausstehenden, oder solchen Geldern, welche derselbe zur Zeit seiner Verheirathung oder der nachgesuchten Freykaufung auf irgend eine Art erhalten hat, genau und bestimmt anzuführen.

Detmold den 10ten Jun. 1800.

Fürstlich Lippische Regierung
daselbst.

Num. CIX.

Num. CIX.

Verordnung, die zu frühen Beerdigungen betreffend, von 1800.

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm Leopold, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg, Souverain von Vianen und Ameyden, Erbburggraf zu Uetrecht ꝛc.

Viele unbezweifelbare und öffentlich zur Warnung bekannt gemachte Beyspiele beweisen, daß Menschen von jedem Alter in sehr vielen Krankheiten, z. B. in Schlagflüssen, Krämpfen, Ohnmachten, Mutterzufällen, Stickflüssen, heftigen Brechen und Durchfall, Blutflüssen, wie auch bey heftigen Leidenschaften, bey Schwangerschaften, und während oder gleich nach der Geburt, selbst auch in hitzigen Fiebern, Nervenfiebern, bösartigen Wechselfiebern, Blattern u. s. w., mehrere Tage alle Merkmale an sich haben, die man insgemein für sichere Zeichen des Todes hält, und doch nicht wirklich und vollkommen todt seyn, sondern noch das Vermögen behalten können, wieder aufzuleben. Besonders können Personen, die plötzlich, ohne daß sie vorher sehr krank gewesen sind, oder die in Krankheiten unvermuthet starben, und ohne daß vorher die gewöhnlichen Zufälle eines herannähernden Todes bemerkt wurden, nicht völlig todt seyn, sondern noch verborgenes Leben in sich haben. Oft sind solche nur scheinbar todte Personen durch einen glücklichen Aufschub

ihres Begräbnisses oder durch sonst einen günstigen Umstand, oder durch eine zweckmäßige Behandlung wieder in das Leben zurückgekehrt; es sind aber auch Fälle bekannt, wo Menschen, bey welchen man weder Athem noch Puls bemerken konnte, deren Augen gebrochen, deren Glieder völlig steif waren, die sich überall eiskalt anfühlen ließen, bey welchen kein Blut mehr aus einer geöfneten Ader floß, welchen die untere Kinnlade herabhieng und die hie und da an ihrem Leib mißfärbige Flecken hatten, für würklich todt gehalten und begraben wurden, von deren schauderhaften Wiedererwachen im Grabe aber, bey einer nachherigen Oefnung desselben, der abgestoßene Sargdeckel oder die veränderte Lage der Leiche, oder das Liegen derselben außerhalb ihres Sargs, augenscheinlichen Beweiß gab. Wir sind überzeugt, es sey dringendes Verlangen eines jeden, vor diesem schrecklichsten aller Schicksale, noch lebendig begraben zu werden, oder im Grabe wieder zu erwachen, und alsdann aus fürchterlicher Angst und Verzweifelung, aus Hunger und Durst, einen unaussprechbar harten Tod zu sterben, gesichert zu werden.

Diese Ueberzeugung, die Religion und die Menschlichkeit haben Uns zu dem Entschluß bewogen, mit Landesväterlicher Fürsorge und Landesherrlichem Ernst diese schauderhafte Gefahr, lebendig begraben zu werden, von allen Bewohnern Unsers Landes auf eine hier ausführbare Weise abzuwenden, und zu dem Ende mit Beyrath Unserer getreuen Stände von Ritterschaft und von den Städten nachfolgende Verordnungen öffentlich bekannt machen zu lassen, und deren genaue Befolgung hierdurch ernstlich anzubefehlen:

I) Es soll keine Leiche, auch nicht die Leichen der Juden, ehe, als nach völligen Ablauf von **zwey und siebenzig Stunden** begraben werden; es sey dann, daß ein verpflichteter Arzt oder Wundarzt, oder in von denselben entfernten Ortschaften der Schulmeister mit dem Bauerrichter, und nur im Fall deren Abwesenheit oder Krankheit ein Vorsteher mit zwey andern glaubhaften Personen durch

durch ein schriftliches und ohnentgeldlich zu ertheilendes Zeugniß bescheiniget haben, daß die Leiche, welche begraben werden soll, schon einen starken Todten-Geruch an sich habe. Dieser besondere, sehr widrige, faulichte Geruch muß aber erst einige Zeit nach dem Absterben der Person entstanden, und darf nicht blos an einem Theil der Leiche bemerklich seyn, sondern er muß sich über alle Gliedmaßen und über den ganzen Körper erstrecken; insgemein ist er auch mit blaulichen, bräunlichen, besonders mit grünlichen Flecken, mit einer Aufgedunsenheit des ganzen Körpers, besonders des Unterleibs und mit einer aus dem Munde oder der Nase fließenden, übelriechenden Feuchtigkeit vergesellschaftet. Diese Merkmale sind der Anfang einer allgemeinen Fäulniß der Leiche. Der Eintritt derselben, und wo derselbe wegen besonderer Beschaffenheit der Witterung, z. B. bey trockner starker Kälte, oder des Orts, wo die Leiche liegt, oder der Leiche selbst, nicht so bald als gewöhnlich erfolgen kann, die Länge der Zeit, binnen welcher ein Verstorbener alle und jede andere Zeichen des Todes an sich hat, sind auch nur die einzigen untrüglichen Beweise eines wirklichen Todes. Das über den Eintritt des allgemeinen und starken Todtengeruchs auszustellende Zeugniß bedarf keiner Weitläuftigkeit, es ist hinreichend, wenn dasselbe kurz, ohngefähr mit den Worten: „Es wird hierdurch bescheinigt, daß der (die) verstorbene N. N. einen starken allgemeinen Todtengeruch von sich gebe;" und mit Beyfügung des Datums und eigenhändiger Namens-Unterschrift ausgestellt wird.

II) Weil bey nachfolgenden Todesfällen der Scheintod häufiger statt findet, so sollen Personen, welche plötzlich oder an Schlagflüssen, Schlafsuchten, Stickflüssen, Starrsuchten, Fallsuchten, Zuckungen oder an großen Verblutungen, schnellen und sehr heftigen Erbrechen und Laxiren, an Ohnmachten, an heftigen Gemüthsbewegungen, z. B. Zorn, Schrecken, Freude, oder in oder sogleich nach schwerer Geburtsarbeit verstürben, so auch die Ertrunkenen,

kenen, von Dünsten oder Dämpfen Erstickten, die Erwürgten oder Erhängten, die Erfrornen, die vom Blitz Gerührten, die durch Sturz oder Fall Leblosen und die erdrückten Kinder, ohne Rücksicht auf die Länge der Zeit, nicht ehe begraben werden, als bis an ihren Leichen der allgemeine und deutliche Todes-Geruch eingetreten, und das Daseyn desselben durch ein schriftliches Zeugniß, so wie Wir dasselbe oben unter I verordnet haben, gehörig und sicher bescheiniget worden ist.

Da aber bey Personen, die nur todt scheinen, das noch übrige schwache und unmerkbare Leben durch eine unsanfte und unvorsichtige Behandlung derselben vollends getödtet werden kann: so erfordert auch die Pflicht der Menschlichkeit, daß man alle so eben Verstorbenen, von welchen manche noch nicht völlig todt seyn können, und vielleicht noch hören und fühlen, was mit ihnen vorgeht, und jede fortgesetzte Sorgfalt für sie noch segnen, nicht sogleich als völlig todt behandle, sondern ihnen noch die nemliche Theilnahme und Fürsorge erzeige, als vor dem Augenblick ihres Verscheidens; dem zufolge sollen

III) die Abgeschiedenen nicht sogleich aus dem Bette und der Wärme genommen und wo anders hingelegt werden, sondern man soll sie noch wenigstens zwölf Stunden lang ruhig und ohne sie auszukleiden in dem Bette, wo sie starben, und in der Wärme, und zwar mit dem Kopfe etwas erhaben liegen lassen; auch soll man ihnen den Mund und die Nase nicht verbinden, ihr Gesicht nicht bedecken, auch sonst keine Binden an ihrem Körper dulden. Während dieser Zeit soll öfters nach dem Verstorbenen gesehen und auf das sorgfältigste Acht gehabt und untersucht werden, ob sich nicht vielleicht ein Zeichen des Lebens, z. B. ein Puls- oder Herzschlag, ein leichtes Athmen, ein Zucken im Gesicht oder an den Fingern oder an den Zähen zeigt, in welchem Fall man alsbald den nächsten Arzt oder Wundarzt herbey rufen muß, und sogleich die Füße und Schenkel

kel der wieder Lebenszeichen von sich gebenden Leiche mit warmen wollenen Tüchern gelinde reiben, starkriechende Sachen, im Nothfalle nur zerschnittene Zwiebeln, vor die Nase halten, das Gesicht und die Brust mit warmen Wein oder mit warmen zur Hälfte mit Brantewein vermischten Wasser waschen, und in die Herzgrube ein mit warmen Brantewein durchnässetes Tuch legen soll. Im Fall, daß zwey Kranke in einem Bette liegen müßten, wovon der eine stürbe und kein zweytes Bette vorhanden wäre, worin man den noch Lebenden legen könnte: so muß der Verstorbene vorsichtig und in seinen anhabenden Kleidern aus dem Bette genommen, an einen eben so warmen Ort gebracht, und da auf einen Tisch oder auf ein ähnliches Gerüste, über ein Unterlager von Betten, Heu oder Stroh und auch mit dem Kopf etwas erhaben gelegt, mit erwärmten Decken oder Kleidungsstücken gehörig bedeckt, und öfters und sorgfältig nach ihm gesehen werden. Wird ein Verstorbener nach Verlauf der zwölf oder mehrerer Stunden aus seinem Bette genommen: so muß er an einen Ort gebracht werden, der reine und frische Luft hat, und der, wenn es immer möglich, im Winter erwärmt wird; auch noch an diesem Ort und während dieser Zeit dürfen der Leiche keine Binden angelegt und ihr Gesicht nicht bedeckt werden, dabey muß man noch immer öfters nach ihr sehen, und Acht haben, ob sie kein Lebenszeichen äußere. Ueberdies soll auch keine Leiche ehe als zwölf Stunden vor ihrer Beerdigung zum Begräbniß angekleidet und in den Sarg gelegt werden, auch soll der Sarg offen gelassen und nicht ehe zugemacht werden, als bis er zum Grabe getragen werden soll. Giebt aber die Leiche noch vor dieser eben verordneten Ankleidungszeit, oder noch ehe als sechzig Stunden nach ihrem Absterben verflossen sind, schon einen starken Todtengeruch von sich, und äußern sich auch andere Merkmale der Fäulniß an ihr: so soll sie, aber nicht ehe als bis der Todtengeruch und die Merkmale der Fäulniß, wie oben verordnet, vom Arzt, Wundarzt, oder vom Bauerrichter und Schulmeister bescheiniget worden, eingesargt, der Sarg fest

vernagelt und die Leiche so bald als immer möglich begraben werden.

Wir haben das Zutrauen zu allen christlichen und jüdischen Einwohnern Unsers Landes, daß sie die gute, gerechte, menschenliebende Absicht dieser Verordnung anerkennen, und sich durch keine hergebrachte Sitte oder Meynung von der genauen Befolgung derselben abhalten lassen werden, wie dann z. B. die Meynung, man müsse, so lange eine Leiche im Hause sey, seine Geschäfte und Handthierung ruhen lassen, blos irriger Glaube ist, welchen weder die Vernunft noch die Religion gebietet.

Endlich wollen Wir, daß diese Verordnung zu jedermanns Wissen und Nachachtung von den Kanzeln abgelesen und an den gewöhnlichen Orten öffentlich angeschlagen werde; befehlen auch allen Obrigkeiten, Predigern, Aerzten, Wundärzten, Küstern, Schulmeistern und Unterbedienten, auf die Befolgung derselben genau zu achten und die Entgegenhandlungen zur Bestrafung zu befördern.

Gegeben Detmold den 8ten Jul. 1800.

Num. CX.

Verordnung wegen der sogenannten Stockflinten, von 1800.

Eine sogenannte Stockflinte, d. i. ein Gewehr, wovon der mit Firniß überstrichene oder mit Leder überzogene Lauf abgeschroben und als ein Stock gebraucht, und der Schaft unter der Kleidung versteckt getragen werden kann, hat sich bey einem an der Wildbahn wohnenden Unterthan gefunden; es sollen auch mehrere dergleichen Gewehre im Lande angetroffen werden.

Da aber solche für die Wildbahn und für die öffentliche Sicherheit gefährlich sind: so wird Namens Sereniſſimi Regentis Hochfürstliche Durchlaucht nicht nur das Kaufen und Verkaufen derselben verboten, sondern auch vor deren Gebrauch bey Vermeidung der Confiscation und willkührlicher Strafe gewarnet. Detmold den 22ten Jul. 1800.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. CXI.

Num. CXI.

Verordnung, die Anzeige eines entstandenen Brandes betreffend, von 1800.

Nach §. 12. der Verordnung vom 24ten Jun. 1756. soll von einem entstandenen Brande sogleich vorläufig berichtet werden. Das unterbleibt aber meistens, Sereniſſimus wollen jedoch, daß es ohne allen Verzug geschehe, und daher hat das Amt N. jene Vorschrift genau zu befolgen.

Detmold den 21ten October 1800.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. CXII.

Verordnung wegen unzulässiger Gastereyen, von 1800.

Dem Vernehmen nach wird jede Gelegenheit, z. B. wenn jemand neue Fenster machen, ein Haus durch einen Anbau vergrößern, eine neue Dehl anlegen läßt, wenn er ein Stück Vieh verliehret, dazu benutzt, ein Gastmahl vorzüglich von Bier und Brantewein anzustellen. Da dies aber der Verordnung vom 1sten April 1783 zuwider ist; so wird solche Namens Sereniſſimi Regentis Hochfürstliche Durchlaucht hierdurch erneuert, das Anstellen dergleichen Gastereyen bey nachdrücklicher Strafe verboten, und Drosten und Beamten aufgegeben, durch die Unterbedienten auf die einzuwrugende Contraventionen genau achten zu lassen. Detmold den 21ten Octobr. 1800.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. CXIII.

Bekanntmachung wegen des mit dem Fürstenthum Anhalt-Bernburg aufgehobenen Abzugsrechts, von 1800.

Zwischen hiesigen und den Fürstlich Anhalt-Bernburgischen Landen ist das Abzugsrecht durch eine Convention völlig aufgehoben, jedoch sind davon das Amt Hoym, wie auch die adlichen Patrimonialgerichte zu Hohenerxleben, Rathmannsdorf, Hecklingen, Gänsefurth, Leau, Schlewippgrona, Klincken, Burow und Senst ausgenommen; welches den Aemtern, Magistraten und Herrschaftlichen Richtern bekannt gemacht wird, um sich darnach in vorkommenden Fällen zu achten. Detmold den 28ten Oct. 1800.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. CXIV.

Verordnung wegen der Hegezeit, von 1800.

Da die Ursachen, weswegen zur Schonung des sehr abgenommenen kleinen Wildprets der Anfang der Hegezeit auf den 1ten Februar, während dreyer sich mit dem jetzigen endigenden Jahre, durch die Verordnung vom 9ten Januar 1798. bestimmt ist, noch fortdauren, und daher die Verlängerung dieser noch auf die nächstfolgenden drey Jahre 1801. 1802 und 1803. im letzten Landtage beschlossen ist: so wird solches Namens Serenissimi Regentis Hochfürstliche Durchlaucht hiermit allen Jagd-Interessenten zur genauen Befolgung bey Vermeidung nachdrücklicher Strafe bekannt gemacht. Detmold den 18ten November 1800.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. CXV.

Verordnung wegen der Patrouillen und Visitationen der Wirthshäuser, von 1800.

Sowol im hiesigen Lande, als in benachbarten Provinzen, sind kürzlich wieder von Räuberbanden Einbrüche und Diebstähle verübt, und daher wird das Amt N. ernstlich erinnert, die Verordnung vom 21sten Jan. d. J. wegen Anstellung der Nachtwächter und Patrouillen, besonders der letzten, da wo sie etwa noch nicht geschehen oder wieder in Abgang gekommen seyn sollten, schleunigst zur Vollziehung zu bringen, auch die gewöhnlichen Visitationen der Wirthshäuser, Krüge und anderer verdächtigen Oerter durch die Unterbedienten wenigstens dreymal in jedem Monathe und zwar mit Beygebung einiger Unterthanen als Schützen unfehlbar vornehmen zu lassen. Dann hat auch noch das Amt bekannt zu machen, daß zwar den Patrouillen und andern Dorfsbewohnern erlaubt werde, nach den fliehenden Dieb, wenn er auf Anruf nicht stehet, und sich nicht freywillig ergiebt, zu schießen, hiebey aber wegen der zu Hülfe eilenden Unterthanen die nöthige Vorsicht zu gebrauchen sey, und daß diejenige Patrouille, welche die Einlieferung eines oder mehrerer zu einer Bande gehörender Spitzbuben bewirken würde, eine angemessene Belohnung zu erwarten habe. Detmold den 21ten Novbr. 1800.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. CXVI.

Num. CXVI.

Verordnung wegen der Taufe schwächlicher Kinder, von 1800.

Es haben sich auch in den hiesigen Landen schon mehrere traurige Fälle ereignet, daß neugebohrne und zumal schwächliche Kinder, welche bey heftiger Kälte oder bey anderer ungesunder Witterung aus den eingepfarrten Dorfschaften oder Höfen in die Kirche oder zu den Prediger zur Taufe getragen worden, entweder schon auf dem Hin- oder Herwege, oder doch bald nach ihrer Rückkunft in das elterliche Haus, gestorben sind; es ist leicht begreiflich, daß solche Kinder, wenn man sie frühzeitig aus ihrer gewohnten und ihrem schwachen Leben auch nothwendigen Wärme in eine sehr kalte oder sonst ungesunde Luft bringt, und sie den nachtheiligen Wirkungen derselben eine Zeitlang aussetzt, entweder alsbald ihr Leben einbüßen, oder sich darin doch den Keim oder die erste Ursache zu mancherley Krankheiten, z. B. Zuckungen, Stickflüssen, Entzündungen, Durchfällen und dergleichen zuziehen müssen. Um also das Leben und die Gesundheit der Neugebohrnen, so viel als vorjetzt ohne Eingriffe in die Gewissens-

rechte und die Religionsmeynungen, wie auch nach Lage der Umstände geschehen kann, gegen diese Gefahr zu schützen, wird auf Serenissimi Regentis Hochfürstliche Durchlaucht gnädigsten Befehl den Aemtern hiedurch aufgegeben: die Hebammen ihres Amts-Bezirks vorladen zu lassen, ihnen die Nachtheile und die Gefahr, welcher man neugebohrne, zumal schwächliche oder kränkliche Kinder aussetzt, wenn sie bey heftiger Kälte oder rauher ungesunder Witterung einen etwas langen Weg zur Taufe getragen werden, so viel als möglich anschaulich zu machen, und ihnen bey verhältnißmäßiger Geld- oder Leibesstrafe und nach Befinden auch Cassation ernstlichst anzubefehlen, daß sie, bey einer sehr heftigen Kälte, oder im tiefen Schnee, oder bey sehr rauher, stürmischer Witterung, kein neugebohrnes Kind nach einer etwas entfernten Kirche oder Behausung des Predigers zur Taufe tragen, sondern den Eltern die damit verbundene Lebensgefahr des Kindes vorstellen sollen, so daß die Taufe entweder noch einen Sonntag ausgesetzt, oder in dem elterlichen Haus von dem Prediger verrichtet werde.

Dabey sollen die Aemter die Hebammen nachdrücklichst und auch bey unvermeidlicher obiger Strafe erinnern und anweisen, daß sich selbige vor und bey dem Tragen der Kinder zur Taufe, und eben so auf dem Heimtragen derselben von der Taufe, jederzeit, und auch wenn die Witterung kalt oder rauh ist, des übermäßigen Branteweintrinkens enthalten, damit die Kinder nicht in Gefahr kommen, von ihren trunkenen und dadurch unbesonnenen Bademüttern unvorsichtig und auf eine nachtheilige Weise entblößt, oder durch Unachtsamkeit und Sorglosigkeit in dem Küssen, worin man sie trägt, erstickt zu werden. Außerdem haben die Aemter allen ihren untergebenen Hebammen bey unabbittlicher obiger Strafe aufzugeben, daß sie, selbst auch bey wärmerer und guter Witterung, kein neugebohrnes Kind, welches schwach oder kränklich zur Welt gekom-

gekommen, oder es nach seiner Ausgeburt geworden, nach der Kirche oder zum Prediger zur Taufe bringen, sondern vielmehr dem Prediger die Schwachheit oder die Kränklichkeit alsbald anzeigen, welcher nach K. IX. §. 4. 5. 6. der Kirchen-Ordnung und nach einem jetzt in dieser Hinsicht vom Fürstlichen Consistorium an die Prediger erlassenen Rescript das schwächliche oder kränkliche Kind in dem elterlichen Haus, gegen achtzehn Mariengroschen Stollgebühren, und bey Unvermögenden ohnentgeldlich, mit dem Sakrament der Taufe versehen wird.

Die Aemter haben ein wachsames Auge auf die genaue Befolgung dieser Verordnung zu richten, ihren Inhalt den Unterbedienten bekannt zu machen, und sie zur Obacht auf die Folgeleistung derselben und zur Anzeige der Contravenienten ernstlich anzuhalten. Detmold den 9ten December 1800.

Fürstlich Lippische Regierung daselbst.

Num. CXVII.

Verordnung, die Prästationen von neu erbauten Kotten betreffend, von 1800.

Da mit Fürstlicher Kammer vereinbaret ist, daß, wenn Kotten auf herrschaftlichen, eigenbehörigen Höfen angebauet werden, die Besitzer derselben den Kottenthaler, drey Handburgfestdienste und ein Rauchhuhn, hingegen wenn dieser Anbau auf freyen, jedoch contribuablen, oder auf andern eigenbehörigen Colonaten geschiehet, nur den Schutzthaler und drey Handburgfestdienste übernehmen sollen: so wird solches dem Amte N. zur Nachricht und Nachachtung bekannt gemacht. Detmold den 30ten Dec. 1800.

Ende des vierten Bandes.

Repertorium

Repertorium

über den

vierten Band

der

Landes-Verordnungen

der

Grafschaft Lippe

von 1790 bis 1800.

Lemgo,

gedruckt mit Meyerschen Schriften, 1801.

Nachricht.

Die Artikel, wobey ein * stehet, sind auch schon in den vorigen Repertorien enthalten.

Aas *

Die Verordnungen wegen des Verscharrens des verreckten Viehes werden erneuert. Seite 76. 201.

Abgaben *

Von der Verjährung jährlicher Abgaben. S. 119.

Abzugsgeld *

Ist mit den Herzoglich Altenburgischen Landen aufgehoben. S. 4.

Mit dem Fürstenthum Anhalt-Bernburg. S. 234.

Adeliche *

Jeder adeliche Besitzer eines Landtagsfähigen Guts muß den vorhabenden Verkauf desselben im Lippischen Intelligenzblatt bekannt machen. S. 29.

Advocaten *

Sollen die Landes-Verordnungen kaufen und darüber vor ihrer Verpflichtung Quitung produciren. S. 6.

Sollen die Verordnung vom 16ten Jul. 1776. befolgen, und besonders, wenn sie die Procuratur beybehalten, an den Gerichtstagen gegenwärtig seyn. S. 90.

Sollen in ihren Schriften keine anzügliche und beleidigende Ausdrücke gebrauchen. S. 167.

Advocatur

Dazu sollen vaterländische junge Rechtsgelehrte, nach vorheriger Prüfung, so zugelassen werden, daß sie ihre Schriften von einem zur Procuratur befugten Advocaten unterschreiben lassen. S. 90.

Aemter *

Sollen ihren Berichten die Taxe beyfügen. S. 198.

Anlehn *

Die Verordnung wegen Anlehen der Juden an Christen wird modificiret. S. 18.

Arrest *

Hat gegen Ravensbergische Unterthanen nicht Statt. S. 3.

Beamte *

Sollen die Landes-Verordnungen vor ihrer Verpflichtung kaufen, und darüber Quitung produciren. S. 6.

Ihren Berichten die Taxe beyfügen. S. 198.

Beerdigung *

Wie es damit bey einer Pockenleiche zu halten. S. 190.

Verstorbene, die nur scheinbar todt seyn können, sollen nicht eher beerdiget werden, bis sich würkliche und deutliche Spuren der Verwesung zeigen. S. 227.

Berichte *

Ihnen soll die Taxe beygefügt werden. S. 198.

Bettemund

bestehet aus 3 Gsl. Strafe und 1 Rthlr. 27 mgr. Gebühren. S. 199.

Bettler *

Verordnungen wegen der Bettelju-den. S. 100. 116. 155. 163. 202.

Die

Die fremden Bettler sollen arretirt werden. S. 114.

Bittschrifften

s. Suppliken.

Blattern.

Die Inoculation derselben betreffend. S. 187.

Bodenluken *

Sollen mit Geländern umgeben werden. S. 14.

Brand

Von einem entstandenen Brande soll sogleich Anzeige geschehen. S. 232.

Brandassecuration *

Eine ordnungsmäßig begehrte Verminderung der Taxe muß, wenn auf das Haus eine Forderung für die Leihe-Kasse ingrossirt ist, der Commission angezeigt werden. S. 21.

Verordnung wegen Erneuerung des Brand-Assecurations-Catasters. S. 81.

Brautschatz *

Der eines entwichenen Enrollirten soll erst bey dessen Verheyrathung außer Landes confiscirt werden. S. 75.

Brod *

Soll von unreifen Rocken nicht gebacken werden. S. 134.

Brunnen *

Sollen mit Geländern umgeben werden. S. 16.

Caffee *

Auf die Verbote des Caffeetrinkens soll nicht mehr gehalten, es aber bey dem, wegen des Handels damit auf dem Lande, gelassen werden. S. 73.

Citation *

Für die [illegible] Zeugen an die Vorgohgerichte und für die der Forst-Excessisten erhalten die Unterbedienten Gebühren. S. 171.

Concurs-Sachen *

In gerichtliche sollen sich die Juden nicht mischen. S. 72.

Dem nach entstandenen Concurs aufzunehmenden Professions-Protocoll soll ein Auszug aus dem Hypothekenbuche beygefügt werden. S. 113.

Confirmation *

Die Eltern sollen ihre Kinder nicht vor dem 14ten und nicht nach dem 16ten Jahre, auch von keinem ausländischen Prediger ohne Erlaubniß confirmiren lassen. S. 5. 30.

Contracte *

Mit minderjährigen oder noch in väterlicher Gewalt stehenden Personen sollen die Juden keine Contracte schließen. S. 19.

Deserteurs

Von den Hessischen sollen keine Pferde gekauft werden. S. 173.

Dienen im Auslande

s. Gesinde.

Dienste *

Nähere Bestimmung einer Stelle der Dienst-Ordnung. S. 157.

Mit den aus dem Dienst kommenden Pferden sollen die Knechte nicht jagen. S. 200.

Dreschen *

Dabey sollen keine Flegel, woran die Knüppel mit Nägeln befestiget sind, gebraucht werden. S. 53.

Egen

Bespannte sollen nicht ohne Aufsicht gelassen werden. S. 165.

Eichen *

Die Aemter sollen vor Ertheilung des Consenses zum Eichenfällen das Gutachten des, die Aufsicht habenden Forstbedienten einziehen. S. 115.

Eid

Von der Abnahme eines Juden-Eides. S. 214.

Einlieger *

Von Aufnahme derselben. S. 139.

Sollen von Entrichtung der Kriegessteuer, wenn sie auf Arbeit außer

außer Landes gehen, nicht befreyet seyn. S. 210.

Enrollirung *

Die Einziehung des Vermögens eines entwichenen Enrollirten soll gleich, die des Brautschatzes aber erst nach dessen Verheyrathung außer Landes geschehen. S. 75.

Enten *

Sollen auf den Bächen und Teichen nicht geduldet werden. S. 178.

Erder *

Die Fracht für die Erderschen Waarenfuhren soll im Sommer meilenweise mit 9 mgr. und im Winter mit 10 mgr. 3 pf. für das Pfundschwer oder 300 Pfund bezahlet werden. S. 66.

Feldfrüchte *

Der Verkauf derselben auf dem Halm wird von neuem verboten. S. 133.

Feuer und Licht *

Wegen Verwahrlosung des Feuers und Lichts kann ein Dienstbote gleich des Dienstes entlassen werden. S. 150.

Feuer soll nicht in Gehölzen, auf Heiden und an Bäumen angelegt werden. S. 166.

Zum Löschen eines in der Senne entstehenden Feuers sollen die Unterthanen herbey eilen. S. 179.

Feuerherren *

Sollen an fleißige unerwartete Visitationen erinnert werden. S. 67.

Feuersbrunst *

Der Unterthan, der sich dabey nachlässig im Löschen beträgt, soll auf das nachdrücklichste bestraft, und derjenige, welcher der Entwendung eines Feuer-Eimers überführt wird, mit Zuchthausstrafe belegt werden. S. 94.

Von einer entstehenden soll sogleich vorläufige Anzeige geschehen. S. 232.

Fischerey *

Deren Stückverpachtung wird verboten. S. 174. 185.

Wie sie mit Hamen zu exerciren. S. 197.

Flachsbau *

Zu dessen Beförderung wird auf das Leinsäen für nicht ackerbauende Unterthanen eine Prämie gesetzt. S. 10.

Ueber die beste Bearbeitung des Flachses wird ein Unterricht bekannt gemacht. S. 97.

Flachsrotten *

Die deswegen ergangenen Verordnungen werden erneuert. S. 170.

Flegel

An den Dreschflegeln sollen die Knüppel nicht mit Nägeln befestiget werden. S. 53.

Flinte

Die sogenannten Stockflinten werden verboten. S. 231.

Forstdienste *

Sollen nicht mehr besonders geleistet, sondern zu den 3 Extradienstagen gerechnet werden. S. 77.

Forst-Excesse *

Für die Vorladung der Forst-Excessisten erhalten die Unterbedienten Citationsgebühren. S. 171.

Freybriefe *

Wie die Attestate dafür abzufassen. S. 224.

Futterkräuterbau

s. Kleebau.

Garn *

Ueber das Spinnen, Haspeln und Weben desselben, wie auch den Garnhandel wird ein Unterricht bekannt gemacht. S. 97.

Gastereyen *

Die Verordnung vom 1ten April 1783. wegen der verbotenen Gastereyen wird erneuert. S. 233.

Gehölze *

In Gehölzen soll kein Feuer angelegt werden. S. 166.

Die Verordnung wegen der Holzungen auf dem Lande wird erneuert. S. 183.

s. auch Holz.

Gemäße

s. Maaßen *

Gesinde *

Junge dienstfähige Unterthanen männlichen und weiblichen Geschlechts sollen sich nicht ohne Anzeige und Erlaubniß außer Landes vermiethen. S. 99. 140.

Gesinde-Ordnung vom 14ten November 1795, wodurch alle vorige, das Gesindewesen betreffende, gesetzliche Vorschriften aufgehoben werden. S. 138.

Getränke

Vom Borgen der Getränke. S. 8.

Gewehre

Die geladenen sollen in den Wirthshäusern verwahrt werden. S. 177.

s. auch Flinte.

Gohgerichte

Die an denselben angesetzten Leibesstrafen sollen binnen 6 Wochen zur Vollziehung gebracht werden ꝛc. S. 160.

Goldmünzen

Die nach dem eingeführten Passirgewicht zu leicht sind, sollen in den öffentlichen Cassen gar nicht, im Handel und Wandel aber nur mit einem Aufgeld von 2 mgr. für jedes fehlende Aß angenommen werden. S. 58.

Großjährigkeit

Erhält der Minderjährige durch Heyrath. S. 175.

s. auch Minderjährige.

Güter *

Vom Verkauf landtagsfähiger Güter. S. 29.

Häute *

Die Verordnungen wegen des Verkaufs

kaufs der Häute werden nochmal erneuert. S. 20.

Hainungen *

Die deswegen erlassene Verordnung wird erneuert. S. 183.

Haspel *

Sollen allgemein nach der Vorschrift eingerichtet und geeichet werden. S. 68.

Hebammen *

Von ihren Gebühren. S. 120.

Bey ihren Prüfungen können die Amts-Physiker gegenwärtig seyn. S. 122.

Wie sich dieselben beym Tragen der Kinder zur Taufe zu verhalten haben. S. 238.

Hegezeit *

Wird für die Jahre 1798. 1799 und 1800, vom 1ten Febr. angerechnet, festgesetzt. S. 172.

Wird so auf noch 3 Jahre verlängert. S. 235.

Heiden

Auf Heiden soll kein Feuer angelegt werden. S. 166.

Hirten *

Sollen die Verordnungen wegen der Hunde befolgen. S. 42.

Sollen kein Feuer in Gehölzen anlegen. S. 166.

Auf die Befolgung der Verordnung wegen des Haltens gemeiner Hirten soll geachtet werden. S. 194.

Hochzeiten *

Die ertheilte Vorschrift für Aufsicht auf Ruhe, Ordnung und gute Sittlichkeit bey den Hochzeiten wird erneuert. S. 61.

Desgleichen wegen des Schießens. S. 186.

Hollands- und Friesslands-Gänger *

Die deswegen erlassenen Verordnungen vom 3ten Febr. und 22ten Decbr. 1778, wie auch die vom 3ten Merz 1782 werden erneuert. S. 50.

Das

Das außer Landes auf Arbeit gehen wird den Unterthanen auf dem Lande vor erreichtem resp. 20ten und 22ten Jahre verboten. S. 210.

Holz *

Der Verkauf und Export des Bau- Bedarf- und Brennholzes, auch der Kohlen ins Ausland wird auf 10 Jahre bey 20 Gfl. oder dreywöchiger Gefängnißstrafe verboten, und auf den Holzanbau eine Prämie gesetzt. S. 182.

s. auch Gehölze und Hainungen.

Holzkohlen *

s. Holz und Kohlen.

Hopfenbau *

Wie die darauf gesetzte Prämie zu vertheilen. S. 51.

Hunde *

Verordnung wegen des Haltens der Hunde, des Tollwerdens derselben und des Behandelns der gebissenen. S. 41. 161.

Jagd *

Die Stückverpachtung wird verboten. S. 174. 185.

s. auch Hegezeit.

Intelligenzblätter *

Müssen, wegen der dadurch bekannt gemacht werdenden Landes-Verordnungen, alle obrigkeitliche Personen lesen. S. 7.

Juden *

Die Verordnung wegen der Darlehne der Juden an Christen wird modificirt. S. 18.

s. auch Contracte.

Sollen an den Sonn- Fest- und halbjährigen Bettagen keinen Handel auf den Straßen und Kirchhöfen vor oder unter dem Gottesdienst bey 5 Gfl. Strafe treiben. S. 64.

Sollen sich in gerichtliche Concurs-Sachen nicht mischen. S. 72.

Verordnungen wegen der Betteljuden. S. 100. 155. 163. 202.

Die einländischen Schutzjuden sollen sich, ihre Angehörigen und

Knechte, für ihre Fußreisen mit obrigkeitlichen Attesten versehen. S. 116.

Vom Juden-Eide. S. 214.

Kinder *

Sollen nicht vor dem 14ten aber auch nicht nach dem 16ten Jahre confirmirt werden. S. 4.

Dürfen ohne Einwilligung ihrer Eltern sich nicht vermiethen. S. 141.

Sollen fleißig in die Schule geschickt werden. S. 193.

s. auch uneheliche Kinder.

Kleebau *

Die darauf gesetzten Prämien sollen bis 1801. einschließlich fortdauern. S. 155.

Kleesaame *

Die auf das Ziehen desselben gesetzte Prämie soll nach verschiedenen Klassen ver- und bis 1801 einschließlich ausgetheilt werden. S. 32. 155.

Kohlen

Die Schmiede- oder Holzkohlen sollen, nachdem sie aus dem Meiler gezogen worden, 24 Stunden vor dem Aufladen zum Transport liegen bleiben. S. 22.

Sollen nicht ins Ausland verkauft werden. S. 182.

Korn *

Dessen Verkauf auf dem Halm wird verboten. S. 133.

Unreifer Rocken soll nicht zu Brodt verbacken werden. S. 134.

Kotten

Die Prästationen von neu erbauten Kotten betreffend. S. 240.

Kriegessteuer

Wird angelegt. S. 117.

— — erhöhet. S. 204.

Von deren Entrichtung sollen die auf Arbeit außer Landes gegangene Unterthanen nicht befreyet seyn. S. 210.

Krüger

s. Wirthe.

Lan-

Landesgesetze

Von Anschaffung der gedruckten Landesgesetze. S. 6.

Landgestüte

s. Pferdezucht.

Leihe-Kasse

Derselben soll eine jede Verminderung der Taxe der Häuser im Brand-Cataster angezeigt werden. S. 21.

Dabey sollen gedruckte Formulare zu Attesten ꝛc. eingeführt werden. S. 33.

Leinsaamen *

Auf das Leinsäen für nicht ackerbauende Unterthanen wird eine Prämie gesetzt. S. 10.

Linnen *

Soll mit Kreide nicht überrieben oder bestreuet werden. S. 28.

Ueber die Linnenweberey wird ein Unterricht bekannt gemacht. S. 97.

Luken

s. Bodenluken.

Maaßen *

Keine andere als geeichte Kannen- und Pfundgemäße — deren Preise festgesetzt sind — sollen gebraucht werden. S. 62.

Metzger *

Sollen die Verordnungen wegen der Hunde befolgen. S. 42.

Minderjährige *

Dürfen sich ohne Einwilligung ihres Vormundes nicht vermiethen. S. 141.

Dem minderjährigen Ehemann ist bis zur Großjährigkeit alle Veräußerung und Verpfändung seines oder des gemeinschaftlichen ehelichen Immobiliar-Vermögens, ohne Erlaubniß seiner Obrigkeit, verboten. S. 176.

Münz-Verordnungen *

Goldmünzen, s. diesen Artikel.

Wegen nicht nach dem Conventions-Fuß ausgeprägten Münzen. S. 135.

Wegen der ganzen und halben Kopfstücke. S. 136. 137.

Wegen der Scheidemünze. S. 162.

Nachtwächter *

Sollen auf dem Lande angestellt werden. S. 213. 236.

Neujahrschießen

Wird bey 20 Gfl. oder ¼ jähriger Zuchthausstrafe verboten. S. 56.

Obstbau *

Darauf werden Prämien gesetzt. S. 207.

Oel *

Beym Verkauf der Oele und des Thrans soll nicht weiter Kannen- sondern Pfund-Maaß gebraucht werden. S. 60.

Osterfeuer

Das Halten desselben wird bey 10 Gfl. Strafe verboten. S. 93.

Päße *

Wie solche beym Durchführen fremden Hornviehes eingerichtet seyn müssen. S. 24.

Fremden Passanten und Juden sollen keine neue Päße ertheilt, und die alten, wenn sie unverdächtig sind, nicht erneuert, sondern nur unterschrieben werden. S. 13. 102. 107. 163.

Wegen Ertheilung der Päße werden die vorigen Verordnungen erneuert. S. 191.

Patrouillen

Sollen auf dem Lande angestellt werden. S. 213. 236.

Personensteuer *

Die Versicherung von der bestimmten Dauer derselben wird Landesherrlich bestätiget. S. 16. 39.

Wird aufgehoben. S. 204.

Pferde

Sollen, wenn sie vor Wagen, Egen und Pflüge gespannt sind, nicht ohne Aufsicht gelassen werden. S. 165.

Mit den aus dem Dienst kommenden soll nicht gejagt werden. S. 200.

Pferdezucht *

Derjenige, welcher seine eigene Stuten von einem auch eigenen approbirten Hengste belegen läßt, bezahlt von den gefallenen Fohlen keinen Springhafer und Springthaler. S. 95.

Pflüge

Bespannte sollen nicht ohne Aufsicht gelassen werden. S. 165.

Pocken

s. Blattern.

Prästationen

Von Verjährung jährlicher Prästationen. S. 119.

Prediger *

Wie sich dieselben bey Confirmation der Kinder zu verhalten haben. S. 4.

Retractrecht

Wird für die Städte Horn, Blomberg, Salzufeln und Detmold in Ansehung der an Nichtbürger verkauften Güter auf 30 Jahre festgesetzt. S. 181.

Rocken

Unreifer Rocken soll nicht gemähet, gemahlen und zu Brodt verbacken werden. S. 134.

Rübesaamenstroh

Das Verbrennen desselben zur Abendzeit wird bey ernstlicher Bestrafung verboten. S. 94.

Schaafbeine

Sollen bey Vermeidung ernstlicher Bestrafung nicht aus dem Lande gebracht werden. S. 91.

Schäfer *

Sollen die Verordnungen wegen der Hunde befolgen. S. 42.

Scheidemünze

s. Mün verordnungen.

Schleßen *

Das Neujahrsschießen, das bey Hochzeiten und Kindtaufen und überhaupt das zwischen den Gebäuden, auf den Höfen oder auf den Gassen der Flecken und Dörfer wird geschärft verboten. S. 56. 186.

Schmiede *

Schmiedegesellen sollen in der Vieharzneykunst Unterricht nehmen. S. 86.

Schmiedekohlen.

s. Kohlen.

Schornsteinfeger *

Instruction für dieselben. S. 125.

Schriften *

Beleidigende Schriften sollen von den Advocaten und Procuratoren nicht unterschrieben und übergeben werden. S. 167.

Schröpfen

Instruction für die Personen, welchen Erlaubniß zum Schröpfen ertheilt ist. S. 123.

Schulden

Unverbriefte Schulden werden in 10 Jahren verjährt. S. 212.

Schuldverschreibungen

Die der Christen an Juden und ihre Cession betreffend. S. 18.

Schulen *

Der Schulfleiß der Kinder auf dem Lande soll befördert werden. S. 193.

Senne *

Bey einem darin entstehenden Feuer sollen die Unterthanen zum Löschen herbey eilen. S. 179.

s. auch Heiden.

Soldaten

Von den Hessischen sollen keine Pferde gekauft werden. S. 173.

Sonn-

Sonn-Fest und halbjährige Bettage *

Daran soll jeder gleich nach dem Geläute bey 5 Gfl. Strafe das Wirthshaus räumen. S. 63.

Spielen *

Glücksspiele sind verboten. S. 9.

Spinnerey

s. Garn.

Städte *

Die Bürgermeister, Secretarien und Syndici sollen vor ihrer Verpflichtung die Landes-Verordnungen kaufen und darüber Quitung produciren. S. 6.

s. auch Retractsrecht.

Sterbelisten

Darinn sollen die widernatürlichen Todesfälle mit den Ursachen angegeben werden. S. 169.

Stockflinten

Vor deren Gebrauch wird bey Vermeidung der Confiscation gewarnt. S. 231.

Strafe *

Die an den Gohgerichten angesetzten Leibesstrafen sollen binnen 6 Wochen zur Vollziehung gebracht werden. S. 160.

Suppliken *

Die deswegen erlassenen Verordnungen werden erneuert. S. 195.

Taufe *

Die Gebühren für die Taufe muß der Unpflichter mit 1 Rthlr. 18 mgr. bezahlen. S. 159.

Von der Taufe schwächlicher Kinder. S. 237.

Thierarzneykunst

Von Ausübung derselben. S. 85.

Thran.

s. Oel.

Tobacksrauchen *

Wenn das von einem Dienstboten an solchen Orten geschiehet, wo

leicht feuerfangende Sachen liegen, so kann er gleich des Dienstes entlassen werden. S. 150.

Todesfälle

Widernatürliche sollen angezeigt werden. S. 168.

Uneheliche Kinder *

Die Alimenten-Gelder für ein uneheliches Kind werden in den drey ersten Jahren jährlich auf 6 Rthlr. bestimmt. S. 159.

Unglücksfälle

Sollen angezeigt werden. S. 168.

Unterbediente *

Sollen bey einer Feuersbrunst die Leute zum Löschen anstrengen. S. 94.

Erhalten für die Vorladung der Forst-Excessisten und der Zeugen zum Vorgerichte Citationsgebühren. S. 171.

Verjährung

jährlicher Abgaben. S. 119.

unverbriefter Schulden. S. 211.

Verordnungen *

Die Landesverordnungen soll jeder Bediente, wie auch die Advocaten, Bürgermeister, Secretarien und Syndici bey den Städten vor ihrer Verpflichtung kaufen. S. 6.

Ihre Publication geschiehet oft nur durch das Intelligenzblatt. S. 7.

Vieh *

Die Ein- und Durchführung des fremden fetten Viehes wird unter gewissen Bedingungen zugelassen. S. 24.

Wie das von einem tollen Hunde gebissene Vieh zu behandeln. S. 47.

Das verreckte Vieh soll verscharret werden. S. 76. 201.

Vieharzneykunst *

s. Thierarzneykunst.

Vogelköpfe *

Die Lieferung der Vogelköpfe wird wieder nach den Verordnungen von 1665 und 1691 eingeführt. S. 12.

Voll-

Vollsäufer *

Auf die Verordnung gegen dieselbe soll gehalten werden. S. 8.

Vorsteher

Instruction derselben. S. 79.

Sollen bey einer Feuersbrunst die Leute zum Löschen anstrengen. S. 94.

Wagen

Bespannte sollen nicht ohne Aufsicht gelassen werden. S. 165.

Wasserpfühle *

Sollen mit Geländern umgeben werden. S. 16.

Weberey

s. Garn.

Wegebesserungen

Auf deren Vollziehung sollen die Unterbedienten ꝛc. genau achten. S. 31.

Wettejagen

der Knechte mit den aus dem Dienste kommenden Pferden wird verboten. S. 200.

Wilddiebereyen *

Das Schießen auf einen Wilddieb, der sich nicht arretiren lassen will, wird den Forstbedienten wieder erlaubt, auch auf das gefängliche Einliefern eines Wilddiebes und auf die Anzeige einer beweisbaren Wilddieberey eine Belohnung gesetzt. S. 87.

Wirthe

Ihnen wird das Verborgen der Getränke nur auf eine beschränkte Art verstattet, und das Zulassen der Glücksspiele verboten. S. 8. 9.

Sollen an Sonn- Fest- und halbjährigen Bettagen, nach geendigtem Geläute zur Kirche, kein Getränke bey 5 Gfl. Strafe verschenken. S. 64.

Sollen bey 5 Gfl. Strafe dafür sorgen, daß die in ihren Häusern abgesetzten geladenen Gewehre an einem sichern verschlossenen Orte verwahrt werden. S. 177.

Wirthshäuser

Sollen an Sonn- Fest- und halbjährigen Bettagen nach geendigtem Geläute zur Kirche, auch während des Gottesdienstes, von den Unterbedienten visitirt werden. S. 64.

Die Wirthshäuser, Krüge und verdächtige Orte auf dem Lande sollen wenigstens dreymal in jedem Monate visitirt werden. S. 236.

Wolle

Die Verordnungen wegen des Verkaufs der Wolle außer Landes werden erneuert. S. 20.

Soll mit keiner Sterblings- und Lämmerwolle, Rauf- oder Schlacht-Wolle und ausgefallener Wolle vermischt werden. S. 54.

Wrasemeister

Sind schuldig, das an Wegen liegende verreckte Vieh unentgeldlich zu verscharren. S. 201.

Ziegenbeine

Sollen bey Vermeidung ernstlicher Bestrafung nicht aus dem Lande gebracht werden. S. 91.